



# **„Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“**

**Dokumentation der Fachtagung der Kultusministerkonferenz  
zum Thema**

## **Übergang Schule - Beruf**

**28. und 29. November 2012 in Hamburg**



**Impressum:**

**Freie und Hansestadt Hamburg**  
**Behörde für Schule und Berufsbildung**  
Hamburger Straße 31  
22083 Hamburg

**Redaktion:** Dr. Alfred Lumpe, Manfred Schulz

Hamburg, Mai 2013



# Inhaltsverzeichnis

1. **Ablauf der Fachtagung**
2. **Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz** v. 29.November 2012 zur Kultusministerkonferenz Fachtagung „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“
3. **Herausforderungen an die allgemein- und berufsbildenden Schulen am Übergang in nachfolgende Bildungssysteme**  
Senator Ties Rabe (HH), Präsident der Kultusministerkonferenz
4. **Perspektive Demografie – Neue Herausforderungen für die berufliche Bildung**  
Prof. Dr. Baethge, Mitglied der Autorengruppe Bildungsberichterstattung
5. **Die Bedeutung der Berufsorientierung und der Gestaltung des Übergangs Schule - Beruf aus Sicht des BIBB/Hauptausschusses**  
Prof. Dr. Michael Heister, Bundesinstitut für Berufsbildung
6. **Positionen und Erwartungen der Betroffenen zur Weiterentwicklung des Übergangs Schule – Beruf** Moderation: Judith Schulte-Loh
7. **Berichte aus den Foren**
  - 7.1. **Forum I:** Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung  
**Referenten:** Julia Koblitz, Arnhild Nitschke (NI), Herman Henken (SH), Monika von Brasch (HE)
  - 7.2. **Forum II:** Ausbildungsvorbereitung in dualen Strukturen  
**Referenten:** Heinrich Baumert, Günther Hoops (NI), Elke Bauer, Herbert Hecker (NW), Ralf Jahnke, Viola Ritschel (BE), Petra Jendrich (HB), Elisabeth Rupprecht (HB), Eugen Nordloh (HB)
  - 7.3 **Forum III:** Motivation durch Anrechnung auf Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen  
**Referenten:** Rolf Peter (NW), Dr. Thilo Lang (BW), Dr. Stefan Baron (BW)
  - 7.4 **Forum IV:** Nachhaltigkeit von Unterstützung – Erfolgsfaktor individuelle und passgenaue Unterstützung  
**Referenten:** Hans - Jörg Moos (HE), Herbert Rotter (BY), Sabine Fixmer (BY), Walter Ferstl (BY), Benedikt Mayer (BY), Thomas Baier-Regnery (BY)
  - 7.5 **Forum V:** Beratung aus einer Hand  
**Referenten:** Dr. Hans-Dieter Metzger, Peter Haas (BY), Andreas Kahl-Andresen (HH)
  - 7.6 **Forum VI:** Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf  
**Referenten:** Dr. Alfred Lumpe (HH), Hartmut Schulze (HH), Dr. Beate Scheffler (NW)
8. **Abschlussplenum: Zusammenfassung und Auswertung der Ergebnisse der Foren in Form eines moderierten Interviews mit Berichterstattern** Moderation: Berend Loges
9. **Ausblick zum weiteren Vorgehen**  
Dr. Beate Scheffler, Vorsitzende des Unterausschusses für Berufliche Bildung der Kultusministerkonferenz gemeinsam mit Thomas Sondermann, Bundesministerium für Bildung und Forschung
10. **Verabschiedung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**  
Rainer Schulz (Geschäftsführung Hamburger Institut für berufliche Bildung)
11. **Zusammenfassung der Leitsätze und Gelingensbedingungen**
12. **Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

## 1. Ablauf der Fachtagung

# Übergang Schule - Beruf: Grenzen überwinden - Zusammenarbeit organisieren

Mittwoch, 28. November 2012, Felix-Dahn-Straße 3

ab 11:30 Uhr	<b>Eintreffen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer</b>	
12:30 – 13:00 Uhr	<b>Begrüßung</b> <b>Herausforderungen an die allgemein- und berufsbildenden Schulen am Übergang in nachfolgende Bildungssysteme</b> Senator Ties Rabe, Präsident der Kultusministerkonferenz	Aula
13:00 – 13:45 Uhr	<b>Vortrag</b> <b>Perspektive Demografie:</b> <b>Neue Herausforderungen für die berufliche Bildung</b> Prof. Dr. Martin Baethge, Soziologisches Forschungsinstitut Universität Göttingen	Aula
13:45 – 14:00 Uhr	<b>Vortrag</b> <b>Die Bedeutung der Berufsorientierung und der Gestaltung des Übergangs Schule - Beruf aus Sicht des BIBB/Hauptausschusses</b> Prof. Dr. Michael Heister, Bundesinstitut für Berufsbildung	Aula
14:00 – 14:40 Uhr	<b>Interview-Runde</b> <b>Positionen und Erwartungen der Betroffenen zur Weiterentwicklung des Übergangsbereichs</b> Jugendliche, Schulleitungen, Vertreter der Kammern, Unternehmen und Gewerkschaften Moderation: Judith Schulte-Loh, WDR	Aula
14:40 – 14:45 Uhr	<b>Organisatorische Hinweise zum Ablauf der Tagung</b>	
14:45 – 15:15 Uhr	<b>Kaffee-Pause</b>	vor Raum 215
15:15 – 17:30 Uhr	<b>Arbeitsforen mit Beispielen guter Praxis</b>  Forum 1: <b>Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung</b> Forum 2: <b>Ausbildungsvorbereitungen in dualen Strukturen</b> Forum 3: <b>Motivation durch Anrechnung aus Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen</b> Forum 4: <b>Nachhaltigkeit und Unterstützung: Erfolgsfaktor individuelle passgenaue Unterstützung</b> Forum 5: <b>Beratung aus einer Hand</b> Forum 6: <b>Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf</b>	Raum 202 Raum 203 Raum 204 Raum 302 Raum 102 Raum 215
ab 18:00 Uhr	<b>Austausch bei einem gemeinsamen Abendessen</b>	vor Raum 215

# Übergang Schule - Beruf: Grenzen überwinden - Zusammenarbeit organisieren

Donnerstag, 29. November 2012, Felix-Dahn-Straße 3

09:00 – 11:15 Uhr	<b>Wiederholung der Arbeitsforen</b> ( 6 Foren zeitgleich, Wiederholung vom Vortag)	
	Forum 1: <b>Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung</b>	Raum 202
	Forum 2: <b>Ausbildungsvorbereitungen in dualen Strukturen</b>	Raum 203
	Forum 3: <b>Motivation durch Anrechnung aus Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen</b>	Raum 204
	Forum 4: <b>Nachhaltigkeit und Unterstützung: Erfolgsfaktor individuelle passgenaue Unterstützung</b>	Raum 302
	Forum 5: <b>Beratung aus einer Hand</b>	Raum 102
	Forum 6: <b>Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf</b>	Raum 215
11:15 – 11:45 Uhr	<b>Kaffee-Pause</b>	vor Raum 2
11:45 – 12:40 Uhr	<b>Abschlussplenum</b> Zusammenfassung und Auswertung der Ergebnisse der Foren in Form eines moderierten Interviews mit Berichterstatlern	Aula
12:40 – 13:00 Uhr	<b>Abschluss der Fachtagung</b> <b>Ausblick zum weiteren Vorgehen</b> Dr. Beate Scheffler, Vorsitzende des Unterausschusses für Berufliche Bildung der Kultusministerkonferenz gemeinsam mit Thomas Sondermann, Bundesministerium für Bildung und Forschung	Aula
anschließend	<b>Verabschiedung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer</b> Rainer Schulz, Geschäftsführer Hamburger Institut für berufliche Bildung HIBB	

## 2. Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz

v. 29. November 2012 zur Kultusministerkonferenz-Fachtagung „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ – Zweitägige Fachtagung der Kultusministerkonferenz zum Übergang Schule – Beruf

Ein erfolgreicher Übergang von der Schule in das Erwerbsleben ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe junger Menschen wie auch für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland.

Auf einer heute in Hamburg zu Ende gegangenen zweitägigen Fachtagung zum Bereich Übergang Schule – Beruf: „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ hat die Kultusministerkonferenz den Stand der Entwicklung und die Angebote im Übergang Schule – Beruf bilanziert. So wurden bisherige Erfahrungen mit der Neugestaltung des Übergangs reflektiert, um daraus Folgerungen für die Optimierung der Maßnahmen und Angebote im Übergangsbereich abzuleiten und dabei neue Impulse für die länderübergreifende Zusammenarbeit gesetzt.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Ties Rabe, betonte: „Die zentrale bildungs- und sozialpolitische Herausforderung besteht darin, allen Jugendlichen den Übergang in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. An diesem Ziel müssen alle mitwirken, die in dieser Zeit mit den Jugendlichen arbeiten: Schule, Ausbildungsbetriebe, Kommunen, Jugendhilfe und Arbeitsagentur. Dabei stehen vier Punkte im Vordergrund:

- Die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen muss so weiterentwickelt werden, dass sie den Jugendlichen einen realistischen Eindruck davon vermittelt, was nach der Schule folgen kann. Sie müssen ihre eigenen Fähigkeiten und Interessen einschätzen sowie die Realität in den Betrieben kennenlernen. Nur so können sie entscheiden, welche Ziele sie anstreben.
- Die berufliche Ausbildung (dual und vollzeitschulisch) muss attraktiver werden: Sie muss für leistungsstarke Jugendliche zusätzlich zum beruflichen Abschluss den nächst höheren Schulabschluss und den Anschluss in den Aufstieg anbieten („Dual plus“).
- Berufsschulische Bildungsgänge dürfen keine Warteschleifen sein. Berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, die nicht den direkten Übergang in eine Ausbildung schaffen, brauchen Bildungsgänge, die ihnen einen Einblick in

die berufliche Wirklichkeit verschaffen. Sie müssen in der betrieblichen Praxis verankert sein. Hier werden oft Fähigkeiten von Jugendlichen entdeckt, die in der Schule niemand gesehen hat – daraus entstehen neue Motivation und Leistungsfähigkeit.

- Für diesen Übergangsprozess sind in Deutschland sehr viele Stellen zuständig. Die von ihnen angebotenen Maßnahmen waren in der Vergangenheit oft nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. So sind Jugendliche durchs Raster gefallen, obwohl gleichzeitig Schule und Jugendhilfe oder Arbeitsverwaltung mit ihnen gearbeitet haben. Hier ist ein zentraler Punkt, um das Übergangssystem zu optimieren. Der Jugendliche braucht einen verlässlichen Ansprechpartner. In Hamburg haben wir uns deshalb dafür entschieden eine Jugendberufsagentur aufzubauen, die den Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt und den Jugendlichen nicht damit beschäftigt herauszufinden, wer gerade für welche Maßnahme zuständig ist.“

In sechs Foren wurden zentrale Handlungsfelder zum Übergang Schule - Beruf am Beispiel erfolgreicher Modelle in den Ländern in den Blick genommen, Bedingungen und Erfolgsindikatoren diskutiert und folgende Leitsätze daraus abgeleitet:

1. Eine professionelle Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.
2. Durch eine dualisierte Ausbildungsvorbereitung werden die Chancen für den direkten Weg in betriebliche Ausbildung erheblich verbessert.
3. Die Anrechnung nachgewiesener Kompetenz auf eine sich anschließende Berufsausbildung steigert die Motivation und vermeidet redundante Qualifizierungen.
4. Benachteiligte Jugendliche sind durch ein frühzeitiges Erkennen und die systematische Begleitung im Übergang Schule – Beruf zu unterstützen.
5. Berufsorientierung, Beratung, Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen

werden als abgestimmtes System an einem Ort angeboten.

6. Jedem Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung oder Studium – Keiner darf verloren gehen!

Um diese Leitsätze erfolgreich umsetzen zu können, ist es wichtig, dass alle Akteure und Anbieter im Bereich Übergang Schule-Beruf Hand in Hand zusammenarbeiten: die Kommunen, die Länder und der Bund, genauso wie die Schulen, die Wirtschaft und

die Arbeitsagenturen. Nur gemeinsam lässt sich ein passgenaues, effektives und transparentes Übergangssystem für Jugendliche entwickeln, denen der direkte Einstieg in eine Berufsausbildung nach der allgemeinbildenden Schule nicht gelingt.

Die Ergebnisse der Fachtagung werden weiter ausgewertet und im nächsten Jahr von der Kultusministerkonferenz in die Arbeit des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2010-2014 eingebracht.

### 3. Herausforderungen an die allgemein- und berufsbildenden Schulen am Übergang in nachfolgende Bildungssysteme

Senator Ties Rabe (HH), Präsident der Kultusministerkonferenz

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, meine Damen und Herren,

ich möchte Sie auch noch einmal herzlich begrüßen zur Fachtagung der Kultusministerkonferenz zum Thema Übergang Schule-Beruf. Sie haben sich viel vorgenommen. Zwei Tage lang geht es um einen fachlichen Austausch. Zwei Tage lang geht es um Anregungen.

Dass wir uns hier getroffen haben, hat ein bisschen auch damit zu tun, dass ich selber dieses Thema gerne über die Kultusministerkonferenz weiterbewegen möchte.

Ich freue mich sehr, dass wir heute viele Gäste begrüßen können, die dazu beitragen, dieses wichtige Thema zu vertiefen. Ganz besonders begrüße ich noch einmal Herrn Professor Dr. Baethge, der anschließend seinen Vortrag halten wird, aber natürlich auch viele von ihnen, die sich mit diesem Thema beschäftigen.

*Das Thema ist wichtig und es wird ein Stück weit unterschätzt*

Ich glaube, das Thema ist wichtig und es wird ein Stück weit unterschätzt. Wenn ich mich daran erinnere, mit welcher Aufregung in den Medien, mit welcher Leidenschaft in Elterngruppen die Ergebnisse von PISA- und IGLU-Studien diskutiert werden, wie kleinste Punkteabweichungen im Länderranking eine gigantische Bedeutung bekommen, dann wundert man sich eigentlich, wie angesichts dieser, auch aus wissenschaftlicher Sicht, häufig marginalen Kleinigkeiten ein so wichtiger Bereich wie der Übergang von der Schule in den Beruf aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verbannt ist. Das ist aus mehreren Gründen verblüffend. Zunächst einmal natürlich, weil der demografische Wandel uns schon heute darauf aufmerksam macht, dass es langfristig nicht leicht sein wird, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und hier insbesondere das Stichwort vom Fachkräftemangel schon in aller Munde ist.

Das ist aber auch deshalb verblüffend, weil wir zugleich in eine auch von anderer Seite schwierige Lage hineingeraten. Es ist nicht nur der demografische Wandel. Es sind auch zwei andere Veränderungen, die mei-



nes Erachtens in ihren Auswirkungen unterschätzt werden. Die eine kennen wir seit Langem: Berufe, Berufsbilder entwickeln

*Hier entstehen viele neue Arbeitsplätze, aber sie sind hochkomplex. Sie stellen große Herausforderungen an alle Beteiligten.*

sich weiter, und es sind überwiegend in Deutschland Entwicklungen festzustellen, dass die Berufe anspruchsvoller werden, dass sie auch größere Herausforderungen stellen. Das ist auch kein Wunder. Der technische Fortschritt einerseits, die Globalisierung andererseits führen dazu, dass viele sehr einfache Berufe entweder von Maschinen oder in anderen Ländern effizienter und preisgünstiger gemacht werden können als in Deutschland. Das Ergebnis umgekehrt ist aber nicht, dass wir hier keine Arbeitsplätze mehr hätten. Hier entstehen viele neue Arbeitsplätze, aber sie sind hochkomplex. Sie stellen große Herausforderungen an alle Beteiligten.

Das stellt man auch fest, wenn man sich allein im Handwerk die Veränderungen ansieht. Ich habe vor Kurzem ein Ausbildungszentrum besucht. In meinem Terminplan hatte ich mir noch notiert: Klempner. Das war ein Fehler! Es heißt: Anlagenbauer im Bereich Heizung, Sanitär und Klima. Als ich mir das dann vor Ort angeschaut habe, war mir auch klar, dass es richtig ist, eine solche Begriffsverschiebung herzustellen, weil es sich um ein ausgesprochen anspruchsvolles

Betätigungsfeld handelt mit Techniken, wie man sie sich als Laie kaum vorstellen kann. Ich glaube daher, das ist paradigmatisch für eine Entwicklung in der Arbeitswelt.

Auf diese Entwicklung der Arbeitswelt müssen wir natürlich reagieren. Das wird nicht leicht, weil unsere Schülerinnen und Schüler dieselben bleiben. Wenn es denn überhaupt so wäre! Die demografische Wende in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist keineswegs über alle Sozialniveaus gleichmäßig verteilt. Die Kinderzahlen brechen uns in Bereichen weg, in denen man sich in der Vergangenheit um die Bildungskarriere wenig Sorgen machen musste.

Ich erinnere daran, dass Professor Baumert sich vor einiger Zeit mit der großen Stadt Stuttgart beschäftigte. In der ZEIT las ich sein eher ein bisschen pessimistisches Fazit, das lautete ungefähr so:

*Die Veränderung der Arbeitswelt korrespondiert mit einer Veränderung der Schülerschaft, die die Schule vor größere Herausforderungen stellt.*

Angesichts der veränderten Schülerschaft, die nämlich immer stärker aus Elternhäusern kommt, die ihnen für Ihre schulische Karriere wenig Rüstzeug mitgeben können, wäre er, Professor Baumert, froh, wenn wir unseren eher dürrtigen PISA-Platz halten könnten. An Verbesserung wage er gar nicht zu denken. Das heißt, die Veränderung der Arbeitswelt einerseits korrespondiert mit einer Veränderung der Schülerschaft, die die Schule vor größere Herausforderungen stellt, um auch diesen Schülerinnen und Schülern den Sprung in ein Berufsleben zu ermöglichen.

Dass es an dieser Stelle ohnehin nicht ganz so einfach ist, haben wir in Hamburg gerade mit einer ausgesprochen akribischen und mühevollen Untersuchung versucht herauszuarbeiten. Ich habe mich immer darüber gefreut, in allen meinen Kultusministerkonferenz-Reden öffentlich sagen zu können, dass wir froh sein können, aufgrund unseres hervorragenden Ausbildungssystems europaweit mit einer extrem geringen Jugend Arbeitslosigkeit gesegnet zu sein.

Aber diese Zahlen sind ein bisschen voreilig, und zwar deshalb, weil wir ja alle als Fachleute wissen, dass unsere geringe Jugend Arbeitslosigkeit keineswegs alle Jugendlichen beschreibt, die nichts gefunden haben, sondern nur einen Teil. Deswegen haben wir in Hamburg sämtliche Schülerinnen und Schüler untersucht, die vor der Oberstufe die

Schule verlassen haben. Die dann einen Realschulabschluss, den Hauptschulabschluss oder auch keinen Schulabschluss hatten. Es war fast die Hälfte des Jahrgangs in Hamburg. Die andere Hälfte macht sich auf und wechselt in die Oberstufe. Von dieser Hälfte des Jahrgangs hat gerade ein Viertel direkt im Anschluss an die Schulzeit eine berufliche Ausbildung beginnen können. Übrigens: nur 17 % machten eine duale berufliche Ausbildung. Die anderen waren in schulischen, beruflichen Ausbildungen. Ein Viertel von der Hälfte der gesamten Schülerinnen und Schüler. Für schnelle Kopfrechner heißt das: Zumindest in diesem Jahrgang ist Jugendarbeitslosigkeit nicht bei 8 %, sondern bei 37,5 % in Hamburg - formal betrachtet. Und das zeigt noch einmal, wie hoch der Handlungsbedarf eigentlich ist.

Zum Glück wird das Thema von vielen Seiten entdeckt. Im Ausbildungspakt der Bundesregierung ging es darum, junge Menschen beim Übergang in die Ausbildung gezielt zu unterstützen. In allen Bundesländern sind die Berufsbildner dabei, zusammen mit ihren Kultusministerien diese besondere Herausforderung in entsprechende Veränderungen des Übergangssystems einzubinden.

Ich will deshalb in meiner Eröffnung einige Punkte skizzieren, die nach meiner Auffassung dabei wichtig werden können.

#### *Bildungserfolg verbessern*

Als Erstes gilt es natürlich, die Anstrengung dahin gehend zu steigern, dass der Bildungserfolg im allgemeinen Schulsystem besser wird.

Die Kultusministerkonferenz ist wie auch die einzelnen Kultusministerien ohnehin dabei - in dem Bemühen beispielsweise, die demografische Rendite zu nutzen und nicht nur Stellen abzubauen, sondern mehr Ganztagschulen zu etablieren, einheitliche Bildungsstandards einzuführen und regelmäßige Lernstandsuntersuchungen als Controlling einzuführen, aber auch die Verbesserung der Lehrerbildung voranzutreiben. Das und vieles mehr sind Punkte und Anstrengungen, die dazu beitragen sollen, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule zu guten Abschlüssen kommen, die ihnen dann auch den Sprung in die Berufswelt ermöglichen.

Die Erfolge sind so schlecht nicht. Der Aufstieg bei PISA, zumindest in der dann folgenden PISA-Studie, war ja nicht zu übersehen von Platz 15 auf Platz 6. Auch wenn ich persönlich bei den genauen Rankings auch

so meine Bedenken habe, weil wir alle wissen, wie geringfügige Verschiebungen dort in der Öffentlichkeit immer noch als Tabellenplatz missinterpretiert werden. Aber ein Aufstieg war nicht zu übersehen.

*Die Schule muss insgesamt daran arbeiten, die Leistung zu erhöhen.*

Auch eine deutliche Verringerung der Schulabbrecherzahlen ist in Deutschland in den letzten zehn Jahren festzustellen. Das ist der eine Punkt: Die Schule muss insgesamt daran arbeiten, die Leistung zu erhöhen.

Aber es geht auch um einen zweiten Punkt, den die Schule leisten kann, und der heißt Berufsorientierung. Sie wissen es vermutlich genauso gut, wie gering die Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler von dem sind, was sie nach der Schule erwarten wird. Wenn man Schülerinnen und Schüler fragt: „Welche Berufe kannst du nennen?“, dann kommen sie bestenfalls auf zehn. Ich habe mir sagen lassen, dass wir 350 und mehr Ausbildungsberufe haben, und zehn davon sind gerade bekannt. Wenn man dann die Hitlisten in den verschiedenen Bildungsgängen anguckt, dann reduziert sich das auf noch weniger Berufe. Eigentlich ist das schon Anlass genug, zu sagen: Hier muss dringend eine Aufklärung erfolgen. Aber nicht nur deshalb, sondern weil auch viele Schülerinnen und Schüler der beruflichen Welt nach der Schule „fremdelnd“ gegenüberstehen. Das liegt auch daran, dass wir es uns alle abgewöhnt haben - die Wirtschaft hat auch aufgrund von geringen Ausbildungszahlen der Vergangenheit dazu beigetragen - daran zu glauben, dass man nach einer Realschulprüfung und einem erfolgreichen Realschulabschlusszeugnis richtig in den Beruf gehen kann.

Offensichtlich scheinen viele Akteure in dem Bewusstsein zu handeln: Ausgebildet wird nur, wer volljährig ist, einen Führerschein hat und ansonsten als Mensch sehr gereift ist.

*Die persönliche Weiterentwicklung von jungen Menschen geschieht im Beruf genauso wie in der Schule.*

Und dabei wird etwas Wesentliches übersehen. Die persönliche Weiterentwicklung von jungen Menschen geschieht im Beruf genauso wie in der Schule. Ja man könnte sogar sagen, wir sollten uns freuen, dass das in der Berufswelt auch geschieht, denn es ist ein veränderter Lebenszusammenhang, eine veränderte Ansprache, die zur Menschwerdung mit dazugehört, und deswegen darf

dieser erzieherische Aspekt der Berufsausbildung nicht ausgeblendet werden. Deswegen muss es von allen Seiten wieder nicht nur für möglich gehalten werden, sondern es muss angestrebt werden, dass Schülerinnen und Schüler direkt nach der Schule in den Beruf kommen können.

Das ist ja nichts, was völlig unmöglich ist. Mein Bruder, der nur drei Jahre jünger ist, hat mit 16 Jahren seine Ausbildung begonnen, mein Vater sowieso.

Er erzählt immer die Geschichte, dass er große Angst hatte, wie er dort als Sechzehnjähriger bei der Allianzversicherung in Hamburg anfangen musste. Er war noch so klein, sodass er die Eingangstür nicht öffnen konnte. Er musste immer warten, bis ein großer Erwachsener daherkam, der ihn dann reinließ. Das war ihm sehr unangenehm, wo er doch jetzt endlich erwachsen war. Dieser frühe Einstieg in den Beruf ist eine Tradition, die in Deutschland lange Zeit gut geklappt hat - und die wir aus meiner Sicht wiederbeleben müssen und auch wieder beleben können.

Die Berufsorientierung in der Schule muss deshalb ausgebaut werden. Wie im Einzelnen, ob Projekte oder gar Schulfächer, Curricula oder andere Methoden dabei eine Rolle spielen, das muss sich jedes Bundesland selber überlegen.

Aber hier gibt es vielfältige Möglichkeiten auch gerade in Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern der Berufsschulen, um hier die Arbeitswelt zum Thema des allgemeinen Unterrichts in den Schulen zu machen.

Einen dritten Punkt will ich nennen.

Die duale Berufsausbildung muss sich aus meiner Sicht auch um eine Schülerschaft bemühen, die sie gut gebrauchen kann. Wir erleben in Hamburg, dass viele Schülerinnen und Schüler nach Klasse zehn nach dem Motto: „Ich versuche es mal mit dem im Abitur!“ den Versuch machen mit der Oberstufe, trotz einer Realschulreife, mit der man sagen kann: Das ist eine solide Grundlage. Aber auch nicht mehr. Wir haben deshalb heute in den Oberstufen zu viele Versuchsschüler in Hamburg, und es mag sein, dass das in anderen Bundesländern nicht anders ist. Diese Versuchsschüler haben aber eigentlich eines richtig verstanden: In unserer heutigen Berufswelt ist es schon sehr wichtig, das Abitur zu haben, denn es eröffnet große Möglichkeiten. Nur: Kann man das Abitur nicht auch noch auf anderen Wegen erzielen? Sind nicht gerade diese Schülerinnen und Schüler

die richtigen Kandidaten für eine solide Berufsausbildung, innerhalb derer oder im Anschluss an die dann eine entsprechende schulische Entwicklung zum Abitur stehen müsste?

Die Möglichkeit nicht nur der Fachhochschulreife, sondern auch des Abiturs mit in die berufliche Ausbildung einzubinden ist ein wichtiger Schritt, um diese Schülerschaft aus meiner Sicht in eine für sie bessere Perspektive zu führen, als eine hin und wieder auch von Wiederholungsschleifen geprägte, rein schulische Oberstufenkarriere mit ungewissem und wackeligem Abiturzeugnis am Ende.

Ich will einen vorletzten Punkt nennen, der meines Erachtens wichtig ist. Wir haben in Hamburg unser Berufsschulsystem in dieser Hinsicht neu aufgestellt, und die ersten Erfolge machen uns großen Mut. Es geht um die Frage: Was passiert denn nun mit denjenigen, den drei Vierteln von der Hälfte in Hamburg, die es nicht schaffen, direkt im Anschluss an die Schule eine Ausbildung zu beginnen? Sie landen, das wissen wir alle in den entsprechenden Übergangsmaßnahmen der Berufsbildung.

Und wie das alles heißt, da kennen Sie sich besser aus. Es ist eine große Vielfalt, die vielleicht auch ein bisschen unter der Vielfalt leidet, weil es unübersichtlich wird.

Aber an einer Stelle habe ich den Eindruck gewonnen, kann es eine Verbesserung geben, die allen Beteiligten hilft. Und zwar bei der Frage: Was passiert da jetzt genau?

*Übergangsmaßnahmen neu strukturieren und dabei verankern, dass jede Woche neben der schulischen Ausbildung zwei oder drei Tage Praxis in den Betrieben dazugehören.*

Dass die Übergangsmaßnahmen nicht zu den Erfolgen führen, die wir uns wünschen, ist allgemein bekannt. Weder dass die Schulabschlüsse in großer Zahl deutlich verbessert werden, noch dass der direkte Übergang in den Beruf dadurch erleichtert wird. Manchmal hat man den Eindruck, dass einige dieser Maßnahmen eher dazu beitragen, dass die Schüler noch eine Weile vor sich „hinreifen“, so will ich mal sagen, ohne dass nun wirklich eine Zielstrebigkeit dahinter steht. Aber wir haben aufgrund der vielen Vorschläge aus den Berufsschulen diese Übergangsmaßnahmen neu strukturiert und dabei verankert, dass jede Woche neben der

schulischen Ausbildung zwei oder drei Tage Praxis in den Betrieben dazugehören. Das ist eine organisatorisch hochgradig schwierige Angelegenheit, und ich bin sehr sehr dankbar für die hervorragende Zusammenarbeit mit den Hamburger Unternehmen, die dafür jedes Jahr Tausende von Praktikumsplätzen zur Verfügung stellen, damit diese Schülerinnen und Schüler, die eben in diesen Übergangsmaßnahmen sind, zwei oder drei Tage in echten Firmen, nicht trägergestützt in der Tischlerwerkstatt oder so ähnlich, sondern in richtigen Hamburger Firmen arbeiten.

Und wir haben den Eindruck, dass das eine ganz hervorragende Wirkung hat. Ich hab einmal etwas blumig davon gesprochen, dass diese Maßnahme viele Schülerinnen und Schüler regelrecht „wachküss“.

Das ist ganz einfach auch zu erklären. Ich selber habe ja vier Jahre unterrichtet. Da steht man als Lehrer doch einer relativ kompakten Gruppe, (so in der Eigenwahrnehmung) gegenüber. Da hinten sitzen die Lümmel in der letzten Bank und haben ihr Handy unterm Tisch und sind ansonsten auch unheimlich cool mit ihren dicken Jacken und Cappies.

Und diese Schülerinnen und Schüler, die es in der Schule nicht leicht hatten, landen in diesen Übergangssystemen. Und was machen sie dort? Sie setzen sich immer noch in die letzte Reihe und spielen mit ihrem Handy, jedenfalls einige. Aber was ist, wenn sie im Betrieb sind? Dann ist die ganze Schülergruppe um sie herum nicht mehr dabei. Ganz im Gegenteil haben wir dort tüchtige Kolleginnen und Kollegen, die ein Interesse an betrieblichen Abläufen haben. Und sie haben Ausbilder, die auch eine gewisse Ansprache haben, die sich vielleicht von der in den Schulen etwas verändert darstellt. Das tut diesen Schülern durchaus gut, und darüber hinaus ist es so, dass viele auch plötzlich merken: Ich bin hier in einem neuen Lebenszusammenhang, und diese Chance will ich nutzen. Man gerät ja als Schüler durchaus in Rollen hinein, die sich Ende der vierten Klasse ausbilden und aus denen es schwer wird, sich wieder zu befreien. Aber hier ist man in einem ganz neuen Zusammenhang, und viele nutzen auch die Chancen zum Neuanfang.

Es handelt sich ja ohnehin um Schülerinnen und Schüler, die es in der Schule nicht leicht hatten. Sie mit weiteren schulischen Maßnahmen nun noch auf den Weg zu bringen, das ist im Großen und Ganzen eher der fal-

sche Weg. Deswegen ist diese Ergänzung aus unserer Sicht sehr hilfreich. Das Spannende ist aber, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler dadurch wach geküsst werden, sondern auch Betriebe plötzlich merken: „Der kann ja was“ oder „Die ist ja wirklich gut.“ Wir haben ganz anrührende Rückmeldungen, die sich ungefähr so anhören: „Nach der Bewerbungsmappe hätte ich diese Schülerin niemals eingestellt, aber wo sie jetzt hier seit Wochen im Praktikum tolle Arbeit macht, können wir uns gut vorstellen, diese Schülerin in eine regelrechte Ausbildung zu übernehmen“. Und das gilt sowohl für diejenigen, die wir für ausbildungsreif halten und nur keine Lehrstelle gefunden haben, aber erst recht gilt es auch für diejenigen, von denen es kaum zu erwarten war, nämlich diejenigen, von denen alle glaubten, die sind noch nicht einmal ausbildungsreif. Trotzdem führt dieser Weg offensichtlich dazu, auch diese Übergangsmöglichkeiten zu verbessern. Deswegen glaube ich an eine solche praktische Ausrichtung. Hier bin ich selber auch sehr klar in meiner Meinung. Über Träger ist das auch eine spannende Sache, aber der richtige Lebenszusammenhang in einem Betrieb ist hier eine ganz andere Qualität. Das ist unserer Meinung nach eine große Hilfe und kann das Übergangssystem deutlich verbessern.

Damit komm ich zum letzten Punkt. Das ist ein schwieriger Punkt, an dem wir jetzt ein Jahr lang in Hamburg herumgearbeitet und uns viele Ratschläge aus der ganzen Bundesrepublik geholt haben. Im Kern reagiert es auf die Frage: Was passiert eigentlich mit den Schülerinnen und Schülern, bei denen es keine Eltern gibt, die in diese Berufswelt hinein begleiten? Und ich sage ihnen auch aus eigener Erfahrung: Eltern sind nach der Schule schon ziemlich wichtig. Nach der Schule ist das Zeugnis da und dann wird erst mal aufgeatmet. Chillen nennen das meine Kinder. Da werden alle Viere von sich gestreckt, lange Fernsehabeide folgen, und so richtig kommt lange nichts in Gang.

Normale Eltern werden dann irgendwann unruhig und sagen: „So, was ist denn nun? Wie ist die Bewerbungsfrist da gewesen?“ und „Hast du das alles schon gemacht?“ und „Was sagt die Universität über die ten?“ und „Willst du dich etwa mit diesem Foto bewerben, das kann doch wohl nicht dein Ernst sein?“ und so weiter und so weiter. Wann passiert das eigentlich bei denjenigen Schülerinnen und Schülern, die zumindest in Hamburg in großer Zahl auch die Schule absolvieren - manchmal gar nicht so

mit schlechten Leistungen aber wo danach dann irgendwie keiner da ist?

Dafür haben wir eigentlich hervorragende Hilfsangebote, Beratungsangebote. Wir haben die Arbeitsagentur, wir haben die Jobcenter, wir haben bei uns Sozial- und Jugendämter, wir haben die Berufsschulen. Aber im Großen und Ganzen wissen wir alle: Da braucht nur einer nach der Schule ein bisschen bei Penny zu jobben und dann saust er durch alle Hilfssysteme und ist erst mal von der Bildfläche verschwunden.

*Es liegt eher an der Verzweigung und an der unterschiedlichen Zuständigkeit.*

Wir haben in Hamburg auch deshalb nachgezählt, weil wir ein Jahr vorher die Zahlen addiert hatten, die automatisch in diesen Hilfssystemen angekommen waren und hatten festgestellt, von unseren 5.500 Schülern hatten wir 1.500 gar nicht mehr wieder gefunden, weil sie nirgendwo vermerkt waren. Sie waren weg! Obwohl sie natürlich in der Stadt waren. In diesem Übergangssystem fallen zu viele durchs Raster der verschiedenen Angebote. Das liegt nicht mal an der Struktur dieser Angebote selber. Die sind gut. Sondern es liegt eher an der Verzweigung und an der unterschiedlichen Zuständigkeit.

Es ist durchaus möglich, dass ein Schüler nach der Schule irgendwann mal aufwacht und sagt: „Ich möchte gerne arbeiten!“ und dann geht er möglicherweise zu irgendeinem Jugendhelfer und sagt „Ich will was tun!“ Dann sagen die: „Geh' zum Arbeitsamt!“ Und wenn er da dann hoffentlich ankommt, stellen die fest: Die Eltern bekommen Hartz IV. Dann sind sie nicht zuständig. Dann muss er zum Jobcenter. Hoffentlich geht er dann da noch hin. Und wenn das Jobcenter auch noch feststellt, dass er noch nicht 18 ist, dann ist er in Hamburg schulpflichtig und muss wieder zu den Berufsschulen. Auf diesen Wegen spätestens verliert sich der ein oder andere. Die Idee ist deshalb nicht neu, diese verschiedenen Angebote schlicht zusammenzufassen und dafür zu sorgen, dass sie auch zusammenarbeiten. Und ich weiß, dass in Düsseldorf und in vielen anderen Bereichen solche Bestrebungen im Gange sind. Wir machen's in Hamburg auch, und wir haben in diesem Fall die Schule das Arbeitsamt, die Arbeitsagentur, das Job-Center und auch die Jugend- und Sozialämter unter einem Dach zusammengefasst.

Es gibt in jedem der Hamburger sieben Bezirke ein Haus, ein richtiges Haus, da sitzen

die alle unter einem Dach. Und wenn der

*Auf diese Art und Weise wollen wir die „Beratung aus einer Hand“ anbieten.*

eine möglicherweise nicht zuständig ist, dann ist es ganz einfach.

Dann geht man nur in die Tür nebenan, da sitzt der Nächste. Und auf diese Art und Weise wollen wir die „Beratung aus einer Hand“ anbieten. Natürlich bleiben die jeweiligen Zuständigen mit ihren Unterschiedlichkeiten erhalten.

Aber dieser Zusammenarbeit unter einem Dach verkürzt nicht nur die Wege der Ratsuchenden, sie bietet auch die neue Chance, dass man einmal gemeinsam guckt, und herausfindet: Wo sind die denn nun wirklich alle? Natürlich weiß ich, da gibt es verschiedene Datensysteme und da darf keiner von den anderen hineingucken oder so, aber reden, dagegen hilft auch kein Datenschützer, reden dürfen die Beteiligten miteinander und können sich dann durchaus austauschen.

Und wenn dann noch das letzte I-Tüpfelchen dazu kommt, dann kommt vielleicht dazu, diejenigen, die die partout nirgendwo aufschlagen, auch mal zu besuchen und zu fragen: „Wo bleibst du?“ Das haben wir einmal

*Ich will das mal nennen „freundliche Belagerung zur Sicherung des Lebensglücks“.*

schon ausprobiert. Es war hoch aufwendig. Und ich glaube, es waren über 200 Schülerbesuche nötig, um diejenigen zu finden und ihnen freundlich zu sagen, wie ihr weiterer Weg sein kann. Aber das muss mit dazugehören, weil viele Eltern es nicht leisten.

Ich will das mal nennen „freundliche Belagerung zur Sicherung des Lebensglücks“.

Und wir möchten das gerne auf den Weg bringen. Eine Verzahnung ist schwierig, das wissen wir. Die Arbeitsagentur hat einen eigenen Rechtskreis und die Jobcenter und unsere Stadt ebenfalls. Das ist alles für Juristen ein großes Betätigungsfeld.

Aber wenn wir das nicht sichern können, dann werden wir es weiterhin durch die Verfransung dieser Angebote und durch Nichtkommunikation miteinander nicht schaffen können, Schülerinnen und Schüler zu begleiten.

Ich glaube, diese Punkte, können einige Eckpunkte sein, um das Übergangssystem deutlich zu verbessern. Weiter erhoffen wir von Ihrer Tagung sicherlich auch viele Hin-

weise darauf, was sonst noch alles besser gemacht werden kann. Ich glaube, es ist entscheidend, dass wir das tun. Denn erstens natürlich braucht unsere Wirtschaft Fachleute, und natürlich lebt unser Wohlstand und unserer Sicherung hier in Deutschland davon, dass es gelingt, viele viele Menschen in diesen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Aber es ist nicht nur die Sicherung unserer Wirtschaftskraft. Es ist auch die Sicherung unserer Gesellschaft. Denn natürlich brauchen wir diese jungen Menschen auch irgendwann als glückliche Mütter und Familienväter, als Menschen, die ehrenamtlich tätig sind und die mit beiden Beinen im Leben stehen und sich hier engagieren und die nicht am Rande der Gesellschaft ohne einen Beruf, sozusagen „irgendwie mit durchgefüttert“ werden. Auch das ist wichtig für unsere Gesellschaft. Und natürlich ist es wichtig für diese Menschen selber.

*Arbeit ist etwas, was mit Menschenwürde direkt verzahnt ist.*

Ich will noch mal darauf hinweisen. Dazu muss man nicht lange in marxistische Theorien hineingehen, aber Arbeit ist etwas, was mit Menschenwürde direkt verzahnt ist, was im Großen und Ganzen nach meiner Überzeugung die Menschlichkeit mit prägt und ausmacht. Und wer in dieser Berufswelt fußfasst, der ist auch mit einem anderen Selbstbewusstsein gesegnet, aber hat auch eine Möglichkeit die wir Menschen nicht verschließen dürfen. Die Möglichkeit, sich selber weiterzuentwickeln.

Und ich darf zum Schluss sagen: Es ist auch wichtig, weil wir es uns nicht leisten können, ganze Gruppen manchmal dauerhaft vom Arbeitsmarkt auszugrenzen, weil unsere Gesellschaft sich das nicht leisten kann und dabei denke ich nicht ans Geld, sondern an die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Dazu zählen manchmal einfache Grundüberzeugungen. Ich will nicht lange in die Philosophie ableiten, aber dass es einigermaßen gerecht zugehen muss in Deutschland, dass es sich lohnen muss, wenn man etwas leistet, wenn es auch dabei viel Ungerechtigkeiten gibt, das wissen wir. Und auch, dass es sich gehört, sich um Schwächere zu kümmern und andere nicht links liegen zu lassen, das hält unsere Gesellschaft als Grundüberzeugung zusammen. Und ich glaube, wir können es uns auch nicht leisten, hier einer offensichtlich nicht kleiner wer-

denden Gruppe den Zugang zum Arbeitsmarkt so schwer zu machen, beziehungsweise dauerhaft unmöglich zu machen. Deswegen, meine Damen und Herren, freue ich mich sehr, dass Sie heute gekommen sind.

Ich wünsche mir, dass Sie dieses Thema in ihren Bundesländern weiter voranbringen, denn es kann natürlich nur der Auftakt sein.

Aber ich glaube, es ist ein besonders wichtiges Thema, und vielleicht gelingt es ja irgendwann noch, wenn wir Herrn Schleicher oder andere davon überzeugt haben, das Thema bei PISA mit zu verankern und auch das Medieninteresse zu wecken, damit das geschieht, was hier nötig ist, dass dieses Thema wirklich in seiner wahren Bedeutung von allen entdeckt wird.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

## 4. Perspektive Demografie – Neue Herausforderungen für die berufliche Bildung

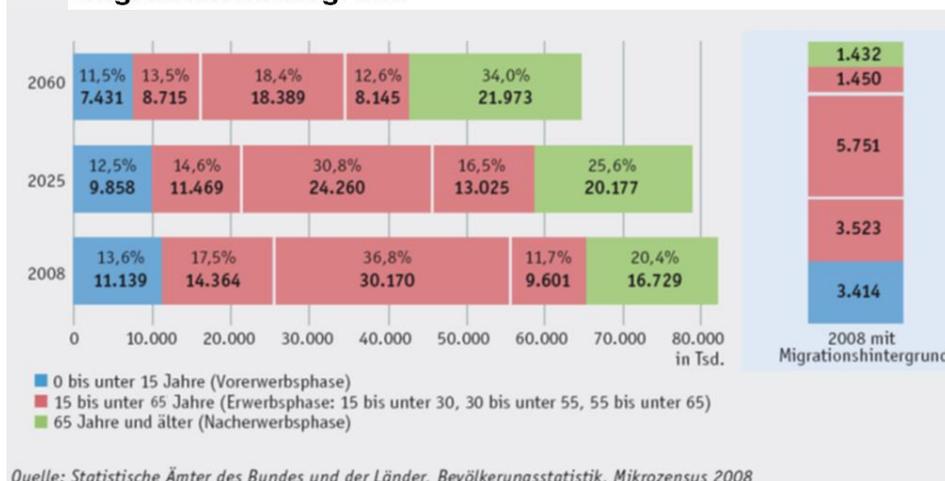
Unter diesem Titel berichtet Prof. Dr. Martin Baethge, Mitglied der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, über Herausforderungen, auf die sich die Schulen und die Unternehmen vorbereiten müssen. Im Folgenden werden Ausschnitte aus dem Vortrag und der Präsentation wiedergegeben.



In der öffentlichen Diskussion über die demografische Entwicklung steht bisher die Sicherung des Fachkräftebedarfs vor allem im Hochqualifizierten-Sektor (insbesondere MINT-Berufe) im Zentrum. Nach neuesten Projektionen erweist sich die Perspektive als zu eng, da sowohl die Berufsausbildung unterhalb der Hochschulebene als auch die mittlere Fachkräfteebene infolge der demografischen Entwicklung und veränderten Bil-

dungsströmen zunehmend unter Druck geraten werden. Dieser Druck wird durch den erwartbaren Arbeitskräftebedarf und die erwartbare Bildungsentwicklung nach Bildungsgängen hervorgerufen. Wie die Entwicklung im Einzelnen aussieht, welche Herausforderungen sich aus ihr für die berufliche Bildung ergeben und wo Lösungsperspektiven liegen, ist Inhalt des Vortrags.

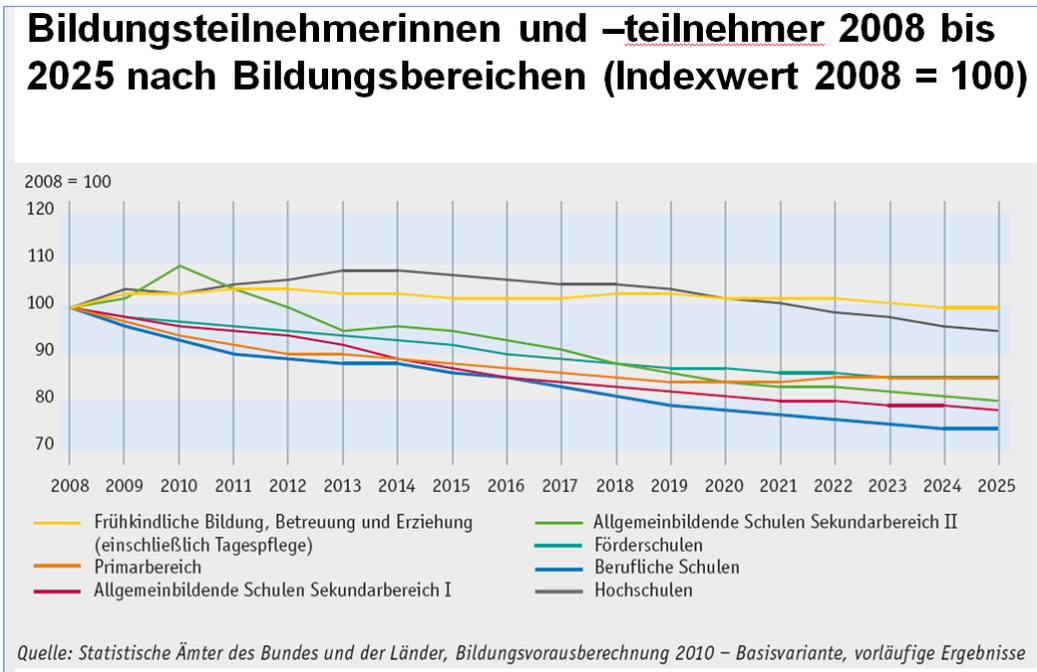
**Anteile der Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt 2008, 2025 und 2060 sowie für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund**



man die Entwicklung bis 2025, so kann man feststellen:

- Rückgang der Bevölkerung in der Haupterwerbsphase (30 – 55 Jahre) um 6 Millionen bzw. 20 %

- Zunahme der Bevölkerung in der Gruppe über 65 Jahre um 3,5 Millionen bzw. 36 %.

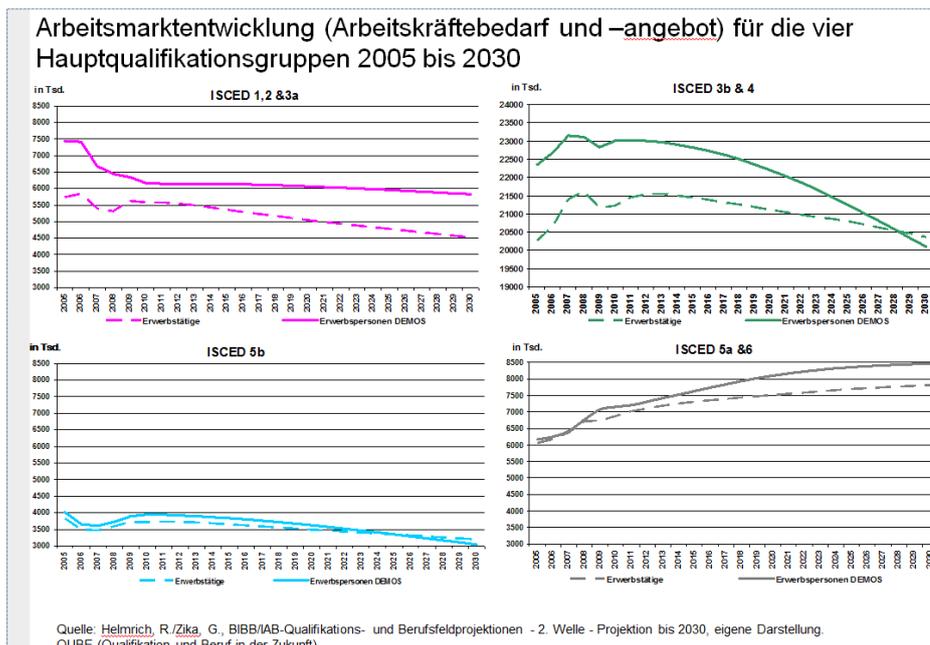


Wir haben im frühkindlichen Bereich (**gelbe Linie**) eine Entwicklung, die zeigt, dass der Beteiligungseffekt den demografischen Effekt überkompensiert, d. h. man rechnet mit einem leichten Anstieg der Bildungsteilnehmer im frühkindlichen Bereich.

Im Hochschulbereich zeigt sich eine relativ stabile Entwicklung (**graue Linie**).

In den unterschiedlichen Strömungen des allgemeinbildenden Schulwesens haben wir

eine Reduktion bis 2025 zwischen 16 % und 26 % der Schülerschaft. Die **blaue Linie** beschreibt die Berufsbildung. Die Berufsbildung ist der Bereich, der am stärksten zurückgehen (26%) wird, wenn das Übergangsverhalten, welches Voraussetzung für die Projektion ist, relativ stabil bleibt. Wenn dieses so bleibt, dann hat diese Republik ein ernsthaftes ökonomisches Problem und einen extremen Arbeitskräfteengpass.



### Wie läuft die Arbeitskräfteentwicklung?

Die Grafik zeigt vier Projektionen für Qualifikationsstufen von den Niedrigqualifizierten bis zu den Hochqualifizierten. Die Grafiken beinhalten eine Angebots- und eine Nachfragekurve.

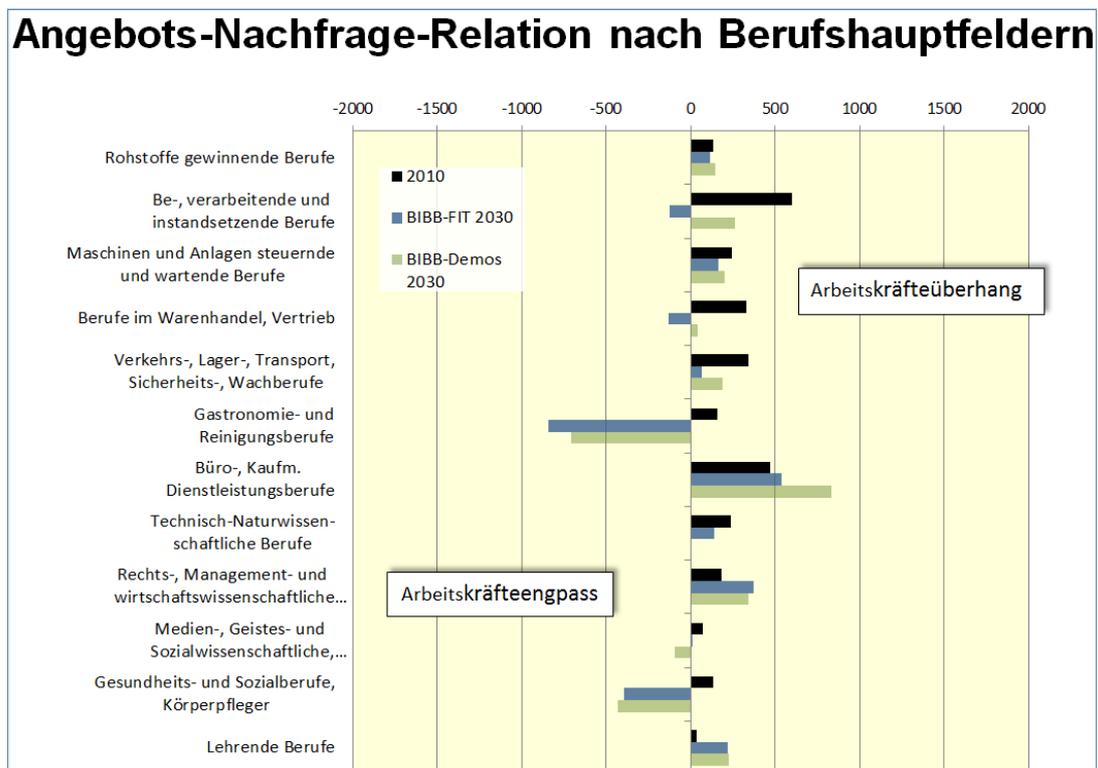
Die Angebotskurve ist die durchgezogene Linie, die Nachfragekurve ist die gestrichelte Linie.

Die Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs nach Qualifikationsniveaus zeigt:

- Es gibt nur einen Bereich, der in Angebot und Nachfrage ansteigt und das ist der Hochqualifiziertenbereich.

- Alle drei anderen Qualifikationsniveaus sind in Angebot und Nachfrage rückläufig.
- Der mittlere Bildungsbereich wird, bezogen auf die Beschäftigungsstruktur, der mit Abstand stärkste Qualifikationssektor bleiben. Er wird auch 2030 noch etwas 52-53 % der Beschäftigten ausmachen.
- Im geringqualifizierten Bereich wird es bis 2030 einen deutlichen Überhang im Angebot von etwas 1,5 Millionen Personen geben.

Fazit: In Zukunft müssen mehr Jugendliche aus dem geringqualifizierten Bereich in den qualifizierten Bereich gebracht werden.



### Wo werden diese Qualifikationsengpässe auftauchen?

- Bis 2010 (schwarze Balken) gibt es keine Engpässe im Gesamttaggregat.
- Bis 2030 werden Engpässe entstehen im mittleren Bereich.
- Es wird bis 2030 erhebliche Engpässe in der Gastronomie und in den Reinigungsberufen geben.
- Im hoch qualifizierten Bereich wird es nicht so sehr im technisch-naturwissenschaftlichen Berufen Engpässe haben, sondern eher in den Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufen. Dieser Bereich wird auch in Zukunft einen Engpass haben.

- In der gesamten kaufmännischen Branche (ca. 15 % der Beschäftigten) wird es Rückläufigkeiten geben, die vor allem durch die neuen Technologien hervorgerufen werden.

## Resümee: Entwicklung Beschäftigung und Qualifikation:

- **Fortsetzung des sektoralen Wandels der Erwerbstätigkeit von Produktions- zu Dienstleistungstätigkeiten**  
→ Dominanz eines neuen Typus von Arbeit

Wir werden bis 2030 eine Situation haben, in der der sektorale Wandel der Erwerbstätigkeit von den Produktions- zu den Dienstleistungstätigkeiten sich fortsetzen wird. In der Hoffnung, dass die Industriebasierung in der Bundesrepublik nicht weiter wegbricht, sprechen wir hier von einer industriebasierten Dienstleistungsökonomie. Dabei wird es besonders wichtig werden, dass der Typus von Arbeit sich ändert. Es zeichnet sich auch ein

Wandel von herstellenden, Handwerk, manuellen Tätigkeiten ganz radikal hin zu sozial kommunikativen Tätigkeiten zu analytischen Tätigkeiten, in denen man Qualifikationen braucht, die sowohl höher wie neu sind. Der Rückgang körperlicher und handwerklicher Arbeit ist unübersehbar. Im Handwerk gibt es sozusagen eine schleichende Tertiärisierung, weil dort z. B. auch die Kundenorientierung stärker wird.

- **Arbeit und Arbeitsmärkte werden – nach bisheriger Geschlechtertypik der Berufe – „weiblicher“**  
→ Aufhebung der geschlechtertypischen Berufsorientierungen und – stereotype  
→ neue Bedürfnisstrukturen für die Organisation von Arbeit

Mit dem weiteren sehr wichtigen Punkt wird eines der schwierigsten berufspolitischen Probleme angesprochen: Die Arbeit und Arbeitsmärkte werden „weiblicher“. Von den Berufsmärkten her wird das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Frauen werden. Das

wird insofern ein Problem, als wir dann nämlich den Arbeitskräftebedarf nicht decken können. Man muss also sehr viel dafür tun, dass es zu einer Aufhebung der Geschlechterstereotype in der Arbeitswelt und in der Berufsausbildung kommt.

- **Generelles qualifikatorisches Upskilling (ohne Verschwinden von geringqualifizierter Arbeit)**  
→ Gefahr der Verfestigung von Flexibilitätsbarrieren am Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Spaltungslinien

Wir werden auf allen Ebenen einen Anstieg der Qualifikationsanforderungen haben, auch bei den sogenannten Geringqualifizierten. Wir reden viel zu leichtfertig von gering qualifizierten Tätigkeiten und meinen, dazu seien keine Qualifikationen notwendig. Dazu sind aber im Gegenteil in Zukunft sehr viel mehr Qualifikationen nötig, weil in diesen Berufen sehr viel mehr kommuniziert und auch mit Technik umgegangen werden

muss. Dieses Upskilling wird von zwei Seiten zuge deckt. Zum einen von der Arbeitsseite und der zunehmenden Technisierung der Arbeit und zum anderen von der Bildungsseite her, weil zunehmend mehr Jugendliche in die mittleren und höheren Bildungsabschlüsse hineingehen. Das muss man steuern und das wird Konsequenzen haben.

## Herausforderung und Perspektiven für die Berufsbildung

Zentrale Herausforderung: auf Systemebene die Durchlässigkeit zwischen Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen erhöhen, auf der individuellen Ebene Verbesserung der Bildungs- und Berufsmobilität.

Schulen denken oft nur an die eine Seite: Wie bekomme ich mehr in die Köpfe der Kinder hinein? Bitte bedenken Sie auch

immer die andere Ebene, dass wir die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulzenarien erhöhen müssen.

### Vordringliche politische Perspektiven im Übergang:

Die ganze Prozesskette von der Sekundarstufe I in eine vollqualifizierende Berufsausbildung optimieren, um den Anteil der ausbildungslosen Jugendlichen unter 30 von heute ca. 17% merklich zu senken.

- Erhöhung des kognitiven Durchschnittsniveaus am Ende Sek. I
- Berufsorientierung und –vorbereitung in Sekundarstufe I intensivieren
- Übergangssystem reduzieren und optimieren durch Koordination oder Integration der heute diffus nebeneinander herlaufenden Maßnahmen
- Verstärkung nachholender Qualifizierung für Altnachfrage und Erwerbspersonen ohne Ausbildungsabschluss
- Ausbau der Angebote für Schulberufsausbildungen
- Verringerung der Quote der Vertragsauflösungen in vielen Berufsfeldern, vor allem bei Auszubildenden mit und ohne Hauptschulabschluss
- Erhöhung der Attraktivität der Berufsausbildung durch Realisierung der Durchlässigkeitsregelungen von der Berufs- zur Hochschulausbildung
- Erhöhung der theoretischen Anteile in der Berufsbildung
- Anerkennung von Ausbildungsleistungen im Studium
- Studienangebote der Hochschulen für Berufstätige
- Auflösung der beruflichen Geschlechterstereotype im mittleren und hochqualifizierten Fachkräftebereich

Beim Übergang kann man das ganz besonders deutlich sehen: Es gibt eine Fülle von Maßnahmen im letzten Jahrzehnt auf allen Ebenen, angefangen bei der gymnasialen Oberstufe bis hin zu den unterschiedlichen Übergangmaßnahmen, die alle sinnvoll sind, aber auch diffus nebeneinander. Das hat dann auch nicht die notwendige Effektivität. Man muss die ganze Prozesskette von der Sekundarstufe I bis hin zur vollqualifizierenden Ausbildung in den Blick nehmen, optimieren und neu koordinieren. Dabei kommt dann die Systemebene ins Spiel. Sie müssen Institutionen, die in völlig unterschiedlichen Traditionen arbeiten, die freien Träger, die Betriebe, die Berufsschulen, die allgemeinbildenden Schulen auf dieses Ziel hin gemeinsam ausrichten und zu einer Kooperation bringen. Dies ist aber wirklich kein leichtes Unterfangen. Das beginnt in der Sekundarstufe I und nicht nur mit der Berufsvorbereitung. Eine Berufsvorbereitung klappt

nur, wenn sie wirklich das kognitive Niveau der Schülerinnen und Schüler auch erhöhen kann, und wenn sie durch Koordination und Integration diffus nebeneinander herlaufender Maßnahmen das Übergangssystem stabiler macht.

Dieser lange Zeit vergessene Bildungsraum Übergang, der keine institutionelle Stabilität gehabt hat, rächt sich jetzt für das Vergessene. Das Problem liegt nicht nur im Übergangssystem, sondern man muss auch für die Berufsbildung selbst neue Perspektiven aufstellen.

Wenn unsere Berufsfeldprojektionen stimmen, dann muss man gerade im Pflege-, Erziehungs- und im Sozialbereich die Angebote deutlich erhöhen. Ich verstehe es nicht, dass weder die Betriebe noch die Kultusministerien angesichts dieses Wissens, dass demografische Herausforderungen kommen, eine vorsorgende Qualifizierungspolitik für diesen Bereich betrieben haben.

## 5. Die Bedeutung der Berufsorientierung und der Gestaltung des Übergangs Schule - Beruf aus Sicht des BIBB / Hauptausschusses

*Prof. Dr. Michael Heister, Bundesinstitut für Berufsbildung*

In den letzten Jahren finden sich zahlreiche theoretische Ansätze als auch in der Praxis durchgeführte Konzepte zur Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf insbesondere auf kommunaler (regionales Übergangsmanagement) und in letzter Zeit vermehrt auch auf Landesebene. Für Letzteres sei hier nur beispielhaft auf das Hamburger Modell verwiesen und vielfältige weitere Landesprogramme, die in den nächsten beiden Tagen angesprochen werden. Trotz der immer wieder zu hörenden Kritik am sogenannten Maßnahmenschwungel ist damit in den letzten Jahren ein deutlicher Fortschritt feststellbar, wobei allerdings immer noch an zahlreichen Stellen Verbesserungsbedarf besteht.

### **Leitlinien für den Übergang Schule – Beruf vom Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung:**

Genau hier setzt der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung an, der Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie des Bundes und der Länder besteht. In den am 17. Juni 2011 verabschiedeten „Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf“ werden sechs Bereiche benannt, die für ein effektives Übergangsmanagement von Bedeutung sind.

Als Erstes wird auf die Notwendigkeit einer frühzeitigen Vorbereitung für einen gelingenden Übergang hingewiesen. Eine wesentliche Rolle hierfür spielen eine möglichst frühzeitige Förderung leistungsschwächerer Jugendlicher und eine fundierte Berufsorientierung, die im Übrigen auch in den Konzepten der Bundesländer eine immer zentralere Rolle spielt.

Weiterhin wird auf die Notwendigkeit zur individuellen Förderung, Beratung und Begleitung junger Menschen verwiesen. Auch hier trifft sich der Hauptausschuss sehr stark mit den Ansätzen in den aktuellen Länderprogrammen. Gefordert wird in diesem Zusammenhang eine Berufswegeplanung in der Schule, die nach Meinung des Hauptausschusses auch stärker in der Lehreraus- und -Fortbildung berücksichtigt werden sollte.

In der dritten Leitlinie wird auf die Notwendigkeit der Nähe zur Berufs- und Betriebs-



praxis verwiesen. In diesem Zusammenhang wird an die Länder appelliert, die in der Vergangenheit sicherlich wichtigen schulischen Ausbildungsangebote zu überprüfen und auf ein notwendiges Maß zurückzuführen. Auch hier stimmt der Hauptausschuss mit Bestrebungen der Länder überein. Besonders hervorgehoben wird in dieser Leitlinie das Instrument der Einstiegsqualifizierung als betriebsnahe bzw. betriebliche Maßnahme. Allerdings mit der deutlichen Warnung, dass dies kein Ersatz für reguläre Ausbildung sein darf.

Regionale Koordinierung und Steuerung, Rolle der Akteure ist die vierte Leitlinie überschrieben. Hier wird ganz deutlich hervorgehoben, dass das Gelingen des Übergangsmanagements primär von den Akteuren vor Ort, der Qualität der hier existierenden Netzwerke und der klaren Aufgabenzuordnung abhängt.

Eine erhebliche Bedeutung misst der Hauptausschuss auch dem Bereich Transparenz und Anschlussfähigkeit bei. Um Letzteres zu gewährleisten ist die Verwendung möglichst bundesweit standardisierter Qualifizierungselemente notwendig und auch die Dokumentation der Lernergebnisse und Lernerfolge spielt eine wesentliche Rolle. In der sechsten Leitlinie wird zudem auf die Notwendigkeit der Evaluierung der Maßnahmen und Programme hingewiesen. Hier besteht si-

cherlich auf allen Ebenen noch vielfältiger Handlungsbedarf, insbesondere in Bezug auf Wirkungsanalysen.

#### **Weitere Begleitung der Thematik durch den Hauptausschuss:**

Im Anschluss an seine Empfehlung vom Juni 2011 beobachtet der Hauptausschuss die Fortschritte bei der weiteren Gestaltung des Übergangsmanagements. Hierzu diente insbesondere ein Workshop mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten Ende August dieses Jahres. Eine Redaktionsgruppe arbeitet zurzeit an der Zusammenfassung der Ergebnisse dieses Workshops, wobei drei Punkte im Fokus stehen.

Zum einen wurde die zentrale Bedeutung von Berufsorientierung deutlich. Berufsorientierung entwickelt sich zu einem Teil der schulischen Allgemeinbildung. Dies bedeutet eine ganze Menge an Arbeit. Vereinbarungen zwischen Schulen und Ländern müssen getroffen und die notwendigen Ressourcen in den Ländern bereitgestellt werden. Ein Berufsorientierungs-Curriculum ist notwen-

dig und die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss erfolgen. Zudem stellt die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft ein wichtiges Element für eine gute Berufsorientierung dar.

Weiterhin wurde auf die Wichtigkeit der Nähe zur Berufs- und Betriebspraxis eingegangen, wobei dies wiederum insbesondere für den Bereich der Berufsorientierung thematisiert wurde. Eine wichtige Rolle spielen hier Praktika, die aber sowohl in der Schule als auch im Betrieb gut vorbereitet werden müssen.

Zum Dritten wurde der Bereich regionale Verankerung/Zusammenarbeit regional Verantwortlicher hervorgehoben. Es wurde deutlich, dass die Koordinierung primär auf regionaler Ebene erfolgen muss. Darüber hinaus wurde gefordert, einen besonderen Fokus auf die Zusammenarbeit von regional Verantwortlichen, Ländern und Bund zu richten und hier aus den Erfahrungen guter Beispiele zu lernen.

## 6. Positionen und Erwartungen der Betroffenen zur Weiterentwicklung des Übergangsbereichs

Moderation: Judith Schulte-Loh (WDR)

Interviews mit:

**Egbert Feldhaus**  
**Thomas Giessler**  
**Horst Linke**

Ausbildungsleiter der E.ON Hanse AG  
DGB-Bundesvorstand  
Schulleiter der Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau G1 in Hamburg

**Oliver Thieß**  
**Helga Wendland**

Handwerkskammer Hamburg  
Schulleiterin der Ida-Ehre-Schule in Hamburg



**Judith Schulte-Loh:** Schauen wir in die Praxis: Übergang Schule Beruf. Frau Wendland, was funktioniert ihres Erachtens bzw. nach ihrer Erfahrung gut?



**Helga Wendland:** Es funktioniert gut, wenn der Beruf in die Schule hineinstrahlt. Wenn in der Schule schon klar ist, was man können muss, um im Beruf klarzukommen.



**Judith Schulte-Loh:** Wie früh darf der Beruf schon in die Schule hineinstrahlen?

**Helga Wendland:** Von Anfang an. Also bei uns geht's schon in Jahrgang fünf los. Früher haben wir gedacht, dass es reicht, wenn Kinder mit den Händen arbeiten, wenn sie sich erproben und die Elemente aus dem Beruf kennenlernen und dadurch für den Beruf fit gemacht werden. Wir wissen heute: Das funktioniert so nicht.

Damit möchte ich nicht sagen, dass es nicht gut ist, mit den Händen zu arbeiten und Berufe kennenzulernen und hineinzuschnuppern. Aber es gehört mehr dazu.

**Judith Schulte-Loh:** Was gehört dazu?

**Helga Wendland:** Es gehört dazu, beim Lernen zu begreifen, dass Lernen immer und überall passiert, nicht nur im Unterricht, sondern im Berufsleben *und* im Unterricht und diejenigen, von denen man lernt, müssen auch andere Menschen sein als nur Lehrer. Ich mag Lehrer als Schulleiterin. Das sage ich vorweg. Aber trotzdem muss man sehen, dass ca. 80 % aller Lehrer erst als Schüler in die Schule, dann zur Uni gehen und studieren. Danach gehen sie wieder in die Schule als Referendare und dann arbeiten sie den Rest ihrer Zeit in der Schule als Lehrer. Die wenigsten haben Berufsleben außerhalb von Schule kennengelernt. Und deswegen glaube ich, dass wir akzeptieren müssen, dass Lehrer auch lernen müssen, den Übergang zu gestalten. Und dazu braucht es eben Lehrer, die in die Betriebe hineingehen. Dabei setzte ich sehr darauf, den Beruf, den Betrieb in die Schule hineinzuholen. Wir haben Experten aus der Wirtschaft in der Schule, die die Berufsorientierung mit den Lehrern zusammen machen und das funktioniert richtig gut.

**Judith Schulte-Loh:** Herr Feldhaus, wie würden Sie das sehen, wenn nicht nur Schüler kommen, um sich Ihren Betrieb anzugucken, sondern auch Lehrer, wie Frau Wendland das fordert, um die Praxis kennenzulernen?

**Egbert Feldhaus:** Solche Veranstaltungen gibt es ja und ich habe auch in jedem Jahr zwei bis drei Lehrer im Betrieb. Ich finde das Klasse, wenn Lehrer in den Betrieb kommen und in die Ausbildungswerkstatt gehen und anschauen, was dort passiert. Wir können betriebswirtschaftliche Funktionen zeigen und die Lehrer können mit den Auszubildenden sprechen. Das könnte man sicherlich auch noch verstärken.



**Judith Schulte-Loh:** Wie gut sind die Jugendlichen in der Regel auf den Beruf tatsächlich vorbereitet?

**Egbert Feldhaus:** Das hat sich in den letzten Jahren wirklich deutlich verbessert. Wir haben ja viele Kooperationen mit Schulen und auch viele Informationsveranstaltungen. Ich habe den Eindruck, dass die Schülerinnen und Schüler von Jahr zu Jahr besser über die Anforderungen im Berufsleben informiert sind. Da hat sich im Bereich des Übergangsmagements in den letzten Jahren sehr viel getan. Natürlich gibt es noch Punkte, die man verbessern kann.

**Judith Schulte-Loh:** Herr Linke, was sehen Sie, wenn Sie aus der Sicht der berufsbildenden Schule auf den Übergang Schule – Beruf schauen? Was hat sich verändert? Was hat sich bewährt?

**Horst Linke:** Für einen großen Teil der Jugendlichen, die zu uns in die Berufsschule kommen und dann in einen Beruf gehen, also in eine Ausbildung ist es eigentlich problemlos. Wir sprechen ja hier auch immer von einer ganz bestimmten Gruppe, mit der es Probleme gibt. Und da hat sich, wenn wir den Fokus auf Hamburg legen, viel verändert. Früher haben wir als sogenannte Produktionsschule gearbeitet. Die Erfolge waren dabei nicht so besonders. Wir haben zwar wunderbare Arbeit gemacht, aber die Vermittlungsquote war relativ gering. Seitdem wir dualisieren und damit den Lernort Betrieb einbinden, wird es besser. Es wird besser vonseiten der Jugendlichen, die ein höheres Maß an Motivation haben. Betrieb ist eben nicht Schule. Und das „Ernst genommen werden“ das Hineinführen ins Erwachsenenleben kann kei-



ne Schule. Das kann aber ein Betrieb sehr gut. Diesen Ernstcharakter haben wir in der Schule nie spielen können. Insofern hat sich da vieles verbessert. Was mit dem Abbau der Warteschleifen schwieriger wird, ist die Diskussion mit den Eltern. Wir müssen den Jugendlichen und auch den Eltern, die auf die allgemeinbildenden Abschlüsse fixiert sind, verdeutlichen, dass diese Abschlüsse auch über Berufsbildung erreichbar sind. Das ist oft sehr schwierig. Eltern sind sehr auf allgemeinbildenden Schulen fixiert. Dort vermute ich, gibt es noch ein großes Feld der Aufklärungsarbeit. Dazu muss es entsprechende Gleichstellungsvermerke geben.

Insgesamt muss ich sagen, dass durch die Dualisierung in der Tat das Übergangssystem besser wird und auch die Individualisierung damit einhergeht. Ich glaube, jeder Jugendliche ist anders und er muss an die Hand genommen werden, denn in Elternhäusern läuft auch weniger Erziehungsarbeit. Erziehungsarbeit muss zum Teil von Schulen mit übernommen werden.

**Judith Schulte-Loh:** Ich möchte nun Sie, Herr Thieß, fragen, aus Sicht der Handwerkskammer: Worauf soll man in Zukunft setzen? Was funktioniert schon mal? Was müsste man verbessern?

**Oliver Thieß:** Aus Hamburger Sicht kann ich sagen, dass wir mit der Jugendberufsagentur, die ja jetzt hier in Hamburg gegründet wurde, einen ganz großen Schritt nach vorne gemacht haben. Auch die Dualisierung der Ausbildungsvorbereitung, das regelhafte Praktikum, das sind Punkte, die sehr gut funktionieren. Auch die Einstiegsqualifizierungen funktionieren sehr gut, um Jugendliche sehr praxisnah in eine duale Ausbildung zu bringen. Die Handwerksbetriebe in Hamburg haben 6-7 Mitarbeiter im Durchschnitt. Die haben es etwas schwerer, sich mit Schulen in Kooperation zu setzen. Wir betreiben die „Serviceagentur Anschluss Handwerk“, um das zu unterstützen. Wir bieten Lehrerfortbildungen an, um Lehrer für das Handwerk zu begeistern. Denn das Handwerk hat ein relativ schlechtes Image.



**Judith Schulte-Loh:** Wie groß ist die Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer, sich darauf einzulassen?

**Oliver Thieß:** Wenn wir theoretische Kurse zum Berufsfeld Handwerk anbieten, werden diese regelhaft abgesagt. Wenn wir für Lehrer aber Schweißen, Würstchen machen

oder Brötchen backen anbieten, dann sind die Säle voll.

**Judith Schulte-Loh:** Das finde ich super, weil es da offensichtlich doch noch eine Sehnsucht gibt, etwas Handfestes zu haben.

**Oliver Thieß:** Das ist natürlich ein Anker für uns. Wir nutzen das, um berufsspezifische Inhalte rüberzubringen, wie sind z. B. die Karrierechancen usw. Damit haben wir sehr gute Erfolge. Wir haben sogar von der Arbeitsagentur Berufsberater dabei, wir haben von Trägern, die Jugendliche in anderen Stellen begleiten dabei, das klappt wunderbar.

**Judith Schulte-Loh:** Kein Jugendlicher soll verloren gehen. Herr Giessler, das ist die politische Absichtserklärung. Aber trotzdem passiert es. Und wir sehen, 17 % der Jugendlichen schaffen es nicht, in eine Ausbildung hineinzukommen. Was muss Ihres Erachtens noch besser gemacht werden, damit auch diese Jugendlichen mitgenommen werden können.

**Thomas Giessler:** Wir haben ja festgestellt, dass da wo Dinge geregelt werden, wo Leute Verantwortung übernehmen, die Dinge funktionieren. Wir haben z. B. mit der chemischen Industrie schon länger eine tarifvertragliche Lösung, „Glatt in den Beruf“ heißt sie. Diese wird ein Jahr vorgeschaltet vor der regulären Ausbildung und es besteht die Möglichkeit, wenn die Jugendlichen schon im Betrieb sind, dass sich unsere Betriebsräte, Jugendvertretungen usw. für sie einsetzen, was dann auch dazu führt, dass diese in den Betrieb übernommen werden. Das muss ausgebaut werden.



**Judith Schulte-Loh:** Was macht der DGB selber praktisch? Wie fördert man etwas? Wie bringt man als Gewerkschaft Unternehmen über Betriebsräte dazu, mehr anzubieten? Man kann Einfluss nehmen, in dem man eine politische Forderung aufstellt, aber man kann auch Einfluss auf Entwicklungen nehmen.

**Thomas Giessler:** Es ist unserer Aufgabe, Tarifverträge mit der anderen Seite abzuschließen. Es ist aber nicht so, dass die Gegenseite immer mitzieht. Es wundert mich, dass Tarifverträge so selten genutzt werden, um auch schwächeren Jugendlichen eine Chance zu geben.

**Judith Schulte-Loh:** Frau Wendland, inwieweit werden Praktika vorbereitet, bevor

die Schüler in die Unternehmen hineingehen? Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Partnern? Das ist ja Voraussetzung, um die Jugendlichen zu erreichen und auch so zu betreuen und zu begleiten, dass es funktioniert.

**Helga Wendland:** Ich berichte gleich von unserem Leuchtturmprojekt. Ich möchte aber vorher zu dem Leitsatz „Kein Jugendlicher darf verloren gehen“ fragen wollen, was heißt das?

Heißt „verloren gehen“ nur: Ein Jugendlicher bekommt keinen Ausbildungsplatz? Heißt „verloren gehen“ nicht auch, dass ein Jugendlicher mit einem Realschulsabschluss dreimal versucht, irgendwo zu landen, obwohl er den mittleren Abschluss hat und dann immer noch keinen Ausbildungsplatz bekommt, weil er nicht weiß, wie er es machen soll? Heißt „verloren gehen“ nicht auch: Ein Abiturient schlendert durch die Oberstufe und weiß, ich mache Abitur. Er fängt drei-, vier-, fünfmal irgendetwas an und weiß nicht, was er will. Ich möchte die Problematik weg von den schwachen Schülern haben. Ich möchte es hinbringen zu allen Jugendlichen, sie zu orientieren und ihnen zu helfen den Schritt ins Leben und in den Beruf zu wagen.

**Judith Schulte-Loh:** Ja ich bin ganz bei Ihnen, aber mit einem Einspruch: Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass es auch eine Reihe von Jugendlichen gibt, die eine viel stärkere individuelle Betreuung brauchen, die nicht nur einen Lehrer brauchen, sondern eigentlich vielmehr einen Coach, einen Lebenscoach?

**Helga Wendland:** Damit habe ich mich zehn Jahre beschäftigt, immer die ganz Schwachen im Blick zu haben. Wir haben im Projekt „Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb“ schon in meiner vorhergehenden Schule die ganz schwachen Jugendlichen zwei Jahre lang an zwei Tagen in der Woche in den Betrieb geschickt und drei Tage waren sie nur noch in der Schule. Man kann sich es kaum vorstellen, als Lehrerin oder Lehrer. Obwohl die Schülerinnen und Schüler über zwei Jahre lang nur drei Tage in der Schule waren, sind dabei Jugendliche herausgekommen, die mit drei 5 Fünfen in das Projekt hineingingen und mit der Versetzung in die Oberstufe rauskamen.

Damit möchte ich belegen: Lernen findet nicht nur in der Schule statt. Lernen findet ganz intensiv statt, wenn ich weiß, was ich will. Heute sondern wir diese Jugendlichen nicht mehr raus, denn dann treffen sich Verlierer in einer Klasse und das ist immer

schlecht. Heute machen wir das so, dass wir keine Blockpraktika mehr haben, sondern Langzeitpraktika an zwei Tagen in der Woche im Betrieb verstärkt im Jahrgang neun und zehn einsetzen. Und das ist toll. Es ist genial. Es beginnt damit, dass wir im Jahrgang acht eine Stunde Berufsorientierung erteilen. Diese gibt heute nicht mehr der Arbeitslehrelehrer, sondern der Klassenlehrer. Der Lehrer, zu dem die Jugendlichen den intensivsten Bezug haben. Damit der Klassenlehrer ein bisschen geschult wird, suche ich für jede Klasse einen passenden Partnerbetrieb. Die Klassen heißen bei uns Profilklassen in 9 und 10.

Der Betrieb hilft, den Praktikumsplatz zu finden. Die Jugendlichen gehen dann nicht drei Wochen in ein Praktikum, sondern über ein halbes Jahr an jeweils zwei Tagen in der Woche. Da kommt man nicht nach drei Wochen zurück und sagt, „das war ja interessant“ und zwei Wochen später ist alles vergessen. Ich glaube an das Prinzip. Die Experten kommen in die Schule und danach gehen die Jugendlichen raus. Sie werden dort begleitet von den Lehrern, die intensiver besuchen, als man das sonst so kennt. Bei den ganz Schwachen auch teilweise jeden Tag. Bei Schülern mit Förderbedarf kann es auch sein, dass ein Lehrer sich drei Stunden in den Betrieb stellt und mit dem Jugendlichen Joghurtbecher sortiert. Und es gibt andere, da geht der Lehrer nur einmal hin und es läuft.

**Judith Schulte-Loh:** Herr Feldhaus, was ist für Sie als Unternehmer entscheidend? Wir erleben ja immer wieder, dass Noten nicht unbedingt Aussagekraft über die Leistungen eines Jugendlichen haben. Jemand, der Fünfen hat, kann für bestimmte Berufe trotzdem geweckt werden und sich auch verändern, wie wir gerade von Frau Wendland erfahren haben. Was ist entscheidend, wenn es darum geht, Auszubildende im Unternehmen einzustellen oder zu gewinnen? Die Schulnote oder die soziale Kompetenz? Wie würden Sie da die Gewichtung sehen?

**Egbert Feldhaus:** Natürlich sind auch die Schulnoten wichtig für bestimmte Berufe. Wenn wir Industriekaufleute einstellen, dann schauen wir schon, dass die Noten auch stimmen. Aber wir haben auch viele begleitende Maßnahmen und dann schauen wir nicht auf die Noten. Gerade im gewerblich-technischen Bereich geht es darum, dass die Jugendlichen auch ein Interesse an dem Beruf haben. Wir haben ein Programm, das nennt sich „AidA - Einstieg in die Arbeits-

welt“. Das ist von uns finanziert und Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, steigen über dieses Programm ein, und wenn sie auch „Biss“ zeigen, dann bekommen sie auch einen Ausbildungsvertrag z. B. als Anlagenmechaniker.

Man kann nicht einfach per se sagen, wir schauen nur nach Sozialkompetenz, sondern es muss einfach auch passen. Wenn die Kunden eine Abrechnung von uns bekommen, dann erwarten sie auch, dass sie richtig ist. So eine Gas- und Stromabrechnung wird auch immer komplizierter. Da sind natürlich gewisse Kompetenzen und Kenntnisse auch vonnöten.

**Oliver Thieß:** Meine Rückmeldung von vielen Betrieben ist: Es wird jeder ausgebildet, der eine eigene Entscheidung für seine Berufswahl getroffen hat, die auch auf den eigenen Stärken beruht. Das ist der entscheidende Schlüssel, denn wir können niemand ausbilden, der eigentlich gar nicht genau weiß, was er will.

Man muss die Kompetenz haben, seine eigene Entscheidung selber treffen zu können und man muss wissen, was man kann, damit das in die Entscheidung einfließt.

**Judith Schulte-Loh:** Es kann ja auch sein, dass die Abbrecherquote nicht nur da herührt, dass man sich den Beruf anders vorgestellt hat, sondern dass auch aus dem Unternehmen etwas hinzukommt, was nicht zu den eigenen Erwartungen der Schülerinnen und Schüler passt. Die Abbrecherquote ist jedenfalls nicht zu verachten.

**Oliver Thieß:** Die Lösungsquote ist hoch. Sie ist auch im Handwerk höher als anderswo. Sie ist auch bei schwächeren Schulabschlüssen höher. Nicht jede Lösung ist ein Abbruch und nicht jede Lösung ist auch schlecht, denn wenn es wirklich nicht passt, dann muss man eben auch lösen. Aber generell ist die Lösungsquote viel zu hoch. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema, neben dem späten Einstiegsalter in die duale Ausbildung (19,5 – 20 Jahre) hier in Hamburg.

**Horst Linke:** Wenn man nicht orientiert ist, dann kann man sich auch nicht entscheiden. Selbst wenn alle orientiert sind, dann reicht das Angebot im Handwerk und in der Industrie nicht, denn sonst brauchten wir kein öffentliches Angebot. Man muss anerkennen, dass es da eine Deckungslücke gibt. Und diese Deckungslücke kann man dann nur öffentlich schließen, und zwar nicht wieder im Übergangssystem, sondern es muss eine Kooperation mit den Betrieben angeboten

werden. Da hat Hamburg einen ganz glücklichen Weg mit seinem Hamburger Modell gewählt.

Das Lösen der Verträge muss man differenziert betrachten. Prof. Dr. Baethge hat ja heute in seinem Vortrag auch von der Veränderung der Gruppen gesprochen. Das merke ich bei mir auch. Großbetriebe hier in Hamburg haben vor drei Jahren ihre Auszubildenden wirklich aus der Fülle ausgesucht. Das ist teilweise nicht mehr so. Aber die Umstellung der Betriebe, auch der beruflichen Schulen, ist noch nicht so ganz gelungen. Also: Mit welchen Methoden arbeitet man eigentlich? Mit welcher Didaktik geht man an die Sache heran? Das muss sich verändern, sonst werden wir diese Gruppen nicht erschließen können. Und da sind sowohl die Betriebe gefordert, da ist nicht alles in Ordnung. Wenn ich höre, warum abgebrochen wird, dann ist das manchmal katastrophal. Ich will hier z. B. die Gaststättenbranche nennen. Wenn man da mal den DGB-Report anschaut, dann darf man sich nicht wundern, wenn es auch weiterhin in den Betrieben zu Abbrüchen kommt. Daran müssen beide Seiten noch arbeiten, damit das vernünftig wird.

Dass man eine Ausbildungsvorbereitung anbietet, ist vernünftig. Wir dürfen aber keine Wege mehr eröffnen, wo Jugendliche wegschlüpfen können.

Das ist in Hamburg auch massenhaft passiert, dass man untergetaucht ist, in irgendwelchen Maßnahmen.

**Judith Schulte-Loh:** Herr Thieß, kann man Unternehmen dazu bringen, sich verstärkt auf die veränderte Situation einzustellen? Wie stellt sich die Situation im Vergleich zwischen kleinen und großen Unternehmen dar?

**Oliver Thieß:** Die Betriebe können und sie müssen sich darauf einstellen. Es bleibt ihnen gar nichts anderes übrig. Es gibt auch viele Betriebe, die das noch nicht sehen. Das wird aber auch der Markt entscheiden. Betriebe, die das verschlafen, werden Schwierigkeiten haben, Fachkräfte zu gewinnen.

Selbstverständlich ist die Qualität von Praktika und Ausbildung nicht in jedem Betrieb gleich gut. Das ist eine Sache, an der können wir immer arbeiten.

**Judith Schulte-Loh:** Sind die Maßnahmen, die im Übergang stattfinden, häufig zu schlecht, zu unkoordiniert, nicht kontrolliert genug auf Erfolg?

**Thomas Giessler:** Sie sind zu unverbindlich, weil der eine bis zu diesem Punkt zuständig ist, der Nächste ab einem anderen Punkt. Bei ca. 29 % weiß man zurzeit überhaupt nicht, wo sie gelandet sind. Wir haben im DGB-Vorstand uns dieses Hamburger Modell vorstellen lassen. Wir fanden das überzeugend.

**Horst Linke:** Wir haben vorher in Hamburg an vielen verschiedenen Maßnahmen gearbeitet, die unkoordiniert waren, wo sogar die Jugendlichen überhaupt nicht wussten, in welcher Maßnahme sie sich befanden. Es wurden 25 Kompetenzfeststellungsverfahren durchgeführt. Überall, wo der Jugendliche ankam, wurde ihm erzählt, was er alles machen kann. Dass das jetzt in Hamburg in einer Hand ist, ist ein großer Vorteil. Das zweite, was in Hamburg jetzt durchgeführt wird ist, dass Jugendliche, die im ersten Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz finden, nicht in eine Warteschleife gehen, sondern in eine Ausbildung, die öffentlich gefördert wird, mit dem Versuch, in den ersten Ausbildungsmarkt so schnell wie möglich hineinzukommen.

**Judith Schulte-Loh:** In anderen Bundesländern z. B. in Nordrhein-Westfalen gibt es ja ähnliche Ansätze. Wie schafft man es, besser voneinander zu profitieren?

**Horst Linke:** Man muss zunächst die Partner zusammenbringen, d. h. die beiden Säulen berufsbildende und allgemeinbildende Schule.

Das ist eine ganz wichtige Brückenfunktion. In einem Flächenland wie Niedersachsen kann man das z. B. nicht zentral machen, da kommt die Regionalisierung hinzu. Als Drittes muss ein Konsens zwischen den Sozialpartnern, den Schulen und der Politik hergestellt werden.

Außerdem kommt die Dualisierung der Lernorte hinzu. Man muss den Mut haben, zu sagen, betriebliches Lernen hat einen Wert. Das ist manchmal nicht so ganz einfach. Denn es wird immer die kritische Frage gestellt: Was lernt er denn eigentlich im Betrieb? Das ist manchmal auch nicht so leicht zu beantworten. Was macht es eigentlich aus, was ist das Besondere am Betrieb?

**Judith Schulte-Loh:** Würden Sie das auch so sehen Herr Thieß. Die Stärkung der Berufsbildung auf verschiedenen Ebenen ist das ein richtiger Weg?

**Oliver Thieß:** Das ist definitiv ein richtiger Weg. Wir müssen mehr Durchlässigkeit schaffen und sagen, dass die duale Ausbil-

dung ein Karriereanfang ist. Für die Jugendlichen in dem Alter ist es manchmal nicht so leicht zu begreifen, dass danach noch etwas anderes kommt. Und wir im Handwerk bemühen uns sehr, den Jugendlichen auch Karrierewege aufzuzeigen. Dabei zielen wir sowohl auf den Hauptschüler, den Realschüler und den Abiturienten.

**Judith Schulte-Loh:** Ich hatte immer gedacht, dass dieses duale System ein absoluter Renner ist, weil man dort eine Kombination aus theoretischem Lernen in der Schule und praktischem Lernen im Betrieb hat.

**Horst Linke:** Das ist eine ziemlich überholte Vorstellung. In der Berufsschule und im Betrieb gibt es nicht mehr die klassische Teilung zwischen Theorie und Praxis. Die Berufsschule im Lernfeldansatz und der handlungsorientierte Unterricht ist etwas völlig anderes als das reine theoretische Lernen. Und das Lernen im Betrieb ist längst nicht mehr nur praktisches Tun ohne Reflexion.

Ich finde die Berufsbildung sollte selbst deutlich machen, was sie eigentlich leistet. Dabei ist das andere System auch in der Pflicht. Es kann nicht sein, dass die Schulen immer den schwarzen Peter zugeschoben bekommen. Man muss sich darüber klar werden, wie man Berufsbildung als Stellenwert in dieser Gesellschaft sieht. Da sind auch die Hochschulen in der Verantwortung. Wir haben an vielen Stellen unsere Hausaufgaben gemacht.

**Judith Schulte Loh:** Ich möchte nun zur Schlussrunde Sie alle noch einmal fragen: Wo sehen Sie im Übergangssystem den größten Handlungsbedarf?

**Helga Wendland:** Der Handlungsbedarf in der Schule besteht vor allem darin, dass die Jugendlichen mehr von den Eltern darauf vorbereitet werden, dass das Abitur und die anderen Abschlüsse vor dem Hintergrund einer Berufsausbildung gleichberechtigt sind. Wir müssen die Wertigkeit von verschiedenen Ausbildungswegen darstellen und zeigen, dass man mit einer Berufsausbildung

auch das Abitur machen kann. Dafür müssen wir auch werben.

**Egbert Feldhaus:** Man hat z. B. im Rahmen der Meisterausbildung sehr gute Karrieremöglichkeiten. Wir schauen zu viel auf die Hochschulreife. Es gibt doch auch in den Betrieben durch Fortbildungen gute Karrieremöglichkeiten. Das wird oft in dieser Diskussion außer Acht gelassen. Ich wünsche mir, dass wir z. B. für die technischen Berufe mehr junge Mädchen gewinnen können.

**Horst Linke:** Mein Wunsch wäre, die Jugendlichen mit dem etwas größeren Rucksack so zu stärken, dass das Übergangssystem in fünf Jahren überflüssig ist, das heißt, dass alle einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben oder in der Oberstufe sind oder ihren Lebensunterhalt verdienen können.

**Thomas Giessler:** Die Ausbildung muss attraktiver werden. Die Bereiche, mit den höchsten Abbrecherquoten sind auch diejenigen, mit der höchsten Durchfallquote und der schlechtesten Bezahlung und den unattraktivsten Arbeitszeiten. Da muss man sich auch fragen, warum ist es nicht attraktiv, in diesen Bereichen zu arbeiten? So dumm sind die Jugendlichen eben doch nicht.

**Oliver Thieß:** Ich würde mir wünschen, dass alle, die ihre Stärken in der Schule schon kennen, auch wissen, was sie damit anfangen können. Für die Betriebe wünsche ich mir, dass sie ebenfalls Unterstützungsangebote haben, nicht nur Nachhilfe, sondern auch im sozialen, persönlichen Bereich, sodass viele vielleicht eher den Schritt wagen, einen Schüler auch aufzunehmen, den man vielleicht früher nicht aufgenommen hätte und ihn mit einem zusätzlichen Unterstützungsangebot zu begleiten.

**Judith Schulte-Loh:** Meine Herren, Frau Wendland, ich danke Ihnen für die Erfahrungen, die sie geschildert haben und die Meinungen, die sie zu dem Thema geäußert haben. Vielen Dank meine Damen und Herren.

## 7. Berichte aus den Foren

### 7.1 Forum I: Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung

Referenten: Julia Koblitz, Arnhild Nitschke (NI), Herman Henken (SH), Frau von Brasch (HE)  
Berichterstatter: Klaus Beier (HE)  
Moderatorin: Dr. Ina Stephan (HH)

#### 7.1.1 Beschreibung des Forums I

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums wurden drei Beispiele erfolgreicher Umsetzung von Berufsorientierung vorgestellt. Der Fokus der Präsentationen war dabei auf die Organisation der berufsorientierenden Maßnahmen ausgerichtet, um die notwendigen Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung zu verdeutlichen. Die Beispiele aus Niedersachsen und

Schleswig-Holstein zeigten Verfahren in regionalen Projekten, mit dem hessischen Beitrag wurde die landesweite Strategie dargestellt.

Die abschließend aufgezeigten Gelingensbedingungen sind das Ergebnis der umfassenden Aussprache in den beiden Durchgängen des Forums.

#### 7.1.2 Darstellung der Präsentationen

##### Die hessenweite OloV-Strategie zur Optimierung des Übergangs Schule-Beruf

Die Referentin: Frau Monika von Brasch, Projektleiterin OloV bei der INBAS

„OloV“ steht für „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“. OloV startete 2005 als Projekt, seit Ende 2008 ist es die landesweite Strategie aller Partner des hessischen Ausbildungspaktes. OloV verfolgt das Ziel, Parallelstrukturen zu vermeiden und die vorhandenen vielfältigen Angebote und Projekte im Übergang Schule-Beruf zu bündeln.

##### *Inhaltliche Basis*

Die inhaltliche Basis für die Arbeit der Akteure in den Regionen sind die OloV-Qualitätsstandards zu den Themenbereichen „Berufsorientierung“, „Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen“ und „Matching und Vermittlung“.

##### *Regionale Kooperation und Koordination*

Auf der kommunalpolitischen und operativen Ebene wird die Strategie vom Engagement und dem Know-how der Akteure in den Regionen getragen. Sie sind erfahrene Fachleute, die die Rahmenbedingungen, die Strukturen und Gegebenheiten des Ausbildungsmarktes sowie die regionalen Ansätze und Initiativen gut kennen. Auf der Grundlage der OloV-Qualitätsstandards schließen sie Zielvereinbarungen, deren Umsetzung an den regionalen Bedarfen ausgerichtet ist.



##### *Politische Unterstützung und finanzielle Förderung*

Durch die politische und inhaltliche Unterstützung aller Partner des hessischen Ausbildungspaktes sowie die Förderung durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und das Hessische Kultusministerium hat sich OloV aus Projektanfängen zur hessenweiten Strategie entwickelt. Das hessische Kultusministerium gewährt Stundenfreistellungen für Ansprechpersonen Berufsorientierung bei den staatlichen Schulämtern und für Schulkoordinationen Berufsorientierung an Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule sowie Schulen mit Förderungsschwerpunkt Lernen. Durch diese Förderung wird die Bedeutung der Berufsorientierung in den entsprechenden Schulformen nachhaltig verankert.

### *Hessenweite Koordination und Prozess-Monitoring*

Die regionalen Akteure werden bei ihrer OloV-Arbeit vom Institut INBAS GmbH durch fachliche Beratung unterstützt. INBAS GmbH koordiniert die Strategie hessenweit und erhebt im Prozess-Monitoring die Umsetzung der OloV-Qualitätsstandards und

die Wirkung der Kooperationsstrukturen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse, Empfehlungen und Ergebnisse werden den Partnern des hessischen Ausbildungspaktes übermittelt, die ihre Schlüsse für die nachhaltige Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf ziehen.

OloV in Internet: [www.olv-hessen.de](http://www.olv-hessen.de)

### **Leitstellenarbeit im Landkreis Osterode/Niedersachsen im Rahmen des Programms „Regionen des Lernens (RdL)“**

Referentin Frau Koblitz, Leitung Koordinierungsstelle Bildung-Beruf

Ziel von RdL ist die weitere Professionalisierung und nachhaltige Fortentwicklung vorhandener Strukturen zur Berufsorientierung bzw. Berufswahlvorbereitung. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden flächendeckend die sogenannten „Regionen des Lernens (RdL)“ gebildet. Die Geschäftsführung bzw. Leitstelle von insgesamt 46 RdL's wird vom Land Niedersachsen dauerhaft mit 17 500 € bzw. einer halben Personalstelle gefördert.

Die Leitstellen sind jeweils einer berufsbildenden Schule zugeordnet. Berufsbildende Schulen besitzen im Allgemeinen eine sehr hohe Akzeptanz, sowohl bei den allgemeinbildenden Schulen wie auch bei den Betrieben und Unternehmen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Leitstellen ist die Netzwerkarbeit. Alle relevanten Akteure einer Region, die einen Beitrag zur Berufsorientierung leisten können, sind einzubinden. Die Aufgabe der Leitstelle besteht

darin, die Vorstellungen und Wünsche der Ausbildungsbetriebe und Schulen abzuklären und geeignete Praktikumsstellen für Schülerinnen und Schüler zu akquirieren und zu vermitteln. Die Klärungsprozesse sollen in verlässlichen Absprachen münden. Das konkrete Aufgabenprofil einer jeden Leitstelle wird von den BBS'n eigenverantwortlich erstellt und ist auf die aktuellen regionalen Erfordernisse ausgerichtet.

In Osterode ist zwischenzeitlich eine sehr enge Kooperation zwischen BBS und Landkreis entstanden. Der Landkreis beteiligt sich mit einer weiteren halben Personalstelle und hat eine eigene Abteilung für die Koordination des Übergangs von der Schule in den Beruf eingerichtet. Diese Abteilung bündelt die Kompetenzen in diesem Themenbereich, sodass auch die Leitstelle Region des Lernens - RdL in diese Abteilung integriert ist.

Im Internet: [www.bildung-beruf-oha.de/](http://www.bildung-beruf-oha.de/)

### **Regionale Koordination durch das Berufsbildungszentrum Schleswig im Netzwerk des Kreises Schleswig-Flensburg**

Referent: Hans Hermann Henken, Schulleiter des Berufsbildungszentrums Schleswig

Auf Anregung privater Bildungsträger veranstaltet das Berufsbildungszentrum Schleswig in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis Schleswig-Flensburg (früher Optionskommune, jetzt zugelassener kommunaler Träger) und der Agentur für Arbeit seit 2004 regelmäßig Jugendkonferenzen im Sinne des § 18 Sozialgesetzbuch II zur Koordination der örtlichen Zusammenarbeit der Kommunen, der Agentur für Arbeit, der Sozial- und Jobcenter, der Jugendhilfe, der zuständigen Stellen (IHK, Handwerkskammer, Kreishandwerkerschaft), privater Bildungsträger, Jugendaufbauwerke, beruflicher und allgemeinbildender Schulen. Auch Kreistagsab-

geordnete unterschiedlicher Fraktionen nehmen oft an den Sitzungen teil.

Da die meisten Jugendlichen im Anschluss an den Besuch allgemeinbildender Schulen als Auszubildende, Vollzeitschüler oder Schüler in der Berufsvorbereitung an einer beruflichen Schule „landen“, hat sich die moderierende Rolle des Leiters der beruflichen Schule zunächst bewährt. Seit 2012 ist die Jugendkonferenz durch ein neues Landesprojekt in eine Koordinierungskonferenz „übergegangen“. Durch die Arbeit in der Jugendkonferenz konnte bereits seit 2005 sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler, die eine allgemeinbildende Schule verlassen, einen Fragebogen ausfül-

len, der den Coaching-Fachkräften des Berufsbildungszentrums (=berufliche Schule) von den Schulen über die Schulräte zur Verfügung gestellt wird. Damit ist es möglich, im Kreis Schleswig-Flensburg verlässliche Angaben über den Verbleib aller Jugendlichen zu machen. Gleichzeitig haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berufsbildungszentrums die Möglichkeit, Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Schulplatz zu aktivieren. Kein Jugendlicher geht damit verloren.

Zusätzlich werden von der Koordinierungskonferenz neben der regelmäßigen Würdigung der Situation der Jugendlichen im Kreis Schleswig-Flensburg (Zahl der angebotenen und besetzten Ausbildungsplätze, berufsvorbereitende Maßnahmen der Agentur, unversorgte Jugendliche usw.) Maßnahmen initiiert und abgestimmt. Im Rahmen zahlreicher Workshops wurde zudem eine Homepage erstellt, die den Jugendlichen einen Überblick über schulische und berufliche Möglichkeiten im Kreisgebiet zeigen soll:

Der Kreis Schleswig-Flensburg beabsichtigt, das Projekt Koordinierung vor Ort (Koordinierungskonferenz) zukünftig noch intensiver zu unterstützen. Das Berufsbildungszentrum Schleswig ist ebenfalls Anlaufstelle der Jugendhilfe und arbeitet neben AbH auch mit

zahlreichen anderen Institutionen und Beratungsstellen intensiv zusammen. Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts betreibt das Berufsbildungszentrum sogar einen eigenen Ausbildungsbetrieb, in dem benachteiligte Jugendliche zu Beiköchen, Hauswirtschaftshelfer/innen und Köchen ausgebildet werden. Die Übergangsquote dieser Auszubildenden in eine anschließende Beschäftigung in einem Betrieb außerhalb des Berufsbildungszentrums liegt bei fast 100 %.

Durch die Einwerbung unterschiedlicher Projektmittel kann das Berufsbildungszentrum zudem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, die wesentlich mit dazu beitragen, Abbrecherquoten in der dualen Ausbildung und in schulischen Bildungsgängen zu senken und die Erfolgsquote zu erhöhen. Durch eine enge Zusammenarbeit mit den allgemeinbildenden Schulen, beginnend in der Laufbahnberatung am Ende der Grundschulzeit oder durch die Durchführung von Werkstatt-Unterricht in der Berufsschule, wird zudem versucht, den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in das System der beruflichen Bildung zu erleichtern, zu verbessern und erfolgreich zu gestalten.

Im Internet: [www.anschub-sl-fl.de/SitePages/Homepage.aspx](http://www.anschub-sl-fl.de/SitePages/Homepage.aspx)



### 7.1.3 Leitsatz und Gelingensbedingungen des Forums I

**Kultusminister KONFERENZ** **Forum I:**  
Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung

## Leitsatz

Eine systematische Gestaltung der Berufs- und Studienorientierung und des Übergangs Schule-Beruf ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.

**so gelingt es:**

- Die inhaltliche Basis für eine gelingende Kooperation und Koordination der Akteure beim Übergang Schule – Beruf sind gemeinsame Qualitätsstandards.
- Zur Schaffung gleicher Bedingungen bedarf es einer landesweiten Strategie und dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen
- Regionale Zielvereinbarungen sind eine gute Kooperationsgrundlage, müssen an den regionalen Bedarfen ausgerichtet sein und werden regelmäßig evaluiert.
- Berufsbildende Schulen sind wichtige Partner bei der Koordinierung des Übergangs von den allgemein bildenden Schulen in die berufliche Bildung, insbesondere weil sie bei den relevanten Akteuren über eine hohe Akzeptanz verfügen.
- Eine Koordinationsstelle sichert die Qualität der Zusammenarbeit.

## 7.2. Forum II: Ausbildungsvorbereitung in dualen Strukturen

Referenten: Heinrich Baumert, Günther Hoops (NI), Elke Bauer, Herbert Hecker (NW), Ralf Jahnke, Viola Ritschel (BE), Petra Jendrich, Elisabeth Rupprecht, Eugen Nordloh (HB)

Berichterstatter: Ralf Jahnke (BE)

Moderator: Lydia Möbs (HH)

### 7.2.1 Beschreibung des Forums II

In den Beiträgen im Forum II stand der Umbau der berufsvorbereitenden Angebote nach Schulgesetzen der Länder zu berufsausbildungsvorbereitenden Bildungsgängen mit hohen betrieblichen Praxisphasen thematisch im Zentrum. Dabei wurde bei den im Forum vorgestellten Beispielen aus den Ländern die Schwelle zur „Dualisierung“ deutlich sichtbar: Wenn der traditionelle Rahmen der bis zu vierwöchigen Blockpraktika mit zwei oder drei Tagen betrieblicher Praxis pro Woche in vielen herkömmlichen Lehrgangsformen abgelöst wird, kann im engeren Sinne von Dualisierung der Berufsausbildungsvorbereitung in Analogie zur dualen Ausbildung gesprochen werden. Wichtigstes Erfolgskriterium für die Neugestaltung einer dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung seien nach breitem Einverständnis der Forumsteilnehmer- und –Teilnehmerinnen die durch die Betriebsnähe angezielten Übergangsquoten in Ausbildung und teilweise auch in Beschäftigung. Dies konnte durch alle vorgestellten Projekte und



regulären Angebotsformen eindrucksvoll bestätigt werden. Somit lässt sich der Effekt einer veränderten Chancenkultur: Benachteiligte Jugendliche erleben durch Betriebskontakte reale Optionen der betrieblichen Einmündung und Betriebe haben die Chance, auch die Potenziale von Jugendlichen konkret zu erfahren, die nach herkömmlichen Bewerbungsverfahren nie im Betrieb angekommen wären.

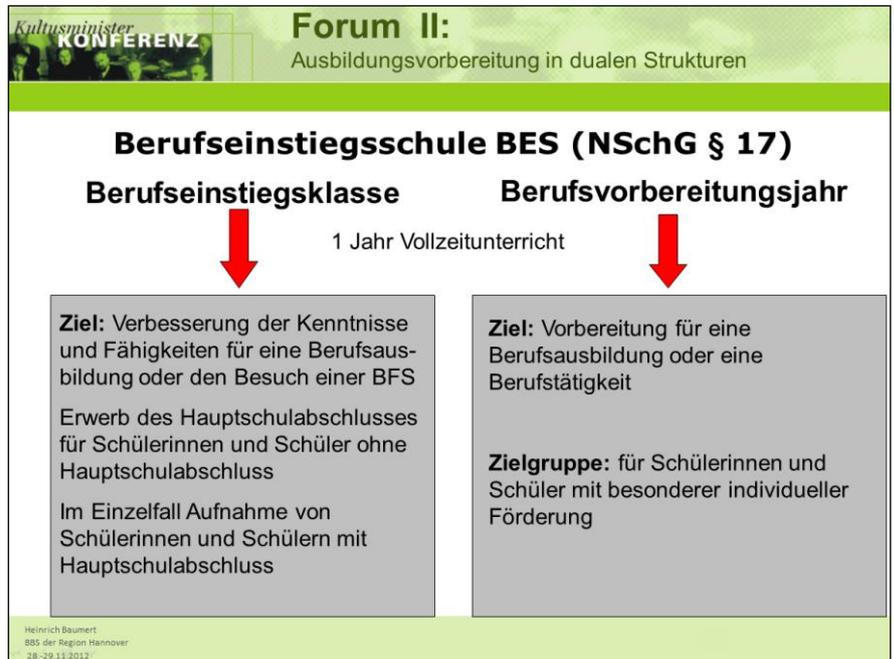
## 7.2.2 Darstellung der Präsentationen

Für das **Land Niedersachsen** stellte **Herr Baumert** von einer berufsbildenden Schule in Hannover ein besonderes zeitliches Arrangement für eine Dualisierung durch Lernortkooperation im zweiten Halbjahr einer Berufseinstiegsklasse nach NSchG § 17 vor. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss oder mit lediglich ausreichendem Hauptschulabschluss aus den Schulabgangsklassen der Sek I. Die berufsbezogene Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler findet durch die Absolvierung von Qualifizierungsbausteinen statt, deren Vermittlung in der dualisierten Phase in den Betrieb verlegt wird.

Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler durch den Betriebskontakt in eine unmittelbare Übernahme in eine Ausbildung zum/zur Maschinen- und Anlagenführer/in oder zum/zur Fachlagerist/in/en zu bringen. Die bisherigen Erfahrungen im Anlauf dieses Angebotes in Kooperation mit fünf mittelständischen Unternehmen der Region Hannover sind vielversprechend.

Für **Nordrhein-Westfalen** berichtete **Frau Bauer** vom Joseph-DuMont-Berufskolleg in Köln über die dualen Berufspraxisklassen in den Bereichen Dienstleistung, Handel und Verwaltung. Auch hier wird über ein entsprechendes Lernortarrangement von zwei Tagen beruflicher Schule und drei Tagen Betriebspraxis der Abschluss eines Ausbildungsvertrages für möglichst alle Teilnehmer/inne/n angestrebt.

Hervorgehoben wurde von Frau Bauer, dass neben dem Unterricht an der Berufsschule auch zusätzliche Beratung, Einzelcoaching bei der Ausbildungsplatzbewerbung und Krisenintervention zu einem anspruchsvollen Konzept der dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung gehören. Durch die Schneidung von Unterrichtsmodulen mit Arbeitsprozess-



bzw. Projektbezug und den Prinzipien des selbst organisierten Lernens sollen entsprechende Auswirkungen auf die selbstständige Bewältigung von Anforderungen im Betriebskontext wie im schulischen Bereich durch die Schülerinnen und Schülern erreicht werden. Für die Qualifizierung in der

### Unser Angebot

- ▶ Duale Berufspraxisklassen in den Bereichen: Dienstleistung, Handel und Verwaltung
- ▶ Vollzeitschulisches Jahresangebot
- ▶ Inhaltliche Verzahnung der Lernorte über kammerzertifizierte Qualifizierungsbausteine
- ▶ Flexibler Ein- und Ausstieg in die Klassen
- ▶ Ziel: Erarbeitung eines Ausbildungsvertrages im vereinbarten Zielberuf



JOSEPH-DUMONT-BERUFSKOLLEG

Betriebspraxis werden kammerzertifizierte Qualifizierungsbausteine für die angestrebten Ausbildungsberufe eingesetzt.

Eine eindeutige Verantwortungsübernahme für die Begleitung der Schüler/innen durch feste und kleine Klassenteams im schulischen Lern- und im betrieblichen Erfahrungsprozess würde eine ideale „Begleitung

der Schülerinnen und Schüler aus einer Hand“ sicherstellen. So die Darstellung von Frau Bauer.

Im Anschluss wurden die unterschiedlichen Modelle für Begleitsysteme, die entweder über vollzeitschulische Ressourcenansätze Lehrkräfte für die dualisierten Phasen zum Ansatz bringen oder Drittmittelfinanzierungen mit dem Einsatz von Personal von Bildungsträgern als individuelle Begleiter/innen der Schüler/innen im Betrieb kontrastiert. Vorteile der Begleitung durch die unterrichtenden Lehrerteams gegenüber meist projektfinanzierten Trägerlösungen würden vor allem aus der größeren Nachhaltigkeit und den geringeren Kommunikationsaufwänden erwachsen. Vorteile einer Bildungsbegleitung durch Träger könnten bei entsprechend präzise umgesetzten Personalqualifizierungen in den betrieblichen Beratungsfunktionen liegen.

Mit dem Konzept einer verantwortlichen Lernwegbegleitung der Schülerinnen und Schüler verbunden wurde in der sich anschließenden Diskussion auch die Schul- und Personalentwicklung. Es bestand Einigkeit: Damit duale Berufsausbildungsvorbereitung an Schulen gelingen kann, ist sie als eigenständige Aufgabe im Schulprofil zu verankern. Eine konsequente Personalentwicklung und die Implementierung von Teamarbeit an den Schulen ist eine weitere notwendige Folge. Nach Frau Bauers Erfahrungen würde dies zu einer deutlichen Erhöhung der Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte selbst in schwierigen Lerngruppen führen.

Für **Berlin** stellten **Frau Ritschel** von der Deutschen Bahn Services Nordost GmbH und **Herr Jahnke** von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft einen langjährigen Ansatz vor, für Schüler/innen mit ausgewiesenem Jugendhilfebedarf ein betriebsintegriertes Angebot in Kooperation mit großen und mittleren Unternehmen – Deutsche Bahn Services AG, Vivantes Kliniken, Gegenbauer AG, Sasse AG, Berliner Stadtreinigung, u.a. - in Berlin zur Verfügung zu stellen.

An drei Schulstandorten werden jährlich ca. 100 Schülerinnen in einem betriebsintegrierten Lehrgang in Teilzeitform in enger Zusammenarbeit mit einem Bildungsträger (Zukunft plus e.V.) zwei Tage in der Woche in insgesamt 15 Wochenstunden auf berufsfachliche Praxissituationen vorbereitet. Gleichzeitig besteht für sie die Möglichkeit noch maximal den erweiterten Hauptschulabschluss (ab 2014/15 mit Prüfung die er-

weiterte Berufsbildungsreife) zu erreichen. An den anderen drei Tagen sind die Schüler/innen in unterschiedlichen Bereichen in den Betrieben tätig.

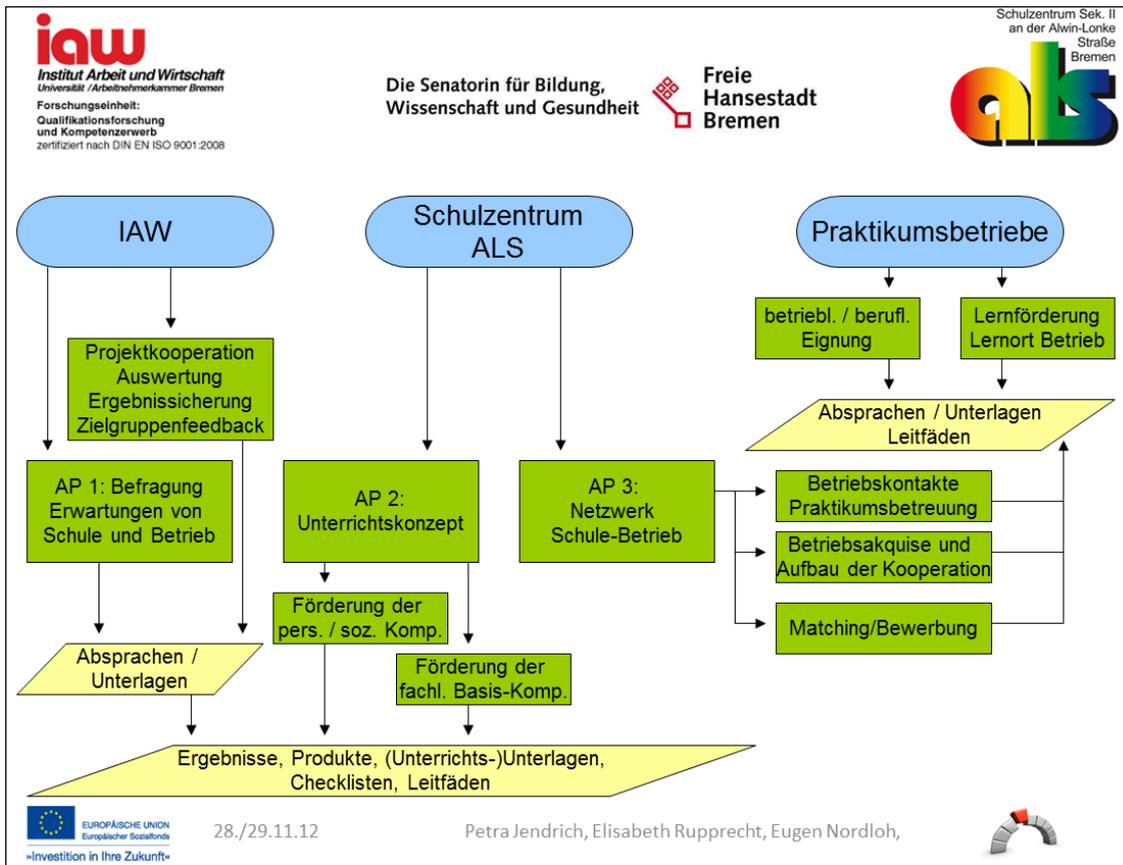
Durch Schnupperpraktika werden noch während der Sekundarstufe I im Rahmen des Dualen Lernens, der Berufsorientierung, der Integrierten Sekundarschulen und der Schulen mit sonderpädagogischem Förder-schwerpunkt die Voraussetzungen geschaffen, dass die Schüler/innen ihr Tätigkeitsfeld realistisch einschätzen können und der Betrieb die entsprechenden Bewerber/innen ausführlich kennenlernt. Teilnehmer/innen, die später aus betriebsbezogenen Gründen aus dem Teilzeitangebot herausfallen, können in der Regel ein entsprechendes Vollzeitangebot im Berufsfeld weiterführen.

Momentan ist die Finanzierung für die besonders enge sozial- und betriebspädagogische Begleitung aus drei Segmenten zusammengesetzt: Schule für zwei Tage Berufsschulunterricht, Jugendhilfe für einen Teil der sozialpädagogischen Zusatzaufwände. Diese im ersten Moment durchaus attraktiv scheinende Verzahnung von Förderträgern im Zugangsverfahren hat sich für diese Lerngruppen jedoch als eher hinderlich entwickelt. Deshalb wird an einem zentralen Bewilligungs- und Finanzierungsverfahren dieser Jugendberufshilfemaßnahme über die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft gearbeitet. Hier zeigt sich eine typische Schnittstellenproblematik in der Zusammenarbeit von kommunalen/bezirklichen Förderträgern und überregional organisierten beruflichen Schulen in Berlin.

Eine zentrale Gelingensbedingung, die die aufnehmenden Betriebe in einer dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung betraf, wurde sehr anschaulich von Frau Ritschel als Personalverantwortlicher der Deutschen Bahn Services Ost beschrieben. Auch wenn für Unternehmen die Wertschöpfungskette nur über entsprechend qualifizierte Mitarbeiter/innen gewährleistet ist, sind doch in Zeiten eines veränderten Marktes für Fachkräfte neue Methoden der Personalgewinnung nötig. Damit aber z. B. Jugendliche mit schlechteren Lernvoraussetzungen in die Arbeitsstrukturen eines großen Unternehmens integrierbar sind, müssen z. B. die betrieblichen Anleiter/innen erst für die neue Zielgruppe gewonnen werden. Auch die Prämisse, dass bei Schwierigkeiten des Jugendlichen in bestimmten Arbeitszusammenhängen die Suche nach einer alternativen Tätigkeit im Betriebspraktikum selbstverständlich sein kann, verdeutlicht die nöti-

gen Aufwände aber auch den sich vollziehenden Mentalitätswechsel bei vielen größeren Unternehmen.

auch auf fachübergreifende Kompetenzen für die Aufnahme einer Ausbildung.



Kritisch wurde eingewandt, dass diese fast „pädagogisch“ anmutenden Einstellungen nicht in allen Betriebsformen und -Größen erwartbar sind. Grundsätzlich gab es aber Einvernehmen bei der Formulierung der betreffenden Gelingensbedingung, dass die Betriebe die Schülerpraktikanten von Anfang an als potenzielle Auszubildende sehen und behandeln.

Für die **Freie Hansestadt Bremen berichtete Frau Rupprecht** aus der Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung des Institutes Arbeit und Wirtschaft über ein Projekt an einem Bremer Schulzentrum des Sekundarbereichs II. Hierbei ging es um die Umstrukturierung der einjährigen berufsvorbereitenden Berufsfachschulen mit dem Ziel direkte Übergänge in Ausbildung schon im Aufnahmeverfahren quer zu vermitteln oder nach Besuch der Berufsfachschule signifikant zu steigern.

Sie wies darauf hin, dass insbesondere durch die gemeinsame Erstellung von Kompetenzdokumentationen im Betrieb und der Schule eine kompetenzbasierte Verzahnung der Förderarbeit an beiden Lernorten ermöglicht wird. Dies beziehe sich ausdrücklich

Die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg von Angeboten der dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung wurde von allen Teilnehmer/innen des Forums im Anschluss sehr nachdrücklich formuliert: Die Basis des Angebotes bleibt eine ausreichende Anzahl von Praxisplätzen in Betrieben, die die Zielgruppen der Berufsausbildungsvorbereitung ernsthaft in die Überlegungen zu einer zukünftigen Personalentwicklung mit neu verteilten Fachkräftebedarfen einbeziehen.

Der Erfolg der dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung in den Schulen der Sekundarstufe I wird von den Teilnehmer/innen im Forum II als gefährdet gesehen, wenn es nicht gelingt, positive Betriebskontakte und gut orientierte Schüler/innen aus der Sekundarstufe I in die Berufsausbildungsvorbereitung der beruflichen Schulen „mitzunehmen“. Hier wurden auch Bedenken geäußert, dass Betriebe in der Regel keine entsprechende Geduld bei der Gestaltung von Praktika für Schüler/innen aufweisen, die sich in schulartübergreifenden Qualifizierungsstufen bis zur betriebsscharfen Berufs- oder Beschäftigungsreife entwickeln sollen. Es wurde klargestellt, dass Praktika beruflicher Schulen sich von der Berufsorientie-

rung der Schulen der Sekundarstufe I unterscheiden.

Dennoch sind Abstimmungs- und Kooperationsprozesse zwischen den Schulen der Sekundarstufe I und den beruflichen Schulen hilfreich, um gemeinsame Standards für Berufswahlkompetenzen im Übergang Schule/Beruf breiter zu verankern. In diesem Kontext muss ein Aspekt genannt werden, der im Forum nicht explizit erörtert wurde:

Optionen, trotz eines gegebenen Lerngruppenzusammenhang durch Berufsfeld- und entsprechenden Betriebswechsel sehr schnell auf unabgeschlossene Berufswahlprozesse einzelner Schülerinnen und Schüler reagieren zu können. Hier steht eine funktionale Gegenüberstellung und Evaluierung von regionalen Ansätzen wie bei der Ausbildungsvorbereitung AV Dual in Hamburg mit flexiblen berufsfeldübergreifenden

Angeboten und den meist berufsfeldscharfen Ansätzen in anderen Ländern noch aus.

Neben den Angeboten zu betriebsbezogener Berufsausbildungsvorbereitung nach SGB III - hier insbesondere Einstiegsqualifizierung (einschließlich „EQ+“ mit ausbildungsbegleitenden Hilfen) wurden auch mögliche Verzahnungen mit Angeboten der beruflichen Schulen diskutiert. Sehr kontrovers wurde die Frage nach einem entsprechenden Berufsschulangebot für die nach Tarifverträgen vorgesehenen re“ in der Metall/Elektro- und Chemiebranche erörtert. Bei den meisten Regelungen der Berufsschulpflicht in den Ländern gibt es hier zwar keinen Handlungsbedarf. Es wurde jedoch befürchtet, dass die Gesamtstruktur des Übergangssystems aus Sicht der beruflichen Schulen weiter „ausfransen“ könnte.

### **7.2.3 Leitsatz und Gelingensbedingungen des Forums II**

Zusammenfassend wurde am Ende als zentrales Erfolgskriterium für die Neugestaltung einer dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung seien nach breitem Einverständnis der Forumsteilnehmer- und -teilnehmerinnen die durch die Betriebsnähe angezielten Übergangsquoten in Ausbildung und teilweise auch in Beschäftigung. Dies konnte durch alle vorgestellten Projekte und regulären Angebotsformen eindrucksvoll bestätigt werden. Somit lässt sich der Effekt einer veränderten Chancenkultur - benachteiligte Jugendliche erleben durch Betriebskontakte reale Optionen der betrieblichen Einmündung und Betriebe haben die Chance sich auch die Potenziale von Jugendlichen konkret zu erfahren, die nach herkömmlichen Bewerbungsverfahren nie im Betrieb angekommen wären – als Kernaspekt einer Reform der Berufsausbildungsvorbereitung benennen.

Eine provokante Frage von Frau Ritschel stimmte viele Teilnehmer/innen des Forums am Ende nachdenklich: Wie können bundesweit operierende Unternehmen ihre Personalentwicklung in Richtung systematischer Kooperationen mit beruflichen Schulen weiter entwickeln, wenn die Formate der dualisierten Berufsausbildungsvorbereitung noch immer geprägt sind von großen Unterschieden zwischen den Bundesländern? Viele disparate Regelungen zur Berufsschulpflicht, die Differenzierungen bei den Zugangsvoraussetzungen und die jeweils unterschiedlichen Zielgruppenformulierungen in der Berufsausbildungsvorbereitung würden aus Ihrer Sicht hier noch dynamischere Entwicklungen eher behindern.

## Leitsatz

dualisierte Ausbildungsvorbereitung – eine Chance für den direkten Weg in betriebliche Ausbildung

### so gelingt es:

- Betriebe sehen und behandeln die Schülerpraktikanten von Anfang an als potentielle Auszubildende
- Begleitung aus einer Hand ist bei Jugendlichen mit erheblichen Förderbedarfen zur engen Abstimmung der Lernorte nötig, insbesondere zur organisatorischen Unterstützung der Betriebe
- Unterricht und Betriebspraxis sind inhaltlich und organisatorisch durch lernortübergreifende Kompetenzanforderungen mit Bezug auf Ausbildung verzahnt
- fachübergreifende ausbildungsbezogene Kompetenzen für die Aufnahme einer Ausbildung werden systematisch am Lernort Betrieb und in der Schule gefördert und validiert
- duale Ausbildungsvorbereitung ist als eigenständige Aufgabe im Schulprofil verankert, dualisierte Ausbildungsvorbereitung erfordert konsequente Personalentwicklung und Teamarbeit
- genügend Betriebe stehen für Praktika zur Verfügung

## 7.3 Forum III: Motivation durch Anrechnung

Referenten: Rolf Peter, Schulleiter (NW), Dr. Thilo Lang (BW), Dr. Stefan Baron (BW)  
Berichterstatlerin: Hildegard Rothenhäusler (BW)  
Moderator: Reinhard Kober (HH)

### 7.3.1 Beschreibung des Forums III

In dem Forum wurde an zwei Beispielen aufgezeigt, wie die beiden Länder versucht haben, die Anrechnungsmöglichkeit von vollzeitschulischen Bildungsgängen des Übergangssystems (Berufskollegs) auf eine anschließende Ausbildung in Abstimmung mit den beteiligten Partnern zu erhöhen, um die Ausbildungssituation für die Jugendlichen zu verbessern.

### 7.3.2 Darstellung der Präsentationen

In **Nordrhein-Westfalen** wurde nach der Änderung des BBIG im Jahr 2005, bei der die verpflichtende Anrechnung abgeschafft wurde, in Abstimmung mit dem Landesausschuss für Berufsbildung zum 1. August 2006 eine Berufskolleganrechnungs- und Zulassungsverordnung (BKAZVO) erlassen.

Diese Verordnung regelt in § 1 die Anrechnung. Der Besuch des BGJ und der ein- und zweijährigen Berufsfachschulen wird mit 6 bis 12 Monaten angerechnet, der Besuch der dreijährigen Berufsfachschulen mit Berufsabschluss nach Landesrecht oder beruflichen Kenntnissen und einer allgemeinen



Hochschulreife wird mit 12 – 18 Monaten angerechnet, wenn ein gemeinsamer Antrag von Ausbilder und Auszubildendem an die zuständige Stelle gestellt wird.

In § 2 dieser Verordnung wird die Zulassung zur Kammerprüfung geregelt. Dabei gibt es zwei Varianten:

1. Zulassung von Schülerinnen und Schülern vollzeitschulischer Bildungsgänge für anerkannte Ausbildungsberufe gemäß BBIG und HwO mit Lernortskooperation oder

2. Zulassung von Schülern aus mindestens dreijähriger vollzeitschulischer Bildungsgänge mit Berufsabschluss nach Landesrecht und Vorbereitung auf einen Beruf nach BBIG und HwO.

Im Vorfeld der Einrichtung von schulischen Ausbildungen mit Zulassung zur Kammerprüfung ist ein regionaler Ausbildungskonsens zwischen Schulen, Kammern, Sozialpartnern und Arbeitsagentur abzuschließen, bei dem festgelegt wird, für welche Berufe unter welchen Rahmenbedingungen die Zulassung zur Prüfung möglich ist.

Beispielsweise ist die Zulassung von Schülerinnen und Schüler der dreijährigen schulischen Ausbildung „Informationstechnischen Assistent“ (schulischer Abschluss) zur Kammerprüfung des Ausbildungsberufes Fachinformatiker nur möglich, wenn mind. 25 Stunden berufsbezogener Unterricht erteilt und 20 Wochen Praktikum in den drei Jahren abgeleistet wurden. Zusätzlich müssen die Schülerinnen und Schüler nach der schulischen Berufsabschlussprüfung 28 Wochen Blockpraktikum in einem Betrieb ableisten, in denen das Praxisprojekt im Rahmen der Kammerprüfung zum Fachinformatiker durchgeführt wird.

Es kann folgendes Fazit in NRW gezogen werden:

- Rund 1.100 Schülerinnen und Schüler sind in vollzeitschulischen Bildungsgängen mit Lernortkooperation in 31 Berufen auf die Kammerprüfung vorbereitet worden und ein großer Teil legte die Kammerprüfung ab. Rund 3.000 Schülerinnen und Schüler in Assistentenausbildungen haben die Möglichkeit der Zulassung zur Berufsabschlussprüfung vor der zuständigen Kammer genutzt.
- Die Anrechnungsmöglichkeit wird kaum genutzt, da ein gemeinsamer Antrag vom Ausbilder und Auszubildendem notwendig ist.
- Wenn sich die Partner (Kammern, Sozialpartner, BA und Schulen) in einer Region einig sind, können solche Modelle dazu beitragen, Fachkräfte für diese Region zu gewinnen und die Jugendlichen ohne Zeitverlust zu einem Kammerabschluss zu führen.
- Eine enge Zusammenarbeit mit den Betrieben bei der Planung und während der Praktika ermöglicht gute Ergebnisse in den Abschlussprüfungen.

In **Baden-Württemberg** wurde 2007 im Rahmen der Pilotinitiative DECVET des BMBF - Berufsausbildung statt Warteschleifen - das Projekt „Eurolevel“ entwickelt und erprobt, ein Modell zur Anrechnung vollzeitschulischer Kompetenzen am Beispiel des Berufskollegs auf eine duale Berufsausbildung mit einem Leistungspunktesystem. Dazu wurden nach europäischen Vorgaben kompetenzorientierte Lerneinheiten definiert, die sowohl Grundlage für den Unterricht im Berufskolleg als auch für die duale Berufsausbildung bildeten. Es wurden zwei Berufe einbezogen: Kaufmann im Groß- und Außenhandel und Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Je Beruf wurden 10 kompetenzorientierte Lerneinheiten mit der Beschreibung der beruflichen Kompetenz, Fertigkeiten und Kenntnissen definiert. Diese Lerneinheiten bildeten jeweils die Grundlage für den Unterricht im Berufskolleg als auch für die praktische Ausbildung. Mit unterschiedlichen Verfahren der Kompetenzfeststellung – Klassenarbeiten für den theoretischen Bereich, Lerndokumente (ausführliche Beschreibung der Durchführung von praktischen Aufträgen im Betrieb oder in der überbetrieblichen Ausbildungsstelle) oder Fachgespräch des Meisters mit dem Jugendlichen sowie die Reflexion es Jugendlichen wurden Aussagen über den Leistungsstand der Lernenden ermöglicht. Pro Lerneinheit wurden von den Schülern des Berufskollegs 1-3 Lerndokumente gefertigt. Damit wurde von den Jugendlichen die Handlungskompetenz schrittweise nachgewiesen.

Im Berufskolleg I sowie im Berufskolleg II wurden jeweils fünf Lerneinheiten des Berufsschulstoffs vermittelt und die Schülerinnen und Schüler mussten jeweils ein 4-wöchiges Praktikum im Betrieb ableisten. Zusätzlich erhielten die Schülerinnen und Schüler fachpraktischen Unterricht. Die Jugendlichen konnten nach Abschluss des BK I oder des BK II in die duale Ausbildung wechseln. Das BK I konnte mit einem Jahr auf die anschließende Ausbildung angerechnet werden, das BK I und II mit zwei Jahren.

Da im BK I der Berufsschulstoff von 1,5 Jahren vermittelt wurde, konnte der Jugendliche bis kurz vor der Zwischenprüfung, ca. ein halbes Jahr, von der Berufsschule freigestellt werden, bis die Lerneinheit 5 in der Berufsschulklasse abgeschlossen war. Nach dem BK II war der Berufsschulstoff ganz abgedeckt, sodass der Jugendliche ganz, oder bis auf kurze Wiederholungsphasen in der

Schule, im Betrieb war bis zur gemeinsamen Abschlussprüfung.

In Baden-Württemberg kann folgendes Fazit gezogen werden:

- Von den 54 Schülern, die das Berufskolleg Anlagenmechaniker besuchten, haben 44 Schüler eine Anrechnung von mindestens einem Jahr erhalten (81 %), im kaufmännischen Berufskolleg lag die Anrechnung allerdings nur bei rund 10 %.
- Das Lerndokument als Verfahren zur Kompetenzfeststellung bei der auftrags-

orientierten Ausbildung hat gezeigt, dass die Lernenden ihr Handeln besser reflektieren und dass sie gezielter gefördert werden. Das Lerndokument ermöglicht eine zeitliche Flexibilität in der Vermittlung von Fertigkeiten.

- Die Jugendlichen waren sehr motiviert, da sie sofort in den Ausbildungsmarkt mit kleiner Vergütung einsteigen konnten und keine Warteschleifen durchlaufen mussten. Zusätzlich konnten sie noch die Fachhochschulreife erwerben.

Im Internet: [www.decvet.net](http://www.decvet.net)

### 7.3.3 Leitsatz und Gelingensbedingungen des Forums III

**Kultusminister KONFERENZ**

**Forum III: Motivation durch Anrechnung auf Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen**

**Leitsatz**

Anrechnung nachgewiesener Kompetenz steigert die Motivation und vermeidet redundante Qualifizierungen

**so gelingt es:**

- Beteiligung der regionalen Wirtschaft bei kriteriengeleiteten Anrechnungsverfahren sorgt für Verfahrensklarheit bei den Beteiligten
- Definition kompetenzorientierter Curricula fördert die Transparenz
- Vermittlung ähnlicher Inhalte in berufsbezogenen Fächern erhöht Anrechnungspotenzial
- Qualitätsgesicherte Leistungsnachweise ermöglichen zuverlässige Aussagen über den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler

### 7.4 Forum IV: Nachhaltigkeit von Unterstützung – Erfolgsfaktor individuelle und passgenaue Unterstützung

Referenten: Hans - Jörg Moos (HE), Herbert Rotter (BY), Sabine Fixmer (BY), Walter Ferstl (BY), Benedikt Mayer (BY), Thomas Baier-Regnery (BY)

Berichterstatter: Sven Meyer-Huppmann (BY)

Moderatorin: Birgit Kuckella (HH)

#### 7.4.1 Beschreibung des Forums IV

Im Forum IV wurden zwei Modelle vorgestellt, die durch individuelle und passgenaue Unterstützung Jugendliche nachhaltig im Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen:

**QuABB - Die Ausbildung schaffen: Qualifizierte berufspädagogische Begleitung in Berufsschule und Betrieb**



QuABB hat zum Ziel, die Zahl der Ausbildungsabbrüche in Hessen zu senken. Dazu

unterstützen Beratungslehrkräfte und Ausbildungsbegleiter Auszubildende und Ausbilder. Jugendliche werden intensiv begleitet, die ohne professionelle Hilfe keine Anschlussperspektive entwickeln können und ihren Ausbildungsplatz aufgeben würden.

In enger Zusammenarbeit mit den Akteuren der Lernorte Schule und Betrieb werden aufeinander abgestimmte Präventionsmaßnahmen und Interventionsmaßnahmen entwickelt. Eine Verzahnung von schulischen, berufs- und sozialpädagogischen Lösungsansätzen und Förderangeboten hat sich als sinnvoll erwiesen. Der Schwerpunkt des Handlungsansatzes liegt auf Prävention und Krisenintervention.

#### 7.4.2 Darstellung der Präsentationen

##### **QuABB - Die Ausbildung schaffen: Qualifizierte berufspädagogische Begleitung in Berufsschule und Betrieb**

Herr Hans-Jörg Moos (Werner-von-Siemens-Schule-Wetzlar und selbst als Beratungslehrer am Modellprojekt beteiligt) stellte in seiner Präsentation das Projekt QuABB vor, das seit 2008 im Auftrag des Hessischen Kultusministeriums und des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit der Unterstützung durch die Kammern und die Bundesagentur für Arbeit läuft. Derzeit ist mit 53 % etwa die Hälfte der hessischen Berufsschulen in das Projekt einbezogen und wird durch 25 Ausbildungsbegleiter unterstützt.

In den vier Pilotregionen unterstützen 45 Beratungslehrer das Projekt direkt an den Schulen und arbeiten eng mit den Ausbildungsbegleitern vor Ort zusammen. QuABB wird durch die Hessenagentur wissenschaftlich begleitet und durch die INBAS GmbH koordiniert.

Das Modellprojekt setzt auf Prävention, Intervention und Netzwerkarbeit, um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und die Abbruchquote nachhaltig zu senken.

Dazu unterstützen Ausbildungsbegleiter/innen Auszubildende und Ausbilder/innen, wenn die Ausbildung vom Abbruch bedroht ist. An erster Stelle werden die Jugendlichen intensiv begleitet, die ohne professionelle Hilfe keine Anschlussperspektive entwickeln können und ihren Ausbildungsplatz aufgeben würden.

In enger Zusammenarbeit mit den Akteuren der Lernorte Schule und Betrieb werden Ausbildungsbegleiter/innen und Beratungs-

##### **Projekt „zukunft bringt´s“ (Stadt Kempten)**

Das Bildungsnetzwerk der Stadt Kempten (Allgäu) mit seinen Kooperationspartnern aus Schule, Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe und Wirtschaft ist ein Beispiel für besondere und nachhaltige Aktivitäten zur Gestaltung von erfolgreichen Übergängen. Entstanden ist eine Vielfalt von innovativen, vorausschauenden Maßnahmen für junge Menschen. Dabei ist es gelungen, über die jeweils institutionelle Zuständigkeit hinaus eine tragfähige Kooperationskultur zu etablieren. Im Forum wird die gelebte Kooperation sichtbar.

lehrer/innen frühzeitig präventiv tätig und entwickeln aufeinander abgestimmte Interventionsmöglichkeiten – insbesondere in Zielregionen und Branchen, in denen besonders hohe Auflösungsquoten auszumachen sind. Präventives Ziel ist zum einen, ein „Frühwarnsystem“ zu entwickeln, um Problemfelder und Krisen, die leicht zu Abbrüchen führen können, rechtzeitig zu erkennen und ihnen mit auf den individuellen Fall zugeschnittenen Beratungs- und Begleitungsmethoden begegnen zu können.

Da oft mehrere, sich gegenseitig bedingende Problemlagen bei den gefährdeten Jugendlichen zu einem Ausbildungsabbruch führen, wird auf eine Verzahnung von schulischen, berufs- und sozialpädagogischen Lösungsansätzen und Förderangeboten gesetzt.

Der Schwerpunkt des Handlungsansatzes liegt auf Prävention und Krisenintervention, immer mit dem vorrangigen Ziel, einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss oder eine tragfähige Anschlussperspektive zu erreichen.

Die vorliegenden Erfahrungen belegen den Erfolg des Projekts. Derzeit wird an einem Ausbau der Präventionsansätze gearbeitet. Dazu werden u.a. Arbeitshilfen weiterentwickelt und ein elektronisches Fehlzeitenmanagement entwickelt. Zudem wird die lokale Verstärkung weiter vorangetrieben und die Akteure z. B. durch Fortbildungen und Praxishilfen weiter professionalisiert.

Detaillierte Informationen sind unter [www.quabb.inbas.com](http://www.quabb.inbas.com) abrufbar.

### **Projekt „zukunft bringt’s“ (Stadt Kempten)**

Die gelungene Kooperation wurde schon im Vortrag durch insgesamt 5 Referenten aus unterschiedlichen Institutionen deutlich.

Herr Benedikt Mayer (Jugend-, Schul- und Sozialreferent der Stadt Kempten) machte zunächst die große Bedeutung des Themas Bildung im Selbstverständnis der Stadt Kempten deutlich. Bis zum Jahr 2020 hat sich Kempten fünf strategische Ziele gesetzt. Eines dieser Ziele lautet: "Kempten, eine Stadt in der möglichst alle jungen Menschen ihren Platz in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt finden". Kempten beteiligt sich zudem an der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“, die unter anderem auf die Säulen *Übergänge organisieren und begleiten* und die *Vernetzung aller Akteure vor Ort* baut.

Herr Thomas Baier-Regnery (Geschäftsführer und Koordinator von „zukunft bringt’s“) stellte die insgesamt 18 Einzelprojekte vor, die in den Bereichen Prävention und Akutmaßnahmen unter dem Dach von „zukunft bringt’s“ zu einer Gesamtstrategie zusammengefasst sind. Der Schwerpunkt liegt dabei auf „Lückenschlussprojekten“, die im Zusammenspiel mit den anderen schulischen und außerschulischen Angeboten dazu beitragen, dass möglichst alle Jugendlichen erfolgreich in das Berufsleben starten können.

Der politische Wille dokumentiert sich in der Einsetzung eines Unterausschusses, der mit Vertretern aus Politik, Schulen, Jugendhilfe, Agentur für Arbeit, Jobcenter und Wirtschaftsvertretern die Steuerung, Projektfi-

nanzierung und Umsetzung von „zukunft bringt’s“ verantwortet.

Herr Herbert Rotter (Rektor der Robert-Schuman-Mittelschule Kempten) verdeutlichte in der Vorstellung der Kooperationen an seiner Schule die Vernetzung von schulischen Angeboten wie dem dualisierten Übergangsangebot „Berufsorientierungs-klasse“ mit weiteren Angeboten wie einem Patenmodell oder der nachhaltigen Unterstützung der jungen Menschen durch Sozialpädagogen.

Frau Sabine Fixmer (pädagogische Leiterin des Stadtjugendrings Kempten) konkretisierte die Angebote der Jugendhilfe, die durch ein niederschwelliges, aufsuchendes Case-Management besonders benachteiligte junge Menschen im Alter von 15-25 erfolgreich unterstützt. Durch eine lokale Koordinationsstelle wird die Hilfe systematisiert und auf diesem Weg besonders nachhaltig.

Herr Walter Ferstl (Ausbildungsleiter der Firma Liebherr Verzahnentechnik) verdeutlichte den beiderseitigen Nutzen für Wirtschaft und Jugendliche durch eine Beteiligung der Betriebe im Bereich der Berufsorientierung.

Im Rahmen abgestimmter Maßnahmen können Jugendliche beispielsweise für technische Ausbildungsberufe gewonnen werden. Besonders deutlich zeigt sich der Erfolg der intensiven Bemühungen in der Tatsache, dass sich überdurchschnittlich viele Mädchen auf Ausbildungsstellen in technischen Berufen bewerben.

Detaillierte Informationen sind unter [www.zukunftbringts.de](http://www.zukunftbringts.de) abrufbar.

### **7.4.3 Leitsatz und Gelingensbedingungen des Forums IV**

Im Forum wurde deutlich, dass Jugendliche im Übergang von Schule in den Beruf besonders gut unterstützt werden können, wenn frühzeitig und präventiv angesetzt wird und die Begleitung in ein System eingebunden ist.

Nur durch die politische Überzeugung auf allen Ebenen können verlässliche Strukturen aufgebaut werden. Dabei ist es wichtig, dass diese Strukturen so verankert sind, dass sie nicht von einzelnen Personen abhängig sind. Der politische Wille sollte sich auch so auf die Finanzierung der Maßnahmen auswirken, dass bewährte Projekte auch nach dem Auslaufen einer Förderung weiter bestehen.

Eine individuelle Unterstützung Jugendlicher kann nur in einem interdisziplinären Team

erfolgen. Dazu ist eine intensive und kontinuierliche Netzwerkarbeit notwendig, um passgenaue Angebote machen zu können. Damit das Angebot nicht dem Zufall überlassen bleibt, muss vor Ort eine professionelle Koordination und Steuerung erfolgen, die dafür sorgt, dass die Grenzen zwischen Behörden und Rechtskreisen überwunden werden können.

Im regionalen Kontext kann den Jugendlichen ein sinnvoller Weg durch den viel zitierten „Maßnahmenschwungel“ gezeigt werden. Dazu ist eine intensive Information und Sensibilisierung aller am Prozess Beteiligter von besonderer Bedeutung.

Nachhaltigkeit der Projekte ist dann gegeben, wenn zum einen frühzeitig und präven-

tiv angesetzt wird. Zum anderen sollte eine individuelle (auch aufsuchende) Unterstützung bei Bedarf auch längerfristig angeboten werden. Dabei ist es wichtig, dass die Betreuung gerade in den Phasen von Über-

gängen (z. B. von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung) systematisch weitergeführt wird.

**Kultusminister KONFERENZ** **Forum IV: Nachhaltigkeit von Unterstützung – Erfolgsfaktor individuelle und passgenaue Unterstützung**

**Leitsatz**

Jugendliche (v. a. benachteiligte) durch frühzeitige Erkennung und systematische Begleitung im Übergang Schule – Beruf unterstützen.

**so gelingt es:**

- Politische Überzeugung – verlässliche und flexible Strukturen – unabhängig von Förderzeiträumen und Einzelpersonen
- Interdisziplinäre, professionelle, behörden- und rechtskreisübergreifende Koordination und Steuerung auf regionaler Ebene
- Kontinuierliche Netzwerkarbeit verschiedener Professionen
- Information und Sensibilisierung aller am Prozess Beteiligten
- Frühzeitige, individuelle Unterstützung (auch aufsuchend; bei Bedarf längerfristige Begleitung)

## 7.5. Forum V: Beratung aus einer Hand

Referenten: Dr. Hans-Dieter Metzger, Peter Haas (BY), Andreas Kahl-Andresen (HH)

Berichterstatter: Georg Renner (BY)

Moderator: Berend Loges (HH)

### 7.5.1 Beschreibung des Forums V

Der Bereich des Übergangs zwischen Schule und Beruf ist in der öffentlichen Wahrnehmung nicht an vorderster Stelle. Er wird zwar als wichtig anerkannt, aber in seiner Bedeutung oft unterschätzt.

Hilfsangebote sind zahlreich vorhanden, aber aufgrund der vielfältigen Verzweigungen und der unterschiedlichen Zuständigkeiten fallen viele Jugendliche durch den Rost. Umso mehr ist eine zentrale Forderung, die vorhandenen Hilfsangebote beim Übergang Schule-Beruf zu verzahnen.

Die **Stadt Nürnberg** und das **Bundesland Hamburg** haben sich auf den Weg gemacht, diese Forderung umzusetzen und eine „Beratung aus einer Hand“ anzubieten.

Die **Koordinierungsstelle SCHLAU der Stadt Nürnberg** wurde 2005 eingerichtet, um den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt zu moderieren, d. h. Schülerin-

nen und Schüler zu beraten, zu begleiten und für aktives Handeln zu motivieren. Dabei gelingt aufgrund der regionalen Erfahrungen der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung dann besonders gut, wenn das bereits vorhandene Angebot der Berufsberatung genutzt wird. Darauf aufbauend müssen in verlässlicher Kooperation zusätzliche, ineinandergreifende und vertiefende Strukturen der Berufsorientierung, Beratung und Begleitung geschaffen werden. Dieses Angebot basiert auf Freiwilligkeit.

Im **Hamburg** wurde im Herbst 2012 flächendeckend die **Jugendberufsagentur** eingerichtet, die als System Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 8 im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung auf ihrem Weg in Ausbildung/Studium berät, begleitet und unterstützt. An einem Ort und unter einem Dach sind die Beratungsinstanzen nach dem SGB II, III und VIII sowie nach

dem hamburgischen Schulgesetz zusammengefasst und stehen den Jugendlichen

für Beratung aus einer Hand zur Verfügung.

### 7.5.2 Darstellung der Präsentationen

#### Gelungende Übergänge setzen Kooperation voraus. SCHLAU – ein Projekt der Stadt Nürnberg

**Referenten:** Dr. Hans-Dieter Metzger, Stadt Nürnberg, Peter Haas, Teamleiter U 25, Arbeitsagentur Nürnberg

Im Hinblick auf die Bildungsergebnisse bleibt Nürnberg in vieler Hinsicht hinter den Ergebnissen anderer Großstädte in Bayern zurück. Um den Fachkräftebedarf in der Stadt decken zu können, sind daher zusätzliche Anstrengungen notwendig. Während aber in vielen Regionen und Städten Deutschlands eine schrumpfende Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen ist, kann Nürnberg insgesamt auf einen positiven Trend verweisen. Die positive Entwicklung der Einwohnerzahl ist auch der gestiegenen Zuwanderung von jungen Menschen, die in Nürnberg ihre Ausbildung verfolgen oder ins Erwerbsleben eintreten, geschuldet.

Die Einmündungsquote von Nürnberger Hauptschulabsolventen unmittelbar in Anschluss von der allgemeinbildenden Schule ist seit 2007 konstant geblieben und beträgt 40 %.

Dieses Gesamtergebnis ist insgesamt positiv, bleibt jedoch weiterhin unbefriedigend, solange es noch ausbildungswillige und -reife Jugendliche gibt, die ohne Ausbildungsplatz bleiben. Das vom Stadtrat verabschiedete Modell „Nürnberger Übergangsmanagement“ nimmt die Perspektive der Jugendlichen ein, die einen schulischen Bildungsgang von der 7. bis zur 9./10. Jahrgangsstufe durchlaufen. Das Modell legt besonderes Gewicht auf die Anschlussfähigkeit der Angebote und bezieht neben den jungen Menschen die anderen am Prozesse Beteiligten (Eltern, Lehrkräfte, Jugendsozialarbeit an Schulen, Bildungsbegleitung usw.) ein. Ein zentraler Teil der vertieften Berufsorientierung nach §§ 33 SGB III ist das von Arbeitsagentur, Stadt Nürnberg und bayerischem



Staatsministerium für Unterricht und Kultus gemeinsam finanzierte Angebot SCHLAU, das rund 500 Schülerinnen und Schüler der 8., 9. und 10. Jahrgangsstufe an Mittelschulen bei einer Bewerbung um einen dualen Ausbildungsplatz oder ein anderes weiterqualifizierendes Ausbildungsangebot unterstützt. Darüber hinaus betreut SCHLAU aktuell ca. 120 Real- und Wirtschaftsschüler und ca. 70 Jugendliche ohne Berufsausbildung. SCHLAU bietet auch gezielt Prüfungsvorbereitungskurse für Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit Lehramtsstudenten der Universität Erlangen-Nürnberg an.

Das Portfolio von SCHLAU wird abgerundet durch das Angebot eines Moduls zum Übergangsmanagement im Rahmen der Lehrerbildung an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Die Maßnahmen von SCHLAU sind eingebettet und abgestimmt in die vielschichtigen Dienstleistungsangebote der Berufsberatung der Agentur für Arbeit in Nürnberg.

Als Fazit kann aufgrund der Nürnberger Initiative festgestellt werden, dass im Bereich des Übergangs Schule – Beruf bessere Ergebnisse erzielt werden können, wenn die Akteure auf lokaler Ebene zusammenarbeiten und ihre Ressourcen koordinieren.

Statistisch kann diese Aussage belegt werden. Bei nahezu gleichbleibender Bezugsgröße von ca. 6.000 Schülerinnen und Schülern standen in Nürnberg im Schuljahr 2005/06 2.021 Schüler im Übergangssystem; bereits 2009/10 hat sich diese Zahl mehr als halbiert und liegt aktuell deutlich unter 1.000.

## Die Jugendberufsagentur Hamburg: Aufbau – Struktur – Organisation

Referent: Andreas Kahl-Andresen

Hamburg hat als erstes Bundesland flächendeckend eine **Jugendberufsagentur (JBA)** eingerichtet, um junge Menschen zuverlässig und gezielt in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln.

Im September 2012 wurden in Hamburg-Mitte und Hamburg-Harburg die ersten beiden Standorte der Jugendberufsagentur eröffnet. Weitere Standorte sollen bis Ende 2014 folgen. An diesen zunächst zwei Standorten beraten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Agentur für Arbeit Hamburg, dem Jobcenter team.arbeit.hamburg und den Bezirksämtern junge Menschen unter einem Dach.

Der Senat der Freien Hansestadt Hamburg hat sich mit der Regierungserklärung vom 23. März 2011 zum Ziel gesetzt, jedem Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung zu geben und niemanden auf diesem Weg zu verlieren.

Ziel der Jugendberufsagentur ist es, die verschiedenen Beratungsinstanzen unter einem Dach zusammenzufassen, um für Jugendliche und junge Erwachsene ein ganzheitlich



orientiertes und abgestimmtes Informations-, Beratungs-, Förder- und Begleitangebot zu gewährleisten. Alle schulpflichtigen Jugendlichen, einschließlich der Berufsschulpflichtigen, sollen so lange aktiv angesprochen werden, bis sie eine Ausbildung begonnen bzw. eine Beschäftigung aufgenommen haben. Auch sollen

die Aufgaben und Ressourcen für die Arbeit mit Jugendlichen miteinander verknüpft werden, um so die Leistungen für die Jugendlichen wirksamer bündeln zu können. Mit der Jugendberufsagentur wird keine neue Institution mit eigenem Personalkörper und Haushalt geschaffen. Vielmehr bleiben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrem jeweiligen Dienstherrn.

Die Jugendberufsagentur ist als sog. Dreiebenenmodell angelegt. Jede Ebene hat unterschiedliche Aufgaben. Auf schulischer Ebene werden u. a. die Zielgruppen systematisch erfasst, um dann auf regionaler Ebene umfassende und rechtskreisübergreifende Beratung anbieten zu können. Auf Landesebene findet dann die einvernehmliche Steuerung der gemeinsam durchzuführenden Aufgaben und auch die Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner statt.

### 7.5.3 Leitsatz und Gelingensbedingungen des Forums V

Der gesamte Prozess von der Phase der Berufsorientierung über die Beratung und Vermittlung in eine Ausbildung bis hin zur aktiven Begleitung in der Tätigkeit steht in beiden Programmen im Mittelpunkt.

Ziel der Projekte in Nürnberg („SCHLAU“) und Hamburg („Jugendberufsagentur“) ist es, die bisher verteilten Aufgaben und Ressourcen für die Arbeit mit Jugendlichen miteinander zu verknüpfen, gemeinsame An-

laufstellen zu schaffen und so die Schülerinnen und Schüler wirksam zu fördern und zu begleiten sowie deren Entwicklung zu verfolgen.

Gemäß den Prinzipien „Alles unter einem Dach“ und „Hilfe aus einer Hand“ haben die Jugendlichen zu jeder Zeit einen Ansprechpartner/eine Anlaufstelle.

Damit „Beratung aus einer Hand“ gelingt, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

#### Zentrale Bedingungen

##### *Politischer Rückhalt*

Sowohl in Nürnberg wie in Hamburg basieren die Projekte „SCHLAU“ und „Jugendberufsagentur“ auf Beschlüssen der politischen Verantwortlichen vor Ort. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat eine Jugendberufsagentur eingerichtet. Die Initiative „SCHLAU“ wurde auf Beschluss des Rates der Stadt Nürnberg gegründet und wird gemeinsam getragen und finanziert von der regionalen Arbeitsagentur, der Stadt Nürn-

berg und dem bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

##### *Zentrale Koordination*

Um das Ziel einer „Beratung aus einer Hand“ erreichen zu können, ist eine zentrale Koordination aller beteiligten Institutionen erforderlich. Die Koordinationsstelle hat insbesondere die Aufgabe, Schülerdaten zu erheben, Schul- und Schülerunterstützung zu leisten, sowie die Bedarfe zu erfassen und

Abstimmungsaufgaben innerhalb der Netzwerkpartner zu leisten.

#### *Bündelung der Beratungsdienste*

Ziel ist es, dass die verschiedenen Beratungsinstanzen ihre jeweilige Kernkompetenz in ein ganzheitlich orientiertes und abgestimmtes Informations-, Beratungs-, Förder- und Begleitangebot einbringen. Durch diese Bündelung unterschiedlicher Beratungsdienste in ein System ist gewährleistet, dass

#### **Operative Bedingungen**

##### *Entwicklung einer gemeinsamen Beratungshaltung*

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen im Netzwerk zusammengefassten Beratungspartner müssen unabhängig von ihren jeweiligen Rechtskreisen eine gemeinsame Beratungshaltung entwickeln. Im Sinn einer ganzheitlichen Förderung der jungen Menschen sind dabei auch eingeübte Handlungsmuster zu überdenken.

##### *Aufgabenklarheit der Akteure*

Mit der Beratung aus einer Hand entstehen bei den vorliegenden Modellen keine neuen Institutionen mit eigenem Personalkörper. Umso mehr ist sicherzustellen, dass unabhängig von den gesetzlichen Grundlagen

der Beratungsprozess insgesamt effektiver und effizienter wird.

#### *Regionale Verankerung*

Das Beratungssystem vor Ort soll eng mit der einheimischen Wirtschaft als aufnehmendes System für die Jugendlichen sowie mit den zuständigen Stellen im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HWO) und den Verbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

und den definierten Verfahrensregeln der einzelnen Institutionen in der praktizierten Zusammenarbeit aller Akteure ein gemeinsamer Auftrag gilt. Ein gutes Instrument können hier rechtskreisübergreifende Fallkonferenzen sein, um individuelle Förder- und Unterstützungspläne zu entwickeln und Hilfsmaßnahmen aufeinander abzustimmen.

##### *Gemeinsame Verantwortung:*

##### *Datenbasis, Kennzahlen*

Alle beteiligten Institutionen tragen die gemeinsame Verantwortung für den Erfolg der jeweiligen Maßnahmen. Als zentrale Voraussetzungen für die gemeinsame Arbeit gilt eine einheitliche und für alle Beteiligten zur Verfügung stehende Datenbasis.

**Kultusminister KONFERENZ** **Forum V: Beratung aus einer Hand**

### Leitsatz

Berufsorientierung, Beratung, Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen werden als abgestimmtes System an einem Ort angeboten.

**so gelingt es:**

- zentrale Bedingungen
  - politischer Rückhalt
  - zentrale Koordination
  - Partner bringen ihre Kernkompetenzen in Netzwerk ein
  - regionale Verankerung
- operative Bedingungen
  - gemeinsame Beratungshaltung entwickeln
  - Aufgabenklarheit der Akteure
  - gemeinsame Verantwortung: Datenbasis, Kennzahlen

## 7.6. Forum VI: Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf

Referenten: Dr. Alfred Lumpe (HH), Hartmut Schulze (HH), Herbert Hecker (NW), Dr. Beate Scheffler (NW)  
Berichterstatter: Hartmut Schulze (HH)  
Moderatorin: Hilke Schwartz (HH)

### 7.6.1 Beschreibung des Forums VI

Zunächst stellen die Vertreter Hamburgs die neu gestalteten Angebote des beruflichen Systems und das System der Übergangsteuerung dar. Anschließend stellen die Vertreter aus NRW ihr System der Übergangsteuerung dar. In der anschließenden Diskussion werden unterschiedliche Herausforderungen und Problemlösungen in einem Flächenstaat und einem Stadtstaat herausgestellt und gemeinsame Gelingensbedingungen festgehalten.

Die Berufs- und Studienorientierung ab der Jahrgangsstufe 8 wird gemeinsam von Lehrkräften der berufsbildenden Schulen gestaltet, außerschulische Lernorte werden einbezogen und der Übergang in Ausbildung oder Ausbildungsvorbereitung wird begleitet. Aufgaben der abgebenden und aufnehmenden Schulen sind bestimmt und die Steuerung der Übergangsprozesse ist geregelt, sodass keiner verloren geht.

### 7.6.2 Darstellung der Präsentationen

#### Steuerung des Übergangs in Hamburg

Im Februar 2011 beschließt die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig die „Reform des Übergangssystems“ mit dem Ziel, die Übergänge von der Schule in die Ausbildung zu verbessern und die Durchlässigkeit zu höheren Bildungsabschlüssen zu erhöhen. Der Hamburger Senat setzt sich zum Ziel:

„Jedem Hamburger eine Chance auf eine Berufsausbildung oder ein Studium!“ und „Keiner darf verloren gehen!“

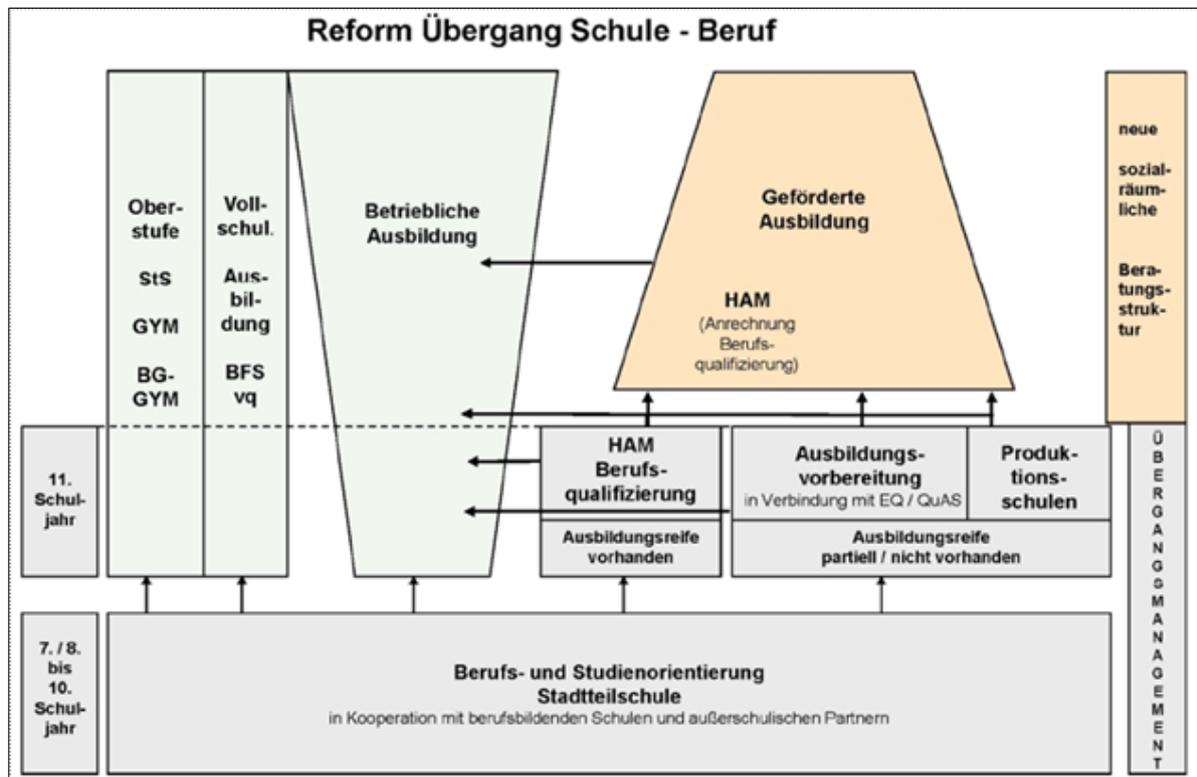
Unterstützt wird die Reform durch das Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung Hamburg (ABBH), ein Bündnis aus Institutionen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.



Im Forum werden Regelungen und Grundsätze der Zusammenarbeit und die Organisation der Übergangsteuerung in die veränderten Anschlussoptionen (für noch nicht orientierte Jugendliche duale Ausbildungsvorbereitung und für berufsorientierte Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz in der Wirtschaft erhalten haben, eine öffentlich geförderte duale Ausbildung (Berufsqualifizierung als erstes Ausbildungsjahr) in einem anerkannten Ausbildungsberuf) diskutiert.

Die abgestimmten Elemente der Reform des Übergangssystems sind eine verbindliche Berufs- und Studienorientierung ab Jahrgangsstufe 8 in allen Stadtteilschulen, eine dualisierte und regionalisierte Ausbildungsvorbereitung (AV) und eine Berufsqualifizierung (BQ) mit Ausbildungsplatzgarantie sowie eine klar geregelte Übergangsteuerung. Darüber hinaus wird die Jugendberufsagentur, in der Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre rechtskreisübergreifend „aus einer Hand“ beraten werden, eingerichtet.

Einen Überblick über das Übergangssystem Schule-Beruf in Hamburg 2013 nach der Reform gibt folgende Grafik:



Die **Berufs- und Studienorientierung (BO/SO)** an den Stadtteilschulen und Gymnasien ist durch Rahmenvorgaben strukturiert und verbindlich geregelt.

Darin enthalten sind:

- Vorgaben zu Mindestanforderungen und Mindestangeboten der Berufs- und Studienorientierung,
- die Verpflichtung zur Festlegung der Maßnahmen für jeden Jahrgang in einem schuleigenen Konzept im Rahmen der vorgegebenen Struktur (Jahrgang 8: Orientierung und Vorbereitung auf Praxiserfahrung, Jahrgang 9: Praxiserfahrung, Jahrgang 10: Übergangsqualifizierung),
- der Einsatz der Berufsschullehrkräfte und die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung,
- die Verwendung des Berufs- und Studienwegeplans (Planung / Dokumentation).

Die Stadtteilschulen sind verpflichtet, ein strukturiertes Programm der Berufs- und Studienorientierung umzusetzen und ihre Schülerinnen und Schüler auf den jeweiligen Anschluss vorzubereiten.

Jugendliche, die die Stadtteilschulen nach der 10.Klasse verlassen, sind durch ein Sys-

tem der Klärung ihrer Anschlussmöglichkeiten gelaufen. Entsprechend ihrer Kompetenzen und des Standes ihrer beruflichen Orientierung stehen Alternativen zur Verfügung.

Sie haben die Möglichkeit, entweder die Oberstufe der Stadtteilschule, des Gymnasiums bzw. des Beruflichen Gymnasiums zu besuchen oder ein Angebot der berufsbildenden Schulen wahrzunehmen. Jugendliche, die beruflich orientiert sind und eine Ausbildung aufnehmen wollen, beginnen eine duale Berufsausbildung in einem Betrieb des ersten Arbeitsmarktes, eine vollzeitschulische Berufsausbildung (BFS vq) oder, wenn sie am ersten Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz erhalten, eine Ausbildung im **Hamburger Ausbildungsmodell (BQ)**. BQ ist ein ganztägiges duales Angebot, bestehend aus 3 Tagen betriebliche Lern- und Ausbildungsphase und 2 Tagen Berufsschule im jeweiligen Ausbildungsberuf. Inhalt des BQ ist das erste Ausbildungsjahr des jeweiligen Ausbildungsberufs. Die Jugendlichen sind weiterhin Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung. Der betriebliche Teil der Ausbildung im BQ findet in Betrieben oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten statt.

Die Jugendlichen, die noch nicht ausreichend orientiert sind, gehen in die duale und regionalisierte **Ausbildungsvorbereitung (AV)** über. Dort können sie ihre Stärken und

Fähigkeiten erkunden und durch begleitete Langzeitpraktika den Übergang in Arbeit oder Ausbildung schaffen. Die dualisierte Ausbildungsvorbereitung ist ein ganztätiges Angebot, in dem die Jugendlichen an 3 Tagen der Woche ein Langzeitpraktikum in einem Betrieb absolvieren und an 2 Tagen der Woche in der Berufsschule individualisiert lernen. Jeder Jugendliche wird dabei von einem Mentor begleitet, der die Verzahnung zwischen dem Lernort Betrieb und dem Lernort Schule sicherstellt. Die Produktionsschulen sind eine weitere Möglichkeit für diese Jugendlichen, sich beruflich zu orientieren und sich auf eine Ausbildung vorzubereiten.

Die **Jugendberufsagentur Hamburg (JBA)** sorgt für die regionale Koordinierung aller Beratungs- und Unterstützungsleistungen und ist System und Ort zugleich. Sie umfasst die Ebenen:

- Landesebene: Maßnahmenplanung, Steuerung der gemeinsamen Aufgaben der in der Jugendberufsagentur zusammenarbeitenden Institutionen, Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner,
- Regionale Ebene: rechtskreisübergreifende Beratung, Unterstützung bei Integration in Ausbildung/Beschäftigung, Durchführung von Fallkonferenzen,
- Schulische Ebene: systematische Erfassung des Abschlussjahrgangs, Sicherung des Anschlusses, Einbindung der Beratung in das Berufs- und Studienorientierungskonzept, verbindliche Übergangsbegleitung.

Die JBA wird bis 2014 an 7 regionalen (bezirklichen) Standorten Beratung und Begleitung unter einem Dach (Agentur für Arbeit,

### **Steuerung des Übergangs in Nordrhein-Westfalen**

Die Schnittstelle von den Schulen der Sekundarstufe I, einschließlich der Förderschulen zur beruflichen Ausbildung wird in den kommenden Jahren eine Herausforderung bleiben. Prof. Baethge weist darauf hin, dass mit der Gestaltung des Übergangsbereichs „eines der wichtigsten und zugleich schwierigsten Probleme der gegenwärtigen Bildungs- und Berufsbildungspolitik aufgegriffen“ wird. Die Problemlagen und Ziele der beispielhaften Länder Hamburg (Stadtstaat) und Nordrhein – Westfalen (Flächenland) sind weitgehend identisch.

In den vergangenen Jahren nahm das Ausbildungsplatzangebot des Dualen Ausbil-

Jobcenter, Schulbehörde, Bezirksverwaltung) anbieten und koordinieren.

Entscheidend für die Qualität der Übergangsteuerung ist das Zusammenwirken der drei Elemente

- Berufs- und Studienorientierung,
- duale Ausbildungsvorbereitung (AV) und der damit verbundenen Ausbildungsplatzsicherheit und
- die Zusammenfassung aller Beratungs- und Unterstützungsleistungen unter einem Dach.

Die Jugendlichen, deren Eltern und auch die Lehrkräfte wissen rechtzeitig vor dem Abschluss der Sekundarstufe I, dass es nur drei Optionen für den Anschluss gibt: entweder die gymnasiale Oberstufe, eine anerkannte Ausbildung oder die Vorbereitung auf eine Ausbildung. Teilqualifizierende Ausbildungsgänge stehen nicht mehr zur Verfügung.

Damit gewinnt die Berufs- und Studienorientierung für die Jugendlichen an Bedeutung. Sie hat die Aufgabe, Wege zu öffnen und auf den jeweiligen Anschluss, die gymnasiale Oberstufe oder eine Berufsausbildung, vorzubereiten. Die Berufs- und Studienorientierung gewinnt dadurch an Bedeutung, dass die Jugendlichen im Abschlussjahrgang nicht allein gelassen, sondern intensiv beraten werden. Sie realisieren, dass der Anschluss gesteuert wird und vom eigenen Leistungsstand abhängig ist. Keiner geht verloren, weil zu Beginn des 10. Jahrgangs alle Schülerinnen und Schüler in einer Datenbank erfasst sind und jede bzw. jeder beraten und begleitet wird, bis der individuelle Anschluss geregelt ist.

ditionssystem in Deutschland nicht entsprechend der wachsenden Zahl an Schulentlassenen zu. In der Folge mussten selbst ausbildungsreife Bewerberinnen und Bewerber um Lehrstellen, beispielsweise in teilqualifizierende Bildungsgänge beruflicher Schulen in Kooperation mit Maßnahmeträgern ausweichen. Ein „Berg“ an „Altbewerbern“ baute sich kontinuierlich auf.

Allerdings blieben auch Ausbildungsstellen unbesetzt, weil die Jugendlichen vielfach keine realistische Einschätzung des eigenen Leistungspotenzials mit Blick auf die Chancen und die Anforderungen einer Ausbildung im Rahmen des dualen Systems hatten.

In der Folge entstand eine Fehlallokation für die Jugendlichen in ungeeignete Maßnahmen oder ungeeignete Regelbildungsgänge des Berufskollegs.

Dem Hamburger Ziel „Jedem Hamburger eine Chance auf eine Berufsausbildung oder ein Studium!“ und „Keiner darf verloren gehen!“ entspricht im Grundsatz der Vereinbarung im Ausbildungskonsens Nordrhein – Westfalen:

„Der Ausbildungskonsens des Landes NRW beschließt zur Einführung eines transparenten, geschlechtersensiblen „Neuen Übergangssystems Schule-Beruf in NRW“ mit klaren Angebotsstrukturen für Schüler und Schülerinnen die nachfolgenden Umsetzungsschritte in den vier Handlungsfeldern:

1. Berufs- und Studienorientierung,
2. Übergangssystem,
3. Attraktivität des dualen Systems,
4. Kommunale Koordinierung.

Die Partner im Ausbildungskonsens verpflichten sich mit dem Erreichen des Endausbaus der Umsetzung allen jungen Frauen und Männern, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, eine verbindliche Ausbildungsperspektive zu geben.

Bei der Realisierung bringen die Partner im Ausbildungskonsens zur vollen Unterstützung des „Neuen Übergangssystems Schule-Beruf in NRW“ ihre jeweiligen Ressourcen auch im Hinblick auf die Prioritätensetzung und Programmimplementierung ein. Die öffentliche Hand berücksichtigt dies bei ihrer Haushaltsplanung. Das „Neue Übergangssystem“ kann seine vollständige Wirksamkeit nur unter der Bedingung einer umfassenden Finanzierung entfalten.“

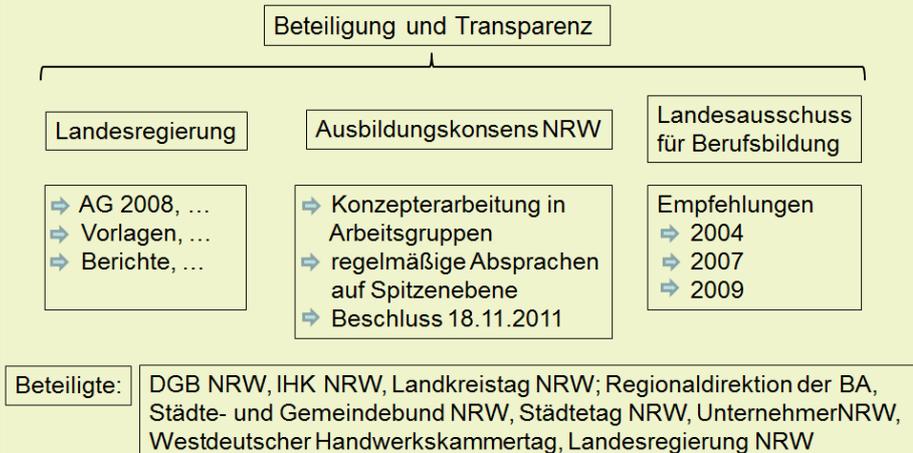
Dahinter steht ein Prozess der Gestaltung des Übergangs beginnend in der Jahrgangsstufe acht der Sekundarstufe I mit ca. 200.000 Schülerinnen und Schüler bis zur Jahrgangsstufe 12/13 der Sekundarstufe II.

## Politische Rahmenbedingungen Neues Übergangssystem

Ministerium für  
Schule und Weiterbildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



### politischer Wille (Koalitionsvertrag 2010) und Akzeptanz bei den Beteiligten



4

MSW: Schulische Umsetzung des „Neuen Übergangssystems“

Dazu zählt die Gestaltung des Übergangs in 394 Berufskollegs (einschließlich 21 Förderberufskollegs) mit ca. 600.000 Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlich zuständigen organisatorischen Gliederungseinheiten (5 Regierungsbezirken, 7 Handwerkskammern, 16 Industrie- und Handelskammern, 33 Bezirke der Agentur für Arbeit, 406 Kommunen, 53 Kreise und kreisfreie Städte sowie 2 Landschaftsverbänden.

Realistische Anschlussperspektive bedeutet:

- Jede Schülerin / jeder Schüler bilanziert den individuellen Prozess der Studien- und Berufsorientierung auf der Grundlage der verbindlichen Standardelemente und formuliert eine Anschlussperspektive.
- Diese individuelle Bilanz wird im Portfolioinstrument dokumentiert und dient als Grundlage für die Beratung und die Anschlussvereinbarung.
- Die individuellen Neigungen und Interessen sowie Entscheidungen der Jugendlichen unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten sind bei dieser Beratung vorrangig zu berücksichtigen.

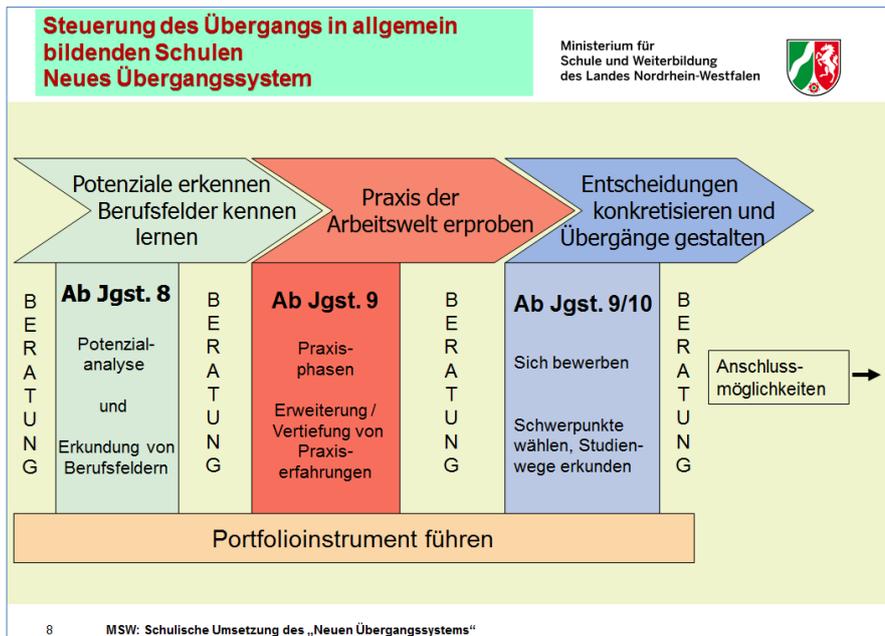
Das Beratungsergebnis wird in einer standardisierten Anschlussvereinbarung dokumentiert. Die Anschlussvereinbarung gibt sinnvolle Hinweise für individuelle Anschlussperspektiven mit Blick auf

- den weiteren Ausbildungsweg,
- mögliche Berufsfelder,

- eine individuelle Prioritätenliste für weitere Schritte,
- Angebote im Übergangssystem bei nicht ausbildungsreifen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz,
- Ansprechpartner/innen für die nächsten Schritte.

Eine zentrale Koordination ist in Nordrhein – Westfalen nicht sinnvoll, weil sie nicht in dem erforderlichen Maße den gewünschten regionalen Bedürfnissen Rechnung tragen könnte. Die Regionen in Nordrhein-Westfalen sind durch sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet. Dementsprechend ist der Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt regional unterschiedlich. Die regionale Koordination wird deshalb in den 53 Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens angesiedelt. Dafür werden vom Land und den Kommunen entsprechende Stellen für die Koordination aller Akteure bereitgestellt. Die Aufgabe der kommunalen Koordination umfasst folgende Tätigkeiten:

- Abstimmungsprozesse aller Akteure in der kommunalen Koordination
- Statistischer Überblick, Einschätzung und Abgleich der Nachfrage junger Menschen und der vorhandenen Angebote, einschließlich Praktika
- Abstimmung zu notwendigen Angebotsreduktionen und –Erweiterungen
- Nutzung vorhandener Strukturen und Vermeidung von Parallelstrukturen

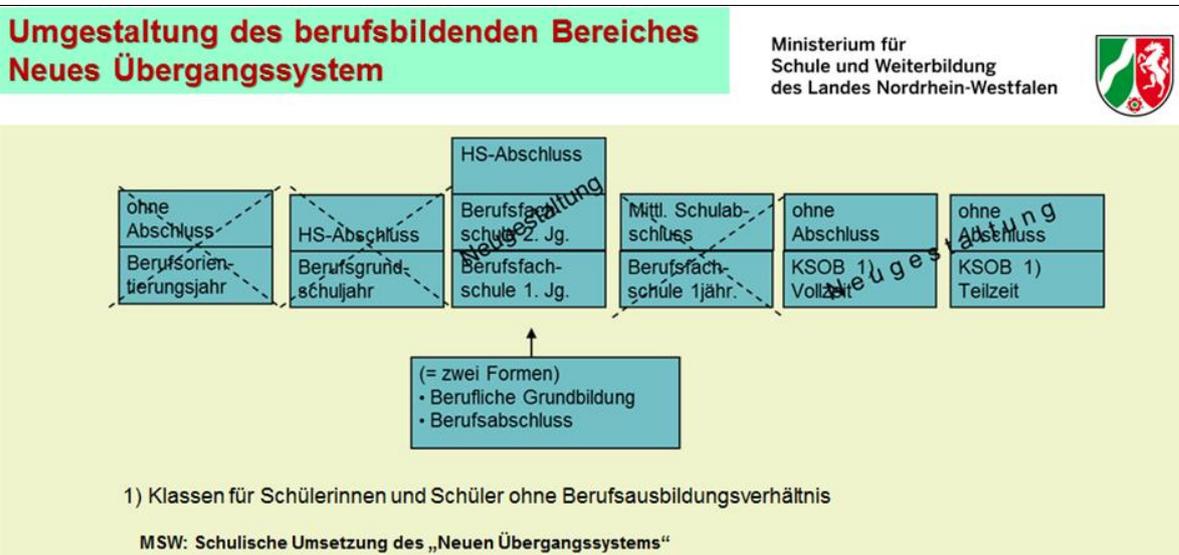


- Transparenz über regional bedeutende Aspekte hinsichtlich Wirtschaftsstruktur, Fachkräftebedarf sowie Angeboten der Berufs- und Studienorientierung

Die standardisierte Form der Anschlussvereinbarung dient dabei beispielsweise der Erstellung kumulierter Bedarfsdaten der Abgängerinnen und Abgänger aus den allgemeinbildenden Schulen, die in der regionalen Koordination zur Verfügung stehen sollen.

Der präventive Ansatz umfasst, dass bereits in der Jahrgangsstufe 8 ein Prozess der Berufsorientierung beginnt, der in den Jahrgangsstufen 9 und 10 fortgeführt wird, der mit einer regelmäßigen Beratung unter Einbezug der Erziehungsberechtigten einhergeht.

In den berufsvorbereitenden Bildungsgängen des Berufskollegs wird auf einen unmittelbaren Übergang in duale Ausbildung



durch eine dualisierte Berufsvorbereitung abgestellt. Für diesen Zweck werden Bildungsgänge des Berufskollegs durch Streichung von Bildungsgängen (Berufsorientierungsjahr, Berufsgrundschuljahr, einjährige

Berufsfachschule für Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss) und durch eine Ausrichtung auf flexible Verbindung von Schule und betrieblichem Praktikum neu organisiert.

### 7.6.3 Leitsatz und Gelingensbedingungen des Forums VI



## Leitsatz

Jedem eine Chance auf Ausbildung oder Studium – Keiner darf verloren gehen, jeder der ausgebildet werden will (und kann), wird ausgebildet.

### so gelingt es:

- keine Projekte, sondern Umbau der Systeme, Strukturen und Regeln; gemeinsame Strategie und politische Setzung, Chefsache auf allen Ebenen
- abgestimmte und verbindliche Orientierungs-, Beratungs- und Steuerungsstruktur ab Jahrgangsstufe 8
- verbindlich strukturierte Berufs- und Studienorientierung in allgemeinbildenden Schulen sowie dualisierte Berufsvorbereitung in beruflichen Schulen
- verbindliche Kooperation allgemeinbildender Schulen mit berufsbildenden Schulen
- Erfassung und Begleitung aller Schülerinnen und Schüler und systematische Beratung im Abgangsjahrgang (ggf. aufsuchende Beratung)
- Verantwortungsorientierung statt Zuständigkeitsorientierung

## 8. Abschlussplenum:

Zusammenfassung und Auswertung der Ergebnisse der Foren in Form eines moderierten Interviews mit Berichterstatlern

**Moderation:** Berend Loges (LI/ZSW)

### **Berichterstatler**

Forum I: Klaus Beier (HE)

Forum II: Ralf Jahnke (BE)

Forum III: Hildegard Rothenhäusler (BW)

Forum IV: Sven Meyer-Huppmann (BY)

Forum V: Georg Renner (BY)

Forum VI: Hartmut Schulze (HH)



### **Berend Loges (HH):**

Meine Damen und Herren!



Sie haben in zwei Workshop-  
runden jeweils sechs Work-  
shops zur Auswahl gehabt.  
Sechs Workshops, in denen  
insgesamt 14 Länder gelun-  
gene Beispiele aus der Praxis  
der Gestaltung des Übergangs

Schule - Beruf vorgestellt haben. Beispiele in denen Grenzen überwunden werden und Zusammenarbeit organisiert wird. All diese Beispiele sind ja nicht für die heutige Tagung entstanden. Wir bewegen uns in einem Feld, in dem in vielen Jahren in Modellprojekten, in gelungener Arbeit Dinge aus der Traufe gehoben wurden, die funktionieren. Was ist also das Neue?

Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren, bedeutet, Systemgrenzen zu

überwinden und zu sehen, wo etwas gut funktioniert, und auch wo parallel laufenden Systeme, parallel laufende Prozesse oder parallele Strukturen Erfolge behindern. Es geht bei der Rückschau auf die Workshops um Systematisierung, Absicherung und Verstetigung von Standards, Verankerung in der Administration, in curricularen Strukturen oder auch in institutionellen Strukturen.

Wie sieht das konkret aus? Wir haben jetzt Gelegenheit in die Arbeitsergebnisse der sechs Workshops Einblick zu nehmen.

Jeder Workshop hat seine Ergebnisse in einem Leitsatz und Gelingensbedingungen zusammengefasst.

## Forum I: Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung

Kultusminister  
**KONFERENZ**

### Forum I:

Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung

### Leitsatz

Eine systematische Gestaltung der Berufs- und Studienorientierung und des Übergangs Schule-Beruf ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.

**so gelingt es:**

- Die inhaltliche Basis für eine gelingende Kooperation und Koordination der Akteure beim Übergang Schule – Beruf sind gemeinsame Qualitätsstandards.
- Zur Schaffung gleicher Bedingungen bedarf es einer landesweiten Strategie und dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen
- Regionale Zielvereinbarungen sind eine gute Kooperationsgrundlage, müssen an den regionalen Bedarfen ausgerichtet sein und werden regelmäßig evaluiert.
- Berufsbildende Schulen sind wichtige Partner bei der Koordinierung des Übergangs von den allgemein bildenden Schulen in die berufliche Bildung, insbesondere weil sie bei den relevanten Akteuren über eine hohe Akzeptanz verfügen.
- Eine Koordinationsstelle sichert die Qualität der Zusammenarbeit.

**Berichterstatter: Klaus Beier (HE)**

### Klaus Beier (HE):



Wir hatten drei Beiträge: einen hessischen Beitrag zu dem Thema OLOV mit Frau von Brasch, einen Beitrag aus Schleswig-Holstein zur Koordination Übergang Schule – Beruf (Berufsbildungszentrum Schleswig) von Herrn Henken, und Frau Koblitz hat die kommunale Koordination im Übergang Schule - Beruf im Bereich Osterode vorgestellt. Im Vorfeld gab es hier schon eine Zusammenstellung von Gelingensbedingungen, die wir in den Workshops noch etwas konkretisiert haben. Es war bei allen Vorträgen sehr deutlich geworden, dass es von zentraler Bedeutung ist, dass hier wirklich eine einheitliche Koordination vorhanden ist, dass es auch darum geht, das Ganze zu verstetigen. Es geht nicht nur darum, Initiativen in Gang zu setzen, sondern dafür zu sorgen, dass sie dauerhaft und nachhaltig implementiert werden können und mit ausreichenden Rahmenbedingungen versehen werden. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist die Forderung, dass die Partner sich über eine gemeinsame Zielsetzung verständigen und diese dann auch wirklich leben. In den Vorträgen kristallisierte sich eine Schlüsselposition für die beruflichen Schulen heraus. Weil sie in diesem Übergang die Mittlerposition haben. Ein wesentlicher Punkt war aber auch in der Diskussion, dass Steuerung und

Koordinationsleitung vorhanden sind. Es nützt nichts, einfach nur einen runden Tisch zu bilden, sondern es bedarf auch einer Person, die die Fäden zusammenhält und die Führung übernimmt. Es ist dabei entscheidend, in der Region Akteure zu finden, die in der Leitung Ankererkennung finden und in der Lage sind, die einzelnen Partner zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen.

Es war uns auch ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass immer wieder der Fokus darauf gelegt wird, zu fragen: Kommen die Maßnahmen, die getroffen werden, auch wirklich bei denen an, um es geht, nämlich um die Schülerinnen und Schüler? Ist das, was hier gemacht, wird auch zielführend und hilfreich für die Jugendlichen? Das war hier mit der Evaluation gemeint. Die Evaluation sollte in kurzen Zeitabständen erfolgen und nicht nur alle paar Jahre einmal.

Mit dem partizipativen Prozess ist gemeint, dass alle an dem Prozess beteiligten Akteure sich auch wirklich in den Vereinbarungen wiederfinden. Es geht nicht darum, dass Einzelne nur mitgenommen werden, sondern sich einbringen können und sich in dem Prozess wiederfinden. Das wird aus unserer Sicht dazu führen, dass die einzelnen Akteure sich einbringen und konstruktiv mitarbeiten.

## Forum II: Ausbildungsvorbereitung in dualen Strukturen

*Kultusminister*  
**KONFERENZ**

### Forum II:

Ausbildungsvorbereitung in dualen Strukturen

#### Leitsatz

dualisierte Ausbildungsvorbereitung – eine Chance für den direkten Weg in betriebliche Ausbildung

**so gelingt es:**

- Betriebe sehen und behandeln die Schülerpraktikanten von Anfang an als potentielle Auszubildende
- Begleitung aus einer Hand ist bei Jugendlichen mit erheblichen Förderbedarfen zur engen Abstimmung der Lernorte nötig, insbesondere zur organisatorischen Unterstützung der Betriebe
- Unterricht und Betriebspraxis sind inhaltlich und organisatorisch durch lernortübergreifende Kompetenzanforderungen mit Bezug auf Ausbildung verzahnt
- fachübergreifende ausbildungsbezogene Kompetenzen für die Aufnahme einer Ausbildung werden systematisch am Lernort Betrieb und in der Schule gefördert und validiert
- duale Ausbildungsvorbereitung ist als eigenständige Aufgabe im Schulprofil verankert, dualisierte Ausbildungsvorbereitung erfordert konsequente Personalentwicklung und Teamarbeit
- genügend Betriebe stehen für Praktika zur Verfügung

**Berichtersteller: Ralf Jahnke (BE)**

### Ralf Jahnke (Berlin)



In unserem Forum hatten wir vier Länderbeiträge aus Niedersachsen, Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Es hat sich gezeigt, dass wir ein großes Spektrum der Projekttradition seit 2003 bei der Dualisierung der Berufsausbildungsvorbereitung haben. Berlin hat ein Jugendhilfeselement vorgestellt, in dem Jugendliche eng begleitet werden. Ganz wichtig war, dass mit der Dualisierung der Berufsausbildungsvorbereitung die Chancenkultur für die Jugendlichen sichtbar wird und im Anschluss an diese Ausbildung ein Betrieb steht, der Interesse an diesem Jugendlichen hat. Nur wenn diese Konstellation erfüllt ist, kann es zu einer Umpolung der Motivation in diesen Ausbildungsvorbereitungslehrgängen kommen. Auch die Vertreterin aus der Personalzuständigkeit eines bundesweiten Unternehmens stimmt der Gelingensbedingung zu, dass die Betriebe die Schülerpraktikanten als potenzielle Auszubildende sehen und behandeln.

In diesem Zusammenhang müsste man eigentlich unseren letzten Punkt ganz nach oben ziehen: Wir brauchen Betriebe, die diese Qualität von Begleitung der Jugendlichen auch leisten können. Wichtig war für alle Länderbeteiligten die Begleitung aus einer Hand. Diese Kooperation zwischen Betrieb,

schwierigem Jugendlichen und beruflicher Schule als Hauptakteur in der beruflichen Qualifizierung braucht eine Steuerung, kurze Kommunikationswege, klar geregelte Verantwortung für die Behandlung von sozialpädagogischen Fragen und die Unterstützung der Betriebe in Konfliktlagen mit Zielgruppen, die bisher nicht in der Ausbildungserwartung waren.

Dann kommt die Frage nach den Ordnungsmitteln, die in der Berufsausbildungsvorbereitung eine wichtige Rolle spielen. Stichwort: Qualifizierungsbausteine. Unterricht und Betriebspraxis sind inhaltlich und organisatorisch zu verketten.

Wir wissen, dass die Zielgruppe, die nicht im ersten Schwung auf Ausbildung zu orientieren ist, im Bereich der sozialen Kompetenzen große Schwächen hat. Das heißt, wir müssen den Lernort Betrieb auch systematisch nutzen, sodass Berufsfeld übergreifende Kompetenzen gefördert werden. Dafür brauchen wir einen entsprechenden Förderansatz. Man muss gemeinsam fördern und auch validieren und feststellen, was erreicht worden ist, wenn der Jugendliche aus der Ausbildungsvorbereitung austritt.

Wenn duale Ausbildungsvorbereitung ein Regelinstrument der beruflichen Schulen wird, dann hat das auch Konsequenzen für die Schulentwicklung, die Personalentwick-

lung an den entsprechenden Schulen, für systematische regionale Fortbildung. Das ist

ebenfalls ein wichtiger Punkt für die Umsetzung.

### Forum III: Motivation durch Anrechnung auf Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen

Kultusminister  
KONFERENZ

## Forum III: Motivation durch Anrechnung auf Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen

### Leitsatz

Anrechnung nachgewiesener Kompetenz steigert die Motivation und vermeidet redundante Qualifizierungen

**so gelingt es:**

- Beteiligung der regionalen Wirtschaft bei kriteriengeleiteten Anrechnungsverfahren sorgt für Verfahrensklarheit bei den Beteiligten
- Definition kompetenzorientierter Curricula fördert die Transparenz
- Vermittlung ähnlicher Inhalte in berufsbezogenen Fächern erhöht Anrechnungspotenzial
- Qualitätsgesicherte Leistungsnachweise ermöglichen zuverlässige Aussagen über den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler

Berichterstatterin: Hildegard Rothenhäusler (BW)

#### Hildegard Rothenhäusler (BW)



In unserem Forum wurden zwei Projekte vorgestellt. Nordrhein-Westfalen hat seine Berufskolleganrechnungsverordnung und die Umsetzung an einer Schule vorgestellt. Die Berufskolleganrechnungsverordnung ermöglicht, dass vollzeitschulische Angebote angerechnet werden auf eine anschließende Ausbildung, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Andererseits gab es aber auch die Möglichkeit der Zulassung zu einer Abschlussprüfung im dualen Bereich, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt wurden. Daneben wurde ein Projekt aus Baden-Württemberg vorgestellt. Dieses Projekt basiert auf einem Antrag, den das BMBF ermöglicht hat. Dabei haben die Kammern zusammen mit dem Kultusministerium in Baden-Württemberg einen Antrag zu einem Projekt gestellt, durch das man herausfinden wollte, wie unter bestimmten Voraussetzungen eine Verbesserung der Anrechnung möglich wird. Zu den Voraussetzungen gehören, dass man gemeinsam Inhalte erarbeitet, entsprechende Leistungspunkte vergibt und beschreibt, wie Leistungsnachweise aussehen müssen.

Eine Anrechnung von vollzeitschulischen Ausbildungen auf eine anschließende Ausbildung funktioniert grundsätzlich nur dann, wenn wirklich im Vorfeld die Betriebe und die regionalen Akteure (Kammern, Gewerkschaften, die Bundesagentur) ins Boot geholt werden, damit dann miteinander Absprachen getroffen werden, unter welchen Bedingungen bestimmte Ausbildungen angerechnet werden können. In Baden-Württemberg wurden für zwei Berufe diese Aufarbeitungen vorgenommen, und zwar für den Beruf Kaufmann im Groß- und Außenhandel und Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizung- und Klimatechnik. Dort wurden die Inhalte, die die Ausbildungsordnung vorgibt in einer Beschreibung nach Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen zu Papier gebracht. Es wurde festgelegt, was in der Vollzeitschule im ersten oder im zweiten Jahr gemacht wird.

Es wurde der Umfang der Praktikumszeiten im ersten und zweiten Jahr und die Art der Leistungsnachweise beschreiben. Damit der Betriebsinhaber erkennen kann, was der einzelne Jugendliche kann, wurde in dem

Projekt auch ein Lerndokument erarbeitet, über das der Jugendliche einen Lernauftrag im Betrieb oder der überbetrieblichen Ausbildung erhält. Diesen muss der Jugendliche ausführen und dokumentieren. Für jede der vorgesehen 10 Lerneinheiten mussten ein bis drei solcher Lerndokumente erstellt werden. Der Meister musste sie prüfen und mit dem Jugendlichen reflektieren.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Anrechnungsquote in Baden-Württemberg und auch in Nordrhein-Westfalen leider nicht sehr hoch war.

Es wäre wünschenswert, dass eine Umkehr der Beweislast sich durchsetzt, d. h. grundsätzlich sollte immer angerechnet werden und nur wenn der Jugendliche den Erwartungen des Betriebes nicht entspricht, sollte davon abgewichen werden.

Im Zusammenhang mit den qualitätsgesicherten Leistungsnachweisen muss dafür gesorgt werden, dass die Schüler durch ihre Unterlagen nachweisen können, welche Inhalte sie bereits beherrschen.

## Forum IV: Nachhaltigkeit von Unterstützung – Erfolgsfaktor individuelle passgenaue Unterstützung

Kultusminister  
KONFERENZ

### Forum IV: Nachhaltigkeit von Unterstützung – Erfolgsfaktor individuelle und passgenaue Unterstützung

## Leitsatz

Jugendliche (v. a. benachteiligte) durch frühzeitige Erkennung und systematische Begleitung im Übergang Schule – Beruf unterstützen.

**so gelingt es:**

- Politische Überzeugung – verlässliche und flexible Strukturen – unabhängig von Förderzeiträumen und Einzelpersonen
- Interdisziplinäre, professionelle, behörden- und rechtskreisübergreifende Koordination und Steuerung auf regionaler Ebene
- Kontinuierliche Netzwerkarbeit verschiedenster Professionen
- Information und Sensibilisierung aller am Prozess Beteiligten
- Frühzeitige, individuelle Unterstützung (auch aufsuchend; bei Bedarf längerfristige Begleitung)

**Berichtersteller: Sven Meyer-Huppmann (BY)**

### Sven Meyer-Huppmann (BY)



In diesem Workshop wurden zwei Projekte vorgestellt. Das war zu einem das Projekt QUABB aus Hessen, das sich der aktuellen Problematik Ausbildungsabbruch widmet und zum anderen die Initiative „Zukunft bringt's“, die in Kempten vom vorschulischen Bereich bis hin zum Übergang in Ausbildung vor allem ergänzende Lückenschlussangebote organisiert und koordiniert.

Die Gelingensbedingungen dieses Workshops fangen auf der politischen Ebene an. Das bedeutet, dass eine Unterstützung und eine nachhaltige Erhaltung der Maßnahmen auf der politischen Ebene notwendig schei-

nen, die dann auch zu verlässlichen Strukturen führen, das heißt, es werden dauerhaft Ausschüsse gegründet, die das Projekt am Leben erhalten können, unabhängig von Förderzeiträumen. Damit kann ein Ende von Förderprogrammen das Projekt nicht gefährden und es ist auch nicht von Einzelpersonen abhängig. Die Strukturen müssen so verfestigt sein, dass das Projekt nicht an den einzelnen Personen hängt.

Dabei kommt es auf interdisziplinäre Zusammenarbeit an, die über die Grenzen der Behörden und Institutionen hinweggeht, die dazu führt, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit stattfindet, die auch hilft, Rechtskreise zu überwinden und damit ein

Angebot allen Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, ohne dass hier jeder nur für seine Organisation arbeitet und dann diese Grenzen zu sehr sichtbar werden. Interdisziplinäre Zusammenarbeit ist daher einer der bedeutendsten Erfolgsfaktoren.

Das führt dazu, dass diese Projekte, die ja auch sehr regional ausgeprägt sind, entsprechend transportiert werden müssen. Die

Akteure vor Ort müssen informiert sein, um dann die Jugendliche an die entsprechende Maßnahme verweisen zu können. Dabei muss gemäß dem oben angeführten Leitsatz es eine frühzeitige, individuelle Unterstützung sein, die nicht nur Reparaturaufgaben hat, sondern auch präventiv ansetzt. Das war in beiden vorgestellten Projekten verankert.

## Forum V: Beratung aus einer Hand

Kultusminister  
KONFERENZ

### Forum V: Beratung aus einer Hand

#### Leitsatz

Berufsorientierung, Beratung, Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen werden als abgestimmtes System an einem Ort angeboten.

**so gelingt es:**

- zentrale Bedingungen
  - politischer Rückhalt
  - zentrale Koordination
  - Partner bringen ihre Kernkompetenzen in Netzwerk ein
  - regionale Verankerung
- operative Bedingungen
  - gemeinsame Beratungshaltung entwickeln
  - Aufgabenklarheit der Akteure
  - gemeinsame Verantwortung: Datenbasis, Kennzahlen

Berichterstatter: Georg Renner (BY)

### Georg Renner (BY)



In diesem Forum wurden zwei Projekte vorgestellt, eines aus der Stadt Nürnberg, das Zweite aus der Hansestadt Hamburg. Bei beiden Initiativen geht es um folgenden Grundsatz: Berufsorientierung, Beratung, Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen nach dem Leitsatz: „Beratung aus einer Hand“. Das Ziel bei beiden Projekten ist dasselbe: Keiner darf verloren gehen! Umgesetzt wird dies jeweils mit einem anderen Ansatz.

Das Nürnberger Modell nennt sich „Schlau“. Es geht dabei um ca. 500 Jugendliche, die betreut werden. Es handelt sich um Mittelschüler. Sie beginnen mit der Berufsorientierung. Es gilt dann, sie zu begleiten, zu vermitteln und sie in Ausbildung zu bringen, vor allem natürlich in eine duale Ausbildung. In Nürnberg nimmt dabei auch das Thema Be-

rufsfachschulen einen großen Stellenwert ein. Die Stadt Nürnberg ist mit dem Projekt „Schlau“ sehr erfolgreich. Waren es 2006 noch ca. 2000 Schülerinnen und Schüler im Übergangssystem, so hat sich die Zahl bis 2010 auf 980 reduziert und das bei einem gleichbleibenden Schülerstand. „Schlau“ geht nicht davon aus, dass jeder Schüler erreicht wird, sondern der Schüler muss den Weg zu „Schlau“ finden. Er muss also einen Schritt wagen, um in dieses Beratungsangebot hineinzukommen.

Einen ganz anderen Weg geht die Hansestadt Hamburg. Die Hansestadt Hamburg, die mit ihrer Jugendberufsagentur im September 2012 gestartet ist, integriert die unterschiedlichen Rechtskreise an einem Ort. Dabei bleiben die einzelnen beteiligten Systeme in ihrem Rechtskreis. Es ist ein sehr spannendes Unterfangen. Erfahrungen

liegen hier noch nicht vor. Aber es liegen hierfür Indikatoren vor, die darauf hinweisen, dass dieses Unterfangen auch erfolgreich sein wird.

Die Gelingensbedingungen wurden in zentrale und operative Bedingungen unterteilt. Als zentrale Bedingung kann für Hamburg gesagt werden, dass der politische Rückhalt natürlich vorhanden ist. Es gibt dazu einen entsprechenden Beschluss der Hamburger Bürgerschaft. Die Legitimation könnte nicht besser sein. Die zentrale Koordination wird von dem gemeinsamen Haus übernommen, das neu geschaffen wurde. In Nürnberg ist das Ganze aus der Absicht der Stadt gewachsen, etwas für die Jugendlichen zu tun. Hier nimmt im Gegensatz zu anderen Städten die Zahl der Jugendlichen, die in das

Ausbildungsalter kommen, zu. Nürnberg hat einen Schatz und das sind seine Migranten. Die zentrale Koordination wird in Nürnberg als pädagogische Aufgabe gesehen. Das Projekt „Schlau“ ist am Amt für berufliche Schulen angesiedelt. Als operative Bedingungen sind hier eine gemeinsame Haltung und eine gemeinsame Beratungsethik notwendig. Diese werden sich dann auch entwickeln müssen, damit man das gesetzte Ziel, wirklich jeden zu erreichen erfolgreich umsetzen kann. Fragen wie: „Wie viel Zeit habe ich für den Jugendlichen?“ „Was sind die Kennzahlen?“ „Wie schaut die Datenbasis aus?“ sind ganz klare operative Bedingungen, die es zu klären gilt.

## Forum VI: Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf

Kultusminister <b>KONFERENZ</b>	<b>Forum VI:</b> Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf
<h3>Leitsatz</h3>	
Jedem eine Chance auf Ausbildung oder Studium – Keiner darf verloren gehen, jeder der ausgebildet werden will (und kann), wird ausgebildet.	
<b>so gelingt es:</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• keine Projekte, sondern Umbau der Systeme, Strukturen und Regeln; gemeinsame Strategie und politische Setzung, Chefsache auf allen Ebenen</li> <li>• abgestimmte und verbindliche Orientierungs-, Beratungs- und Steuerungsstruktur ab Jahrgangsstufe 8</li> <li>• verbindlich strukturierte Berufs- und Studienorientierung in allgemeinbildenden Schulen sowie dualisierte Berufsvorbereitung in beruflichen Schulen</li> <li>• verbindliche Kooperation allgemeinbildender Schulen mit berufsbildenden Schulen</li> <li>• Erfassung und Begleitung aller Schülerinnen und Schüler und systematische Beratung im Abgangsjahrgang (ggf. aufsuchende Beratung)</li> <li>• Verantwortungsorientierung statt Zuständigkeitsorientierung</li> </ul>	
<b>Berichtersteller: Hartmut Schulze (HH)</b>	

### Hartmut Schulze (HH)



Es gibt zwei Länder, die sich mit Ihren Entscheidungen flächendeckend auf den Weg gemacht haben, das Übergangssystem umzugestalten. Die Arbeitsgruppe VI hat sich mit diesen beiden Ländern, NRW als großes Flächenland und Hamburg als Großstadt und deren Übergangssystem, beschäftigt.

Am Anfang braucht man für den Umbau eine Vision, um die Menschen auch mitzunehmen, diesen Weg zu gehen.

Die Sätze „Jedem eine Chance auf Ausbildung oder Studium“ und „Keiner darf verloren gehen, jeder der ausgebildet werden will (und kann), wird ausgebildet“ beinhalten diese Vision. Die dann genannten fünf Punkte beschreiben die Voraussetzungen, die man

braucht, um diese Ziele der Vision zu erreichen.

Dabei besteht der Anspruch darin, das System umzubauen und nicht einzelne Elemente des Systems zu verbessern. Am Anfang stand in Hamburg das klare Bekenntnis zu einem Paradigmenwechsel. Das bedeutete auch Abschied zu nehmen von einer vorherigen Haltung, einer Haltung, die die Behörden und die Politik als steuernde Instanzen eingenommen hatten. Der Paradigmenwechsel lässt sich mit dem Satz zusammenfassen: Gemeinsame Verantwortung für den einzelnen Jugendlichen übernehmen und die Welt aus der Sicht des Jugendlichen und nicht mehr aus der Sicht der Institutionen betrachten. Und diese selbst auferlegte Aufgabe ist eine Haltung, mit der sich die Probleme auch schlüssig anpacken lassen.

Eine weitere Gelingensbedingung ist die Dualisierung. Hinter diesem Wort steckt auch ein Paradigmenwechsel. Dualisierung ist der enge Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Bildungssystem. Die beiden haben nicht immer konstruktiv zusammengearbeitet, sondern manchmal auch eine schwarze Peter verschiebende Haltung, die dieses duale System auch geprägt hat. Den Schulterschluss zu machen und die Verantwortung im Übergang zu erkennen ist ein weiterer großer Schritt im Hinblick auf das Ziel, jedem eine Chance zu geben.

Kooperation und Koordination sind weitere Gelingensbedingungen. Wenn denn der Schulterschluss gelingen soll, dann sind Foren, Gesprächskreise, Arbeits- und Steuerungseinheiten, mit kompetenten, verantwortlichen Personen besetzt, die sich kontinuierlich mit diesen Fragen befassen unverzichtbar.

Hamburg hat das Glück gehabt, dass der erste Bürgermeister in zentralen Fragen als

Schirmherr nicht nur auf dem Papier stehend, sich auch durch praktisches Eingreifen engagiert, um Knoten zu durchschlagen, die auf den anderen Ebenen nicht zu durchschlagen waren und damit Kooperation wieder ermöglicht und auf allen Ebenen gesichert.

Eine weitere wichtige Gelingensbedingung ist Begleitung. Begleiten kann man nur jemanden, wenn man ihn auch kennt. Keiner darf zurückbleiben heißt ja in diesem Zusammenhang auch, man muss die Jugendlichen kennen. Das bedeutet auch, dass man ihn namentlich erfassen muss. Erst dann kann ich ihn auch suchen. Wir dürfen nicht ausgrenzen und sagen ich bin nur für diese Schachtel zuständig und was zwischen den Schachteln los ist, wissen wir nicht.

Wir müssen mit allen, die an der Schnittstelle Probleme haben, reden. Und wenn das nur aufsuchend möglich ist, dann tun wir auch das. Das bedeutet gemeinsame Erfassung und Begleitung über die Schnittstellen hinweg, bis das Ziel, seine Chance wahrzunehmen, auch erreicht ist.

Die letzte Gelingensbedingung ist die Steuerungsstruktur. Diese muss oben sein. Es muss ein klares politisches Bekenntnis des Landes, des Landkreises, der Kommunen zur Unterstützung dieses Prozesses vorhanden sein.

Mit diesen sechs Bedingungen lässt sich beschreiben, wie so ein Prozess erfolgreich gestaltet werden kann. Wir haben in dem Forum viele interessierte, sehr detaillierte Fragen aus anderen Bundesländern erhalten, sodass schon der Eindruck entsteht, dass viele aufgewacht sind und den neuen Weg gehen wollen. Man sieht zwar, wie komplex das ist, aber wir können Ihnen nur Mut machen. Die Jugendlichen werden es Ihnen danken.

## 9. Ausblick zum weiteren Vorgehen

### Dr. Beate Scheffler

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des Unterausschusses für Berufliche Bildung der Kultusministerkonferenz  
gemeinsam mit

### Thomas Sondermann

Bundesministerium für Bildung und Forschung

**Thomas Sondermann:** Fällt Ihnen etwas auf? Hier steht die Vertreterin eines Landes und gleichzeitig Vertreterin der Kultusministerkonferenz mit einem Vertreter des Bundes zum Thema Bildungspolitik auf einer Bühne. Das finde ich gut. Vielen Dank für die Einladung. Was mir hier vorweg sehr gefallen hat, ist, dass es sich hier nicht um eine kultusministerkonferenz-interne Veranstaltung handelt. Wenn man sich anschaut, wer hier vortragen hat, wer hier die Gäste waren, dann haben sich im Unterschied zu vielen anderen Veranstaltungen dieser Art alle wesentlichen Akteure in diesen Räumen versammelt, Sozialpartner, die Wirtschaftsminister und Arbeitsminister der Länder und vom Bund Vertreter des BMBF und des Wirtschaftsministeriums.

**Dr. Beate Scheffler:** Ich glaube, das sind schon erste Kennzeichen dessen, worüber wir hier jetzt reden. Dass wir nämlich einen Perspektivwechsel weg von den Institutionen mit ihren Einzelinteressen, weg von den Ministerien, weg von den einzelnen Ebenen, weg von den Trägern vorgenommen haben hin zu den Jugendlichen selbst und von ihnen her denken.

Da ist es dann selbstverständlich, dass gerade die, die mit den Jugendlichen zu tun haben, sich an einen Tisch setzen. Und genau das ist es, von dem wir alle den Eindruck haben, dass es uns ein Stück voranbringt. Wir führen die alten Grabenkämpfe nicht mehr. Wir denken wirklich von den Jugendlichen her.

Es ist ja nicht so, dass die Jugendlichen uns die letzten zwanzig Jahre nicht schon beschäftigt hätten. Die meisten von Ihnen bewegen sich in diesem Arbeitsfeld ja schon sehr lange. Wir kommen aber durch den Wechsel in der Perspektive weg von den Modellversuchen, den Projekten, die dann immer ganz schnell wieder vorbei waren und dann fing man wieder etwas Neues an. Daher ist mein erstes Plädoyer ein dauerhaftes



Regelsystem zu schaffen, dass die Zeit hat, sich zu entwickeln und zu etablieren.

**Thomas Sondermann:** Was Sie soeben angesprochen haben, ist so eine typisch deutsche Dramaturgie. Man braucht ewig lange, bis ein Problem das Bewusstsein außerhalb der Insider erreicht. Ich glaube, hier kommen solche Begriffe wie Fachkräftemangel und demografischer Wandel durchaus hilfreich beiseite, denn die Leute, die sich in diesem Übergangsbereich befinden und die die Problemfälle sind, haben selten gute Beziehungen zu Meinungsmachern. Damit ist die erste Stufe erreicht. Die zweite Stufe der typisch deutschen Diskussion ist es, dass die Schuld beim System gesucht wird. Wir stellen zwar die Frage, was muss an diesem System geändert werden? Aber wir sind ein wenig weg von der Schuld. Ich habe auf dieser Fachtagung gelernt, dass wir in Deutschland ganz unterschiedliche Voraussetzungen haben. Da gibt es die Flächenstaaten und die Stadtstaaten. Da gibt es Regionen wie München oder Oberfranken. Das ist zwar ein Bundesland aber doch vollkommen anders als München. Sodass die Kritik am System, die immer mit „Dschungel“ beschrieben wird, eigentlich besser durch viele bunte Blumen beschrieben werden sollte, die da blühen.

**Dr. Beate Scheffler:** Wenn man sich aber richtig schöne Gärten anschaut, dann steckt da meist ein sehr guter Gärtner mit ganz viel Plan dahinter. Und das ist doch wohl das Entscheidende, was wir hier wollen. Mir ist hier deutlich geworden, was mir auch bei jeder Unterausschusssitzung deutlich wird: Wir haben viele schöne Blumen. Das ist auch schön. Aber wir haben auch viele Regelungen, die verhindert, dass wir an einem Ziel wirklich konsequent weitermachen. Wir haben so unterschiedliche Schulpflichtregelungen in den Ländern. Wir haben so unterschiedliche Regelungen, was die Pflicht zur

Berufsschule angeht. Das sind nur zwei Beispiele. Die einen Länder geben Vollzeitrelationen für diese Klassen, die anderen tun das nicht. Die Frage, welche unterschiedlichen Rollen spielen die freien Träger in den Ländern gehört ebenfalls dazu. Da sind wir so unterschiedlich, dass ich immer zweifle, ob dieser Föderalismus, so wie er sich ausgebildet hat, ob das im Sinne der Jugendlichen ist. Ich wage gar nicht daran zu denken, was mit einem Jugendlichen passiert, der sich in der Berufsvorbereitung befindet und dessen Eltern umziehen wollen. Das geht, so glaube ich, gar nicht.

**Thomas Sondermann:** Also brauchen wir eigentlich eine Versöhnung der unterschiedlichen Traditionen, der unterschiedlichen regionalen Voraussetzungen mit übergreifenden Ideen. Dass betriebliche Wirklichkeit in diesem Bereich stattfinden muss, ist glaube ich eine einhellige Wahrnehmung. Da müssen auch die Vertreter der Wirtschaft noch ein wenig zulegen. Ich merke, dass das sehr gut gelingt, wenn die Leute vor Ort miteinander sprechen. Das wäre dann schon der dritte Punkt. Das wird hier immer als Konsens beschreiben. Konsens auf den entscheidenden Ebenen, und zwar immer als Chefsache auf allen Ebenen. Und dann wird zum Schluss ein bisschen mehr Einheitlichkeit übrig bleiben. Das wünsche ich mir als Vertreter des Bundes auch deshalb, weil das Suchen nach den bunten Blumen relativ unübersichtlich wird. Wenn wir z. B. darüber verhandeln, was wir für die nächste ESF-Förderperiode anmelden, dann müssen wir auch diesen guten Gärtner im Blumengarten haben.

**Dr. Beate Scheffler:** Da laufen Sie bei mir offenen Türen ein. Aufgrund der Kultusministerkonferenz-Rahmenvereinbarung haben wir die Situation, dass die Berufsvorbereitungsklassen und damit auch die dualisierte Berufsvorbereitung rechtlich zu den Fachklassen des dualen Systems gehören. Prof. Dr. Baethge hat in seinem Vortrag ja deutlich gemacht, dass der Unterricht in diesen Ausbildungsvorbereitungsklassen einer besonderen Profession bedarf. Diese Situation ist hier etwas anders als in einer normalen Fachklasse mit Jugendlichen, die schon einen Ausbildungsvertrag haben. Es werden dort noch ganz andere Zusatzqualifikationen für die Lehrerinnen und Lehrer verlangt. Deswegen ist meine Traumvorstellung, dass es uns gelingt, in der Kultusministerkonferenz eine eigene Rahmenvereinbarung für diese Ausbildungsvorbereitung zu verabreden, dass wir sie damit nicht mehr als einen

dem dualen System nachgeordneten Bereich ansehen, sondern etwas Eigenes verabreden. Dafür sind die Gelingensbedingungen, wie wir jetzt hier aus den Workshops erhalten haben, gute Rahmensetzungen. Ich will ja keinem Land etwas wegnehmen. Aber bestimmte Rahmenbedingungen, bestimmte Kriterien müssen eigentlich zwischen den Ländern fest verabredet werden, wenn wir dieses ganze System in ganz Deutschland - wenn auch nicht nach einem völlig einheitlichen Modell - aber von der Zielsetzung her, gemeinsam umsetzen wollen. Damit weiß die Bundesregierung schon mal, was in den Ländern nach den in der Kultusministerkonferenz verabredeten Kriterien passiert. Ich finde, was uns für die Gymnasiasten recht und billig ist, dass wir permanent neue Qualitätsansprüche und Standards verabreden, das könnten wir für diese Jugendlichen auch tun.

**Thomas Sondermann:** Die Frage war, wie geht's jetzt weiter? Natürlich muss jetzt etwas passieren. Der Handlungsdruck ist da und es reicht nicht aus, dass wir mal drüber geredet haben. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, es gibt keinen Schalter, den wir jetzt mal umlegen und dann ist die Welt auf einmal in Ordnung. Es braucht Beharrlichkeit und langfristiges Denken. Das muss sich natürlich auch in Finanzierungen, Stellen und Ähnlichem widerspiegeln. Wir brauchen Verlässlichkeit miteinander. Senator Rabe hat gestern gesagt - was mir gut gefallen hat - dass die Zuständigen miteinander reden müssen, und zwar in gewisser Weise ritualisiert, ohne dass der Eine dem Anderen die Verantwortung nimmt. Wir werden uns in dem nächsten halben Jahr noch einmal auf die Reise in die Bundesländer begeben. Dabei soll es darum gehen, einen höheren Grad an Verlässlichkeit bei der gemeinsamen Arbeit zu erreichen.

**Dr. Beate Scheffler:** Wir haben in dieser Schlussrunde jetzt weitgehend über die Jugendlichen gesprochen, die noch nicht in Ausbildung sind. Ich würde dabei auch die Gymnasien so ungern aus der Verantwortung für dieses Geschäft entlassen. Ich finde, wir brauchen rundum für die Sekundarschulen den Anspruch, dass sie die Berufsorientierung zu ihrer Sache machen und darin müssen wir sie unterstützen. Es ist nicht nur ein Problem der schwachen Schülerinnen und Schüler. Es ist eine Frage für alle Schulen und Schulformen.

**Thomas Sondermann:** Mir liegt noch ein Satz am Herzen. Ich verstehe, dass wir uns hier im Bereich berufliche Bildung befinden

und dass deshalb eine Arbeitsmarktbefähigung natürlich ein Leitziel ist. Bildung ist aber auch noch ein Stückchen mehr. Bildung hat etwas damit zu tun, dass Menschen eine Chance haben, über sich selbst zu bestimmen, ihre eigenen Ideen zu entwickeln.

Das Motto „Niemand darf verloren gehen“ ist nicht unter der Hauptüberschrift „Fachkräftesicherung“ zu sehen, sondern es ist ein Anspruch, den die Gesellschaft stellen muss, und zwar für alle gesellschaftlichen Bereiche.

## 10. Verabschiedung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Rainer Schulz (Geschäftsführung Hamburger Institut für berufliche Bildung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Gäste!

Mir kommt jetzt die Aufgabe zu, Sie von dieser Fachtagung zu verabschieden.

Der Senator hat gestern in seiner Rede deutlich gemacht, dass es nicht nur ein programmatisches Ziel der Hamburger Politik ist, den Übergang von der Schule in den Beruf neu zu gestalten, und zwar so, dass kein Jugendlicher verloren geht und alle zur Teilhabe am Arbeitsleben und in dieser Gesellschaft befähigt werden. Wir haben viel Glück, dass wir einen Senator haben, der das auch zu seinem Herzensanliegen macht und dass wir auch einen ersten Bürgermeister haben, der als früherer Bundesminister für Arbeit und Soziales um die Bedeutung dieses Bereiches weiß und dieses auch vehement vertritt..

Es ist sehr viel gesagt worden über das, was eigentlich einen verbesserten Übergang von der Schule in den Beruf ausmacht. Mir ist dabei aufgefallen, dass wir uns grundsätzlich über die Ausrichtung und über die Ziele zur Verbesserung des Übergangssystems einig sind. Das trifft sowohl für die Vertreter aus dem Bund sowie für die Vertreter aus den Ländern zu. Wir haben eigentlich eine ähnliche programmatische Ausrichtung und alle Initiativen, auch z. B. die Bertelsmannstiftung, die vor zwei Wochen in Berlin ihren Abschlussworkshop durchgeführt hat. Alle haben die gleiche Vision, aus dem jetzigen Übergangssystem, das eigentlich ja gar kein Übergangssystem ist, weil es überhaupt nicht systematisch ist, ein neues System zu bauen, das Jugendliche individuell entsprechend ihren Voraussetzungen befähigt, eine Ausbildung aufzunehmen und dass dies möglichst reibungslos und schnell gelingt und man dabei auch niemanden beim Übergang von der Schule in den Beruf verliert.

Es ist in erster Linie eine gesellschaftspolitische Ambition, zu sagen, wir verlieren keinen. In zweiter Linie ist es aber auch eine



Perspektive, drohenden Fachkräftemangel gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Ich teile die Einschätzung, dass wir im Moment ein wenig Glück haben, denn das Thema erfährt zurzeit eine mediale Beachtung. Wir haben auch Glück, weil die Rahmenbedingungen uns im Moment sehr helfen. Ein drohender Fachkräftemangel, demografiebedingte Rückgänge von Schülerzahlen und ein günstiger Ausbildungsmarkt befördern unser Unterfangen, das Übergangssystem wirklich umzubauen. Und das ist gut so, weil Politiker nicht nur hören wollen, was sinnvoll und richtig ist, sondern auch Erfolge sehen wollen.

Wenn wir es in relativ kurzer Zeit schaffen, unser Übergangssystem so umzubauen, dass auch die Übergänge in Ausbildung und die Verbleibe gesichert und besser werden,

dann werden wir aus der Politik noch einmal viel Rückenwind bekommen.

Mir ist aufgefallen, dass der Stand der Umsetzung in den Ländern durchaus unterschiedlich ist. Der Unterschied besteht u. a. auch darin, mit welcher Konsequenz bestimmte Schritte getan werden, wie weit man bereit ist, alte Zöpfe abzuschneiden oder sie erst einmal zu erhalten, etwas Neues aufzubauen und danach zu schauen, wie es weitergeht.

Ich fand es spannend, sich darüber austauschen, woran wir arbeiten und wie andere Bundesländer ihre Reformen durchführen. Spannend fand ich als Akteur eines Stadtstaates wie Hamburg, zu erfahren, wie ganz besonders die Flächenländer mit einer kommunalen Struktur das umsetzen. Mir erscheint dieses deutlich schwieriger.

Auf dieser Tagung stand nicht der Unterschied, sondern die Gemeinsamkeit im Vordergrund und damit ganz besonders auch das Ringen, gemeinsam eine Position zu finden, wie der Übergang von der Schule in den Beruf verbessert werden kann. Ich glaube, wenn es uns gelingt, im Bereich Übergang Schule – Beruf auch zukünftig die Landes- und die Bundesprogramme noch besser aufeinander abzustimmen, vielleicht auch gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, dann werden wir mit der beachtlichen Ressource, die wir in diesem Bereich einsetzen, wesentlich effektiver werden, als wir es bisher waren. Dafür war diese Fachtagung ein guter Anstoß. Der Untertitel der Fachtagung „Grenzen überwinden, Zusammen-

arbeit organisieren“ kann somit als zutreffend bezeichnet werden.

Ich bedanke mich bei allen, die diese Fachtagung vorbereitet haben, bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kultusministerkonferenz-Sekretariat, bei den Vertreterinnen und Vertretern aus den Ländern, die sich zur Vorbereitung der Tagung mehrmals getroffen haben.

Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Kollagen Dr. Alfred Lumpe bedanken, der federführend diese Fachtagung vorbereitet hat, stellvertretend für alle, die daran mitgewirkt haben.

Danken möchte ich auch Ihnen allen, die hier im Saal sitzen, denn Sie haben durch Ihre Mitarbeit in den Foren die Fachtagung bereichert. Sie haben mit Ihren Ideen, Ihren konzeptionellen Vorstellungen aus ihren Ländern Ihren Blickwinkel in diese Tagung eingebracht und das macht eigentlich eine Tagung spannend, sich auszutauschen, Menschen kennenzulernen, die an ähnlichen Problemen arbeiten und die auch gute Ideen haben.

Ich hoffe, dass Sie viele Anregungen aus dieser Fachtagung mitnehmen und dass Sie am Gelingen des Übergangs Schule – Beruf weiterarbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und verspreche Ihnen, wenn Sie uns wieder in Hamburg besuchen, dann scheint die Sonne!

Vielen Dank!

## 11. Zusammenfassung der Leitsätze und Gelingensbedingungen

### **Forum I: Berufs- und Studienorientierung in gemeinsamer Verantwortung**

Leitsatz: Eine systematische Gestaltung der Berufs- und Studienorientierung und des Übergangs Schule-Beruf ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.

So gelingt es:

- Die inhaltliche Basis für eine gelingende Kooperation und Koordination der Akteure beim Übergang Schule – Beruf sind gemeinsame Qualitätsstandards.
- Zur Schaffung gleicher Bedingungen bedarf es einer landesweiten Strategie und dauerhaft verlässliche und ausreichende Rahmenbedingungen.
- Regionale Zielvereinbarungen sind eine gute Kooperationsgrundlage, müssen an den regionalen Bedarfen ausgerichtet sein und werden regelmäßig evaluiert.
- Berufsbildende Schulen sind wichtige Partner bei der Koordinierung des Übergangs von den allgemeinbildenden Schulen in die berufliche Bildung, da sie bei den relevanten Akteuren über eine hohe Akzeptanz verfügen.
- Eine erfolgreiche Koordinationsstelle zeichnet sich durch hohe regionale Akzeptanz aus, berücksichtigt institutionelle Unterschiede und dient der Schaffung von Strukturen in einem partizipativen Prozess.

### **Forum II: Ausbildungsvorbereitung in dualen Strukturen**

Leitsatz: Dualisierte Ausbildungsvorbereitung – eine Chance für den direkten Weg in betriebliche Ausbildung

So gelingt es:

- Betriebe sehen und behandeln die Schülerpraktikanten von Anfang an als potenzielle Auszubildende.
- Begleitung aus einer Hand ist bei Jugendlichen mit erheblichen Förderbedarfen zur engen Abstimmung der Lernorte nötig, insbesondere zur organisatorischen Unterstützung der Betriebe.
- Unterricht und Betriebspraxis sind inhaltlich und organisatorisch durch lernortübergreifende Kompetenzanforderungen mit Bezug auf Ausbildung verzahnt.
- Fachübergreifende ausbildungsbezogene Kompetenzen für die Aufnahme einer Ausbildung werden systematisch am Lernort Betrieb und in der Schule gefördert und validiert.
- Duale Ausbildungsvorbereitung ist als eigenständige Aufgabe im Schulprofil verankert, dualisierte Ausbildungsvorbereitung erfordert konsequente Personalentwicklung und Teamarbeit.
- Genügend Betriebe stehen für Praktika zur Verfügung.

### **Forum III: Motivation durch Anrechnung auf Ausbildung – Berufsausbildung statt Warteschleifen**

Leitsatz: Anrechnung nachgewiesener Kompetenz steigert die Motivation und vermeidet redundante Qualifizierungen

So gelingt es:

- Beteiligung der regionalen Wirtschaft bei kriteriengeleiteten Anrechnungsverfahren sorgt für Verfahrensklarheit bei den Beteiligten.
- Definition kompetenzorientierter Curricula fördert die Transparenz.
- Vermittlung ähnlicher Inhalte in berufsbezogenen Fächern erhöht Anrechnungspotenzial
- Qualitätsgesicherte Leistungsnachweise ermöglichen zuverlässige Aussagen über den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler.

**Forum IV: Nachhaltigkeit von Unterstützung – Erfolgsfaktor individuelle und passgenaue Unterstützung**

Leitsatz: Jugendliche (v. a. benachteiligte) durch frühzeitige Erkennung und systematische Begleitung im Übergang Schule – Beruf unterstützen.

So gelingt es:

- Politische Überzeugung – verlässliche und flexible Strukturen – unabhängig von Förderzeiträumen und Einzelpersonen
- Interdisziplinäre, professionelle, behörden- und rechtskreisübergreifende Koordination und Steuerung auf regionaler Ebene
- Kontinuierliche Netzwerkarbeit verschiedenster Professionen
- Information und Sensibilisierung aller am Prozess Beteiligten
- Frühzeitige, individuelle Unterstützung (auch aufsuchend; bei Bedarf längerfristige Begleitung)

**Forum V: Beratung aus einer Hand**

Leitsatz: Berufsorientierung, Beratung, Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen werden als abgestimmtes System an einem Ort angeboten.

So gelingt es:

- zentrale Bedingungen
  - politischer Rückhalt
  - zentrale Koordination
  - Partner bringen ihre Kernkompetenzen in Netzwerk ein
  - regionale Verankerung
- operative Bedingungen
  - gemeinsame Beratungshaltung entwickeln
  - Aufgabenklarheit der Akteure
  - gemeinsame Verantwortung: Datenbasis, Kennzahlen

**Forum VI: Steuerung der Übergänge und Umbau der Bildungsangebote – individuelle Wege beim Übergang in Ausbildung und Beruf**

Leitsatz: Jedem eine Chance auf Ausbildung oder Studium – Keiner darf verloren gehen, Jeder der ausgebildet werden will (und kann), wird ausgebildet.

So gelingt es:

- keine Projekte, sondern Umbau der Systeme, Strukturen und Regeln; gemeinsame Strategie und politische Setzung, Chefsache auf allen Ebenen
- abgestimmte und verbindliche Orientierungs-, Beratungs- und Steuerungsstruktur ab Jahrgangsstufe 8
- verbindlich strukturierte Berufs- und Studienorientierung in allgemeinbildenden Schulen sowie dualisierte Berufsvorbereitung in beruflichen Schulen
- verbindliche Kooperation allgemeinbildender Schulen mit berufsbildenden Schulen
- Erfassung und Begleitung aller Schülerinnen und Schüler und systematische Beratung im Abgangsjahrgang (ggf. aufsuchende Beratung)
- Verantwortungsorientierung statt Zuständigkeitsorientierung

## 12. Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Name	Vorname	Titel	Institut	Bundes-Land
Appler	Monika		Bezirksregierung Münster	NW
Baethge	Martin	Prof. Dr.	Soziologisches Forschungsinstitut e.V. (SOFI)	
Baier-Regnery	Thomas		Stadtverwaltung Kempten - Amt für Jugendarbeit	BY
Baron	Stefan	Dr.	Baden-Württembergischer Handwerkstag	BW
Bauer	Elke		Joseph-Dumont-Berufskolleg Köln	NW
Baumert	Heinrich		BBSG der Region Hannover	NS
Becher	Markus		Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	
Behmenburg	Lena	Dr.	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	
Beier	Klaus		Hessisches Kultusministerium	HE
Biewald	Monika		Hessisches Wirtschaftsministerium	HE
Blaschczok	Christine	Dr.	Kultusministerium Sachsen-Anhalt	ST
Bohlmann	Karl-Heinz		Kultusministerium Sachsen-Anhalt	ST
Borsdorf	Evelyn		INBAS GmbH	
Bullan	Klaus		Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	
Cujai	Nicole		Bundesagentur für Arbeit	
Deutschmann	Rolf		Behörde für Schule und Berufsbildung - HIBB	HH
Döring	André		Sächsisches Staatsministerium für Kultur	SN
Ferstl	Walter		Firma Liebherr	BY
Fixmer	Sabine		Stadtjugendring Kempten	BY
Flacke	Ewald		Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	MV
Gätcke	Anette		Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	MV
Geiger	Robert	Dr.	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus	BY
Gentner	Cortina		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Giessler	Thomas		Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand	
Goedeke	Michael		Arbeitsstiftung Hamburg GmbH & Bundesnetzwerk Schule-Ausbildung e.V.	HH
Haas	Peter		Agentur für Arbeit Nürnberg	BY
Hagedorn	Jobst R.		Fortbildungsakademie der Wirtschaft	
Hartkopp	Monika		BbSIV Friedrich List	ST
Hartwich	Esther	Dr.	Deutscher Industrie- und Handelskammertag	
Hecker	Herbert		Ministerium für Schule und Weiterbildung	NW
Heintz	Berit		Deutscher Industrie- und Handelskammertag	
Heinze	Gerald		Sächsisches Staatsministerium für Kultur	SN
Heister	Michael	Prof. Dr.	Bundesinstitut für Berufsbildung	
Henken	Hans Herman		Berufsbildungszentrum Schleswig	SH
Hess	Sabine		Bundesministerium für Bildung und Forschung	
Hewlett	Clive		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Hoops	Günther		Niedersächsisches Kultusministerium	NS
Hüttner	Veronika		Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft GmbH	BY
Jahnke	Ralf		Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	BE
Jendrich	Petra		Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit	BR
John	Ernst G.	Dr.	Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen	
Josczok	Detlef	Dr.	Staatskanzlei NRW	NW

Name	Vorname	Titel	Institut	Bundes-Land
<b>Kahl-Andresen</b>	Andreas		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
<b>Kästner</b>	Jochem		Behörde für Schule und Berufsbildung - HIBB	HH
<b>Klanten</b>	Viola-Antoinette		Bundesministerium für Bildung und Forschung	
<b>Klawe</b>	Christine		Ministerium für Bildung und Wissenschaft	SH
<b>Knobloch</b>	Petra		Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	BB
<b>Kober</b>	Reinhard		Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
<b>Koblitz</b>	Julia		Koordinierungsstelle Bildung-Beruf Landeskreis Osterode a.H.	NI
<b>Königshof</b>	Manfred		Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	TH
<b>Köpf-Schuler</b>	Rose		Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	BW
<b>Köster</b>	Daniela		Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	MV
<b>Krause</b>	Ulrich		Ministerium für Bildung und Wissenschaft	SH
<b>Kremer</b>	H.-Hugo		Universität Paderborn	NW
<b>Krück</b>	Helmut		Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus	BY
<b>Kuckella</b>	Birgit		Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
<b>Landsiedel</b>	Helmut		Ministerium für Bildung und Wissenschaft	SH
<b>Lang</b>	Thilo	Dr.	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	BW
<b>Linke</b>	Horst		Staatliche Gewerbeschule für Stahl- und Maschinenbau	HH
<b>Loges</b>	Berend		Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
<b>Lumpe</b>	Alfred	Dr.	Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
<b>Mayer</b>	Regina		Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	BB
<b>Mayer</b>	Benedikt		Stadtverwaltung Kempten - Amt für Jugendarbeit	BY
<b>Metzger</b>	Hans-Dieter	Dr.	Initiative Schlau-Stadt Nürnberg	BY
<b>Meyer-Huppmann</b>	Sven		Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus	BY
<b>Möbest</b>	Katharina		Landesschulamt Sachsen-Anhalt	SN
<b>Möbs</b>	Lydia		Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
<b>Mohr</b>	Sven	Dr.	Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V.	
<b>Moos</b>	Hans-Jörg		Werner-von-Siemens-Schule Wetzlar	HE
<b>Müller</b>	Klaus		Hessisches Kultusministerium	HE
<b>Nitschke</b>	Arnhold		Kultusministerium Niedersachsen	NI
<b>Nix</b>	Thomas	Dr.	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	BE
<b>Nordloh</b>	Eugen		Institut Arbeit und Wirtschaft Uni Bremen	BR
<b>Normann</b>	Georg		Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus	MV
<b>Odenwald</b>	Stephanie		GEW Hauptvorstand	
<b>Oswald</b>	Dirk		Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	RP
<b>Päßler</b>	Sven		Sekretariat der Kultusministerkonferenz	
<b>Peter</b>	Rolf		Berufskolleg Ostvest	NW
<b>Petri</b>	Herbert		Ministerium für Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und Kultur	RP
<b>Puhlmann</b>	Angelika		Bundesinstitut für Berufsbildung	
<b>Radder</b>	Jens-E.		Behörde für Schule und Berufsbildung - HIBB	HH
<b>Ramthun</b>	Gudrun	Dr.	Bildungswerk der NRW-Wirtschaft e.V.	NW
<b>Rebehn</b>	Sigfrid		Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	
<b>Renner</b>	Georg		Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München	BY

Name	Vorname	Titel	Institut	Bundesland
Rinkleff	Carla		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Ritschel	Viola		DB Services GmbH	BE
Rothenhäusler	Hildegard		Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	BW
Rotter	Herbert		Schulleiter, Robert-Schumann-Schule	BY
Rupprecht	Elisabeth		Institut Arbeit und Wirtschaft Uni Bremen	BR
Rüssmann	Elisabeth		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Scheffler	Beate	Dr.	Ministerium für Schule und Weiterbildung	NW
Schiffler	Claudia		Ministerium für Bildung und Wissenschaft	SH
Schleimer	Ingrid		Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	NW
Schnack	Jochen	Dr.	Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
Scholtze	Michael		Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	TH
Schulte-Loh	Judith		Moderatorin, WDR	
Schulz	Manfred		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Schulz	Rainer		Behörde für Schule und Berufsbildung - HIBB	HH
Schulze	Hartmut		Behörde für Schule und Berufsbildung - HIBB	HH
Schünemann	Gabriele		INBAS GmbH	HH
Schwartz	Hilke		Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
Schwarzenberg-Salmen	Susanne		Sekretariat der Kultusministerkonferenz	
Schwertner	Angelika		Bundesagentur für Arbeit	
Seevers	Marion		Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit	BR
Severing	Eckart		Forschungsinstitut betriebliche Bildung	
Sondermann	Thomas		Bundesministerium für Bildung und Forschung	
Speier	Hans-Dieter		Hessisches Kultusministerium	HE
Stephan	Ina	Dr.	Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	HH
Sturm	Hartmut		Behörde für Schule und Berufsbildung - HIBB	HH
van den Berk	Angelina		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Verdenhalven	Nicole		Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	BE
Vetter	Angela		Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung	BY
von Brasch	Monika		INBAS GmbH	HE
von Nordeck	Maren		Otto GmbH & Co KG	
Vormfenne	Elke		Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen	
Weilandt	Gitta		Behörde für Schule und Berufsbildung	HH
Wendland	Helga		Ida-Ehre-Schule	HH
Wenzel-O'Connor	Doris		Landesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	HH
Wichmann	Norbert		DGB Bezirk NRW	NW
Wolprecht	Karola	Dr.	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	
Zimmermann	Holm		Sächsisches Bildungsinstitut	SN
Feldhaus	Egbert		Ausbildungsleiter EON Hanse	HH
Giessler	Thomas		DGB Bundesvorstand	
Thieß	Oliver		Handwerkskammer Hamburg	HH